

Nachrichten

aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Nr. 66, August 2014



Aus dem Inhalt:

[7. Tag der Archive in den staatlichen Archiven \(S. 3\)](#)

[Buchpräsentation im Beisein des Staatsministers Dr. Spaenle \(S. 11\)](#)

[Jahrestagung des Fototechnischen Ausschusses der ARK in München \(S. 18\)](#)

[Schülerworkshop zum Holocaust im Staatsarchiv Augsburg \(S. 61\)](#)

Inhalt

Aktuelles

7. Tag der Archive im Bayerischen Hauptstaatsarchiv3

FRAUEN – MÄNNER – MACHT in der Geschichte der Oberpfalz – Vortragsveranstaltung am 7. Tag der Archive im Staatsarchiv Amberg4

Staatsarchiv Coburg bot zum Tag der Archive thematische Führung an5

„Tag der Archive“ 2014 im Staatsarchiv München5

Großes Interesse am Staatsarchiv Nürnberg bei der „Langen Nacht der Wissenschaften“6

Das Staatsarchiv Augsburg öffnet seine Türen7

Rückschau auf die erste Halbzeit in der Personalvertretung der Staatlichen Archive Bayerns8

Veranstaltungen

Tag der Familienforschung im Oktober 20139

Präsentation der Ortsnamen-Lexika von Wolf-Armin Frhr. v. Reitzenstein9

Ministerratsprotokolle Band 1 des Kabinetts Ehard III im Beisein von Staatsminister Dr. Spaenle der Öffentlichkeit präsentiert11

Bayerisch-Schwäbisches Archivartreffen im Staatsarchiv Augsburg13

Notfallhilfe im Verbund – Workshop im Staatsarchiv Augsburg14

Rehabilitierung eines vermeintlichen Plagiatoren – Freischaltung des Simon-Marius-Portals im Staatsarchiv Nürnberg15

Zwei Bände „Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Reichskammergericht, Buchstabe N“ im Staatsarchiv Nürnberg vorgestellt16

Erfahrungsaustausch „Digitale Archivierung und Langzeitspeicherung“ mit kirchlichen Archiven17

Tagungen

Jahrestagung des Fototechnischen Ausschusses der ARK in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns in München18

23. Jahrestagung des International Institute for Archival Science (IIAS) in Triest20

Digital Diplomacy – Eine Pariser Tagung zu Urkundenwissenschaft und digitaler Archivtheorie21

„Lesesaal Internet“ – Erfahrungen, Ergebnisse und Wünsche auf dem Weg zu einer digitalen

Forschungslandschaft archivischer Quellenbestände21

Schriftgutverwaltung

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Arbeitsverwaltung“ legt ihren Abschlussbericht vor24

Arbeitsgespräch „Aktenaussonderung bei den oberbayerischen Finanzämtern“ im Staatsarchiv München25

Schwäbische Registratorinnen und Registratoren zu Gast im Landratsamt Donau-Ries26

Archivpflege

Rechtsfragen bei der Archivbenützung – ein Dauerbrenner auch für die Oberpfälzer Archivpfleger28

Tagung der Archivpflegerinnen und -pfleger des Regierungsbezirks Schwaben im Staatsarchiv Augsburg28

Rückgabe der deponierten Gemeindearchive Dietmannsried und Schratzenbach an die Gemeinde Dietmannsried29

Projekte

Fachliche Standards, Kennzahlen und Workflows für die Digitalisierung von Archivgut – Werkstattbericht aus einem DFG-Pilotprojekt31

Bestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Akten- und Amtsbuchbestände des Fürstentums Regensburg wiederhergestellt32

Akten aus dem Mischbestand „Regierungsfinanzkammer“ des Staatsarchivs München an das Bayerische Hauptstaatsarchiv abgegeben33

Erste Abgabe der Zoologischen Staatssammlung München erschlossen34

Verfahrensakten des Bayerischen Landessozialgerichts – Stichprobe gefällig?35

Überlieferung der Bayerischen Erfassungsstelle für Heeresgut verzeichnet36

Der ehemalige Direktor des Bayerischen Landtags Peter Maicher übergibt seinen Nachlass37

Nachlass des Bauernbundpolitikers Franz Xaver Wieland erschlossen37

Bestand „Haus der Begegnung e.V.“ erschlossen38

Neues aus dem Sudetendeutschen Archiv38

Der Nachlass von Wenzel Jaksch und die Rolle der sudetendeutschen Sozialdemokraten40

Staatsarchiv Amberg

Schlossarchiv Köfering der Grafen von Lerchenfeld für die Forschung zugänglich42

Staatsarchiv Bamberg

Neustart der Analysearbeiten an den unteren Justizbehörden: Landgericht ä.O. / Amtsgericht Berneck45

Staatsarchiv Landshut

Neues Findbuch zum Schlossarchiv Offenstetten46

Staatsarchiv München

Das Hofmarksarchiv Sandizell – „Eine gänzlich unnütze ältere Correspondenz“?48

Schülerlisten und Lehnachweise der Schulen in Kottgeisering und Wildenroth erschlossen49

Übergabe des Fotoarchivs der ehemaligen Innwerke Töging an das Staatsarchiv München51

Staatsarchiv Nürnberg

„Versteinte Iagensbezircke“ und Prachtbauten – Die Erschließung der Karten und Pläne des Deutschen Ordens im Staatsarchiv Nürnberg52

Neues vom Archiv der Herrschaft Schwarzenberg (Teil 3): Die Registratur der Bauverwaltung55

Bestandserhaltung

Anfertigung einer neuen Verpackung für die Goldene Bulle57

Archivgut auf 35 mm – Aus der Arbeit der Sicherungsverfilmung58

Neue Dimensionen – Ein Großformatscanner für die Fotowerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs59

Archivpädagogik

Schülerworkshop zum Holocaust im Staatsarchiv Augsburg61

Ausstellungen

Der „große“ und der „kleine Zunftbrief“ der Reichsstadt Augsburg63

Neue Veröffentlichungen64

Aktuelle Ausstellungen in den staatlichen Archiven65

Impressum67

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter67

Aktuelles

7. Tag der Archive im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv beteiligte sich am 8. März 2014 an der bundesweiten Aktion „Tag der Archive“, wozu der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) aufgerufen hatte. Unter dem Motto „Erinnern und Entdecken“ hatten insgesamt 21 Münchner Archive eine breite Palette von Ausstellungen, Führungen und Präsentationen vorbereitet. Die Koordination des gemeinsamen Auftritts der Münchner Archive (einheitliches Plakat und Faltblatt) lag dieses Mal beim Bayerischen Hauptstaatsarchiv.

Eine Reihe von Institutionen nahm zusätzlich das vom VdA vorgeschlagene Leitthema „Frauen, Männer, Macht“, das dem zeitgleichen Termin der Veranstaltung am Internationalen Tag der Frauen Rechnung trug, in ihr Angebot auf. Insgesamt machten sich mehr als 2200 Besucher bei wunderbarem Frühlingswetter auf den Weg in die Münchner Archive. 335 davon kamen in das Bayerische Hauptstaatsarchiv, das ein vielfältiges Programm präsentierte.

Die kleine Ausstellung „1914–1918: Der Krieg und die Frauen“ griff mit 24 Exponaten, vor allem aus den Beständen der Abteilungen IV Kriegsarchiv und V Nachlässe und Sammlungen, einen Aspekt zum Gedenkjahr 2014 auf und stimmte auf die kommende große Ausstellung „Krieg! Bayern im Sommer 1914“ ein. Gleichzeitig wurde das Thema des VdA berücksichtigt. Weitere Stationen orientierten sich ebenfalls am Leitthema „Frauen“: Bei der Zimelienschau im Lesesaal waren ein Nekrolog aus dem Regensburger Reichsstift Obermünster, zwei Hebammenordnungen aus dem 15. und 16. Jahrhundert sowie ein Verhörprotokoll aus einem Hexenprozess von 1630 zu sehen.

Im Repertorienzimmer hatten vier Kollegen passende Quellenbeispiele zu häufigen Fragestellungen aus den Bereichen Heimat- und Familienforschung bereitgestellt. Typische Tätigkeitsbereiche aus dem Berufsalltag der Archivarinnen und Archivare zeigte eine Station, auf der der Weg vom ungeordneten Registraturgut zum abschließend verzeichneten und verpackten Archivalen nachvollzogen wurde. Anhand von Abbildungen und Anschauungsmaterial aus allen Bearbeitungsstufen konnten sich die Besucher einen realistischen ersten Eindruck von dieser Tätigkeit im Archiv machen.

Einen besonderen Service, der vom Publikum wieder gut angenommen wurde, bot das Bayerische Hauptstaatsarchiv auch dieses Jahr mit der Lese- und Interpretationshilfe „Dachbodenfunde von Daheim“. Schwer zu entziffernde oder nicht einzuordnende Schriftstücke aus Privatbesitz wurden sachkundig unter die Lupe genommen.

Ebenfalls großen Anklang fanden die Führungen durch die Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Hier wurden Spezialtechniken, wie das Anfasern

von beschädigten Papierstücken, vorgeführt und Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederinstandsetzung von Urkunden, Amtsbüchern und Akten gezeigt.

Über den Tag verteilt waren 28 engagierte Kolleginnen und Kollegen im Einsatz und trugen ebenso wie die Kollegen, die bei Vorbereitung und Aufbau tätig waren, zum Gelingen der Veranstaltung bei.

Als Gäste präsentierten sich im Bayerischen Hauptstaatsarchiv das Archiv der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und das Orff-Zentrum München, Staatsinstitut für Forschung und Dokumentation.

Elisabeth Weinberger

1914–1918: Der Krieg und die Frauen



Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs
zum Tag der Archive am 8. März 2014
10–17 Uhr

Ausstellungsplakat mit Originalzeichnung von Ludwig Hohlwein (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. IV Kriegsarchiv).

FRAUEN – MÄNNER – MACHT in der Geschichte der Oberpfalz – Vortragsveranstaltung am 7. Tag der Archive im Staatsarchiv Amberg

Das Staatsarchiv Amberg nutzte den diesjährigen Tag der Archive am 8. März 2014, um zu einer halbtägigen Vortragsveranstaltung einzuladen, die das Rahmenthema „Frauen – Männer – Macht“ anhand von Archivalienbeispielen zur Oberpfälzer Geschichte beleuchtete. Die Rolle von Mann und Frau in hochadeligen Kreisen demonstrierte der Vortrag von Archivamtmann Jochen Rösel M.A. über „Fürst und

Archivamtmann Erwin Stoiber präsentierte unter dem Titel „Frauenklöster in der Oberen Pfalz“ Archivalien zur Geschichte der 1242/47 gegründeten Zisterzienserinnenabtei Seligenporten, des 1438 als Doppelkloster entstandenen Birgittenklosters Gnadenberg und des Amberger Salesianerinnenklosters, das 1692 mit dem Auftrag zur weiblichen Schulbildung ins Leben gerufen worden war. Bei Gnadenberg und Amberg ging die Gründung auf weibliche Initiative zurück. Katharina, die erste Gemahlin Pfalzgraf Johanns von Neumarkt-Neunburg, hatte den Birgit-



Wappen der Pfalz, des Klosters Seligenporten und der Äbtissin Anna von Kuedorf, die diese – zusammen mit den Initialen ihres Namens (A.V.K.) – 1548 am (nach dem Klosterbrand von 1546) wiedererrichteten Abteigebäude anbringen hatte lassen (Staatsarchiv Amberg, Amt Neumarkt 2116).

Fürstin am Sulzbacher Hof“. Er ging dabei auf Aspekte der Prinzenziehung (Unterricht, Bildungsreise), den Huldigungsakt für den neuen Landesherrn sowie Symbole und Instrumente ein, derer sich die Sulzbacher Pfalzgrafen zur Demonstration und Umsetzung ihres Machtanspruchs bedienten. Mit kurzen Abrissen zur Biographie der Prinzessin Anna Christiane Luise von Pfalz-Sulzbach (1704–1723), die mit dem Kronprinzen des sardinischen Königshauses vermählt wurde und bereits ein Jahr später nach der Geburt ihres ersten Kindes starb, sowie zur Lebensgeschichte von Franziska Christina von Pfalz-Sulzbach (1696–1776), seit 1726 Fürstäbtissin von Essen, stellte er exemplarisch zwei der wenigen Lebensentwürfe vor, die hochadeligen Töchtern in der Zeit des Alten Reichs offen standen.

tenorden, den sie aus ihrer Jugendzeit in Schweden kannte, Kurfürstin Henriette Adelaide, die aus Savoyen stammende Gemahlin Ferdinand Marias, den Salesianerinnenorden nach Bayern mitgebracht. Neben der Zusammensetzung der Konvente, in denen u.a. Töchter aus Nürnberger und Neumarkter bzw. Amberger Bürgersfamilien, aber auch Adelsfamilien Aufnahme fanden, ging Stoiber auf die Stellung der Äbtissin als Repräsentantin der weltlichen Herrschafts- und Gerichtsrechte ihres Klosters ein. Besonders deutlich wurde dies am Schicksal der Anna von Kuedorf, die als letzte Äbtissin von Seligenporten ihr Amt bis 1565 gegen die Einführung einer landesherrlichen Klosterverwaltung verteidigen konnte.

Die „Rechtliche Stellung der Frau im Spiegel historischer Quellen“, insbesondere die Frage nach dem

Selbstbestimmungsrecht und der Geschäfts- und Prozessfähigkeit von verheirateten Frauen und Witwen, stand im Mittelpunkt des Vortrags von Archivdirektorin Dr. Maria Rita Sagstetter. Sie skizzierte die Entwicklung der Gleichberechtigung der Geschlechter von der Geschlechtsvormundschaft im Mittelalter und der patriarchalischen Familienstruktur, wie sie noch Kreittmayr im Codex Maximilianeus Bavaricus Civilis von 1756 voraussetzte, über die Einführung des Frauenwahlrechts (1919 fanden die Wahlen zum Reichstag und zum bayerischen Landtag erstmals mit weiblicher Beteiligung statt) bis zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz von 2006.

Archivoberrat Dr. Till Strobel informierte abschließend unter dem Titel „Das schriftliche Gedächtnis der Oberpfalz“ über Aufgaben und Zuständigkeit des Staatsarchivs Amberg „als Wissensspeicher für die Forschung“. Neben allgemeinen Modalitäten der persönlichen Benützung wurden Recherchemöglichkeiten, die sich vor Ort im Repertorienzimmer, aber auch schon in der Vorbereitung eines Archivbesuchs durch im Internet veröffentlichte Beständeübersichten und Findmittel bieten, sowie konservatorische oder rechtliche Einschränkungen der Zugänglichkeit angesprochen.

Rund 70 Archiv- und Heimatpfleger sowie sonstige historisch Interessierte nahmen an der Veranstaltung teil. Nach dem Vortragsprogramm bestand Gelegenheit, sich einer Führung durch Repertorienzimmer, Lesesaal und Magazinräume anzuschließen oder sich von den anwesenden Archivaren zu allgemeinen Fragen der Archivbenützung beraten zu lassen.

Maria Rita Sagstetter

Staatsarchiv Coburg bot zum Tag der Archive thematische Führung an

Zum bundesweiten Tag der Archive unter dem Motto „Frauen – Männer – Macht“ rückte das Staatsarchiv Coburg bei einer Feierabendführung beispielhafte Frauenpersönlichkeiten ins Licht, die sich in der Überlieferung greifen lassen. Archivleiter Johannes Haslauer und seine Mitarbeiterin Birgit Hufnagel verschafften über 40 Besucherinnen und Besuchern Einblick in ausgewählte Archivalien (s. Titelblatt). Eine Führung durch das Magazin und Hinweise zur Benützung des Archivs für eigene Recherchen rundeten die Veranstaltung ab.

Mit den inzwischen wiederholt angebotenen Feierabendführungen hat das Staatsarchiv Coburg ein Format entwickelt, mit dem es interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit bietet, einen Eindruck der Schätze und Dienstleistungen des Hau-

ses zu gewinnen. Diesmal verdeutlichte das Archiv anhand ausgewählter Stücke zur Geschichte von Frau und Mann und ihrer Beziehung zueinander, wie viele Informationen die Bestände über das Leben vergangener Generationen im Coburger Raum bereithalten. So reichte das Spektrum vom mittelalterlichen Ehedispens für Jutta von Henneberg über Liebesbriefe der Herzogin Anna von Sachsen-Coburg (1567–1613) bis hin zur Nachlassakte der Friedensaktivistin Anna Bernhardine Eckstein (1868–1947). Waren hier neben dem Privaten die Themen der Familien-, Territorial- und Weltpolitik angesprochen, so ließ sich am Beispiel der Caroline Stöbel (1828–1878) das Wirken einer bürgerlichen Frau vor Augen führen, die sich im Bereich der Bildung engagierte. Sie gründete eine höhere Unterrichtsanstalt für Mädchen, die als staatliches Gymnasium Alexandrinum in Coburg bis heute besteht und deren Überlieferung im Staatsarchiv aufbewahrt wird. Zugleich stellt Stöbel ein anschauliches Beispiel für die Grenzen weiblicher Handlungsspielräume im 19. Jahrhundert dar, wurde sie doch von den männlichen Kollegen aus der Leitung der Schule gedrängt. Anhand des jüngst ins Haus gekommenen Kleinnachlasses der Schauspielerin Anny Gress (1889–1977) wurden die Teilnehmer auf den Wert persönlicher Überlieferungen historisch bedeutsamer Persönlichkeiten aufmerksam gemacht.

Die thematische Ausrichtung des Tags der Archive auf den Internationalen Frauentag ermöglichte es dem Staatsarchiv Coburg, sich mit der Führung zugleich an den Aktionstagen der Stadt Coburg zum Thema „Typisch Frau?! oder: Alles eine Frage der Sichtweise!“ zu beteiligen. So wurde die Veranstaltung auch auf dem Flyer der Aktionstage beworben, herausgegeben von der Gleichstellungsstelle der Stadt Coburg. Eine regionale Tageszeitung brachte einen ausführlichen und bebilderten Vorbericht.

Johannes Haslauer

„Tag der Archive“ 2014 im Staatsarchiv München

Im Verbund mit zahlreichen anderen Archiven vor Ort hat sich das Staatsarchiv München an dem am 8. März 2014 bundesweit abgehaltenen „Tag der Archive“ beteiligt.

Das vom gleichzeitigen Weltfrauentag inspirierte diesjährige Motto „Frauen – Männer – Macht“ wurde in der Ausstellung „Zwischen Salon und KZ – Biographische Skizzen zu NS-Frauen aus Quellen des Staatsarchivs München“ aufgegriffen. Anhand der Beispiele von so unterschiedlichen Frauen wie Görings Ehefrau Emmy, Hitlers Nichte Geli Raubal, der



Foto: Doris Wörner (Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

„Kommandeuse von Buchenwald“ Ilse Koch, der britischen NS-Sympathisantin Unity Mitford, der „Alten Kämpferin“ Eleonore Baur („Schwester Pia“) und der Euthanasie-Krankenschwester Luise Erdmann thematisierte die Ausstellung die Macht von Frauen im NS-Staat. Ergänzend wurde eine audiovisuelle Präsentation mit Ton-Bild-Collagen auf CD-ROM erstellt, die großen Anklang fand. Gezeigt wurde die Ausstellung vom 8. März bis zum 11. April 2014.

Am „Tag der Archive“ selbst war zudem das Archiv des Bezirks Oberbayern mit einer kleinen Ausstellung früherer Fotografien zur psychiatrischen Versorgung in Oberbayern und einem Informationsstand in den Räumen des Staatsarchivs München zu Gast.

Besonders reges Interesse bestand auch diesmal wieder an der Möglichkeit, hinter die Kulissen des Staatsarchivs München und nicht zuletzt hinter die ansonsten verschlossenen Magazintüren zu blicken. Neben allgemeinen Hausführungen wurden solche mit thematischen Schwerpunkten angeboten: zur Heimatforschung, zu mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Urkunden und zur NS-Zeit, aber auch zu „Sex & Crime“, wovon es – zur nicht geringen Überraschung der Besucher – einiges zwischen Aktende-

ckeln zu entdecken gab. Aus organisatorischen Gründen musste die Teilnehmerzahl auf jeweils zwanzig Personen beschränkt werden, teilweise zum Leidwesen von Interessenten, die nicht zum Zuge kamen.

Der inzwischen traditionelle Bücherflohmarkt wartete mit einem breiten Angebot an Belletristik, Sachbüchern und wissenschaftlicher Literatur auf, für die sich viele Abnehmer fanden.

Mit insgesamt 267 Besuchern konnte für den „Tag der Archive“ 2014 eine gute Bilanz gezogen werden, an die sich in zwei Jahren hoffentlich wieder anknüpfen lässt.

Michael Unger

Großes Interesse am Staatsarchiv Nürnberg bei der „Langen Nacht der Wissenschaften“

Seit dem Jahr 2003 öffnen in der Region Nürnberg-Fürth-Erlangen im Turnus von zwei Jahren mehr als 300 Forschungseinrichtungen ihre Türen für eine nächtliche Wissenstour. Von Samstag 18 Uhr bis morgens um 1 Uhr haben Hochschulen, Institute, Unternehmen, Kunstlabore und Werkstätten durchgehend geöffnet und ermöglichen einen Blick hinter

ihre Mauern. An dem Wissenschaftsfestival vom 19. Oktober 2013 nahm erstmals auch das Staatsarchiv Nürnberg teil.

Die Vorbereitungen vonseiten des Veranstalters ließen nichts zu wünschen übrig: flächendeckende Werbung, kostenlose Verteilung eines 254 Seiten starken Programmhefts, Eintrittskarte gekoppelt mit einem Nahverkehrsticket. Darüber hinaus wurde die Fassade des 1880 errichteten, imposanten Magazin Gebäudes an der Archivstraße mit grünen Strahlern erhellt. Das ansonsten verschlossene Hauptportal war durchgehend geöffnet und hier konnten an diesem besonderen Abend im Foyer insgesamt 300 Besucher begrüßt werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staatsarchivs gaben allgemeine Beratung, eine Einführung in die Aufgaben des Archivs anhand einer Powerpoint-Präsentation und Hinweise für die Forschung im Archiv. Stellvertretend für etwa 7 Millionen Archivalien im Umfang von ca. 38.000 laufenden Metern wurden herausragende Dokumente in einer kleinen Ausstellung gezeigt.

Wegen des großen Zustroms wurde die angesetzte Zahl stündlicher Führungen vervielfacht. Dr. Herbert Schott, Dr. Daniel Burger, Ludwig Weber, Klemens Schlindwein und Elena Pechar haben bis nach Mitternacht bei 21 Führungen das Gebäude, dessen Aufgaben und einige Bestände, darunter das gegenwärtig bearbeitete Archiv der Herrschaft Schwarzenberg vorgestellt.

Um 19.30 Uhr hielten Christine Magerla und Klemens Schlindwein einen Vortrag über die „Anleitung zur Hausforschung im 19./20. Jahrhundert“. Zwei Stunden später referierte PD Dr. Peter Fleischmann über „Nürnberg und die Goldene Bulle von 1356“, die wenige Monate zuvor zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt worden war. Fast zu mitternächtlicher Stunde stellte er schließlich „Ein deutsches Dokument vom 29. April 1945, 4:00 Uhr“ vor. Es handelt sich um das politische und private Testament Hitlers einen Tag nach seiner Eheschließung und einen Tag vor seinem Selbstmord im Bunker zu Berlin. Das Dokument liegt im Staatsarchiv Nürnberg in Fotokopie vor, nachdem es beim Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess als Beweismittel diente, dessen Überlieferung einschließlich der zwölf Nachfolge-Prozesse im Haus verwahrt wird.

Noch kurz vor dem Ende der „Langen Nacht der Wissenschaften“ um 1 Uhr morgens suchten Interessierte das Staatsarchiv Nürnberg auf, dessen Mitarbeiter sich über den großen Zuspruch sehr freuten.

Peter Fleischmann

Das Staatsarchiv Augsburg öffnet seine Türen

Die City Initiative Augsburg e.V. realisierte mit ihren Partnern auch dieses Jahr „Augsburg Open“, die Tage und Nächte der offenen Türen in Augsburg. Das 2008 mit dem Bayerischen Stadtmarketingpreis ausgezeichnete Projekt bot vom 3. bis 6. April 2014 Blicke hinter die Kulissen Augsburgs in den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Kirche, Handwerk, Kultur, Tourismus und Sport. Wie in den vergangenen Jahren nahm das Staatsarchiv Augsburg auch dieses Jahr die Chance wahr, sich bei zwei mit jeweils über 20 Teilnehmern ausgebuchten Führungen am Donnerstag und Freitag einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

Einführend wurden im Vortragssaal Zuständigkeit und Aufgaben des Staatsarchivs Augsburg vorgestellt. Dabei kamen auch die Frage der Überlieferungsbildung, die Bestandserhaltung, die Zugangsregelungen für Benutzer sowie die verschiedenen Archivalientypen zur Sprache.

Danach begann ein Rundgang durch das Staatsarchiv mit Einblicken in die Anlieferung und das Magazin. Dort konnten Urkunden, Amtsbücher und Akten aus den Beständen Fürststift Kempten, Reichsstift Augsburg St. Ulrich und Afra, Kloster Augsburg St. Stephan und Regierung von Schwaben in Augenschein genommen werden. Zwei Bände erregten besondere Bewunderung: Im Jahr 1624 ließ Dorothea von Schwendi, die Äbtissin des Damenstifts St. Stephan in Augsburg, ein Archivverzeichnis anlegen. Der aufwändig gestalteten Titelseite folgt auf der zweiten Seite eine ganzseitige Miniatur auf Pergament. Sie zeigt in der Bildmitte den Klosterpatron St. Stephan und den Klostergründer St. Ulrich in einem Blütenkranz, der mit den acht Wappen der Äbtissin und der Stiftsdamen belegt ist. Aus dem 18. Jahrhundert stammt das Fischereibuch des Fürststifts Kempten, verfasst von Benedict von Schönau, Stifts-Capitular und Fischerherr in den Jahren 1755 bis 1785. Wegen der vielen Fastengebote gehörten Fische in allen Klöstern und Stiften im Alten Reich zu den Grundnahrungsmitteln. Daher haben vor allem die geistlichen Institutionen der Fischzucht und dem Fischfang besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Benedict von Schönau hatte in seinem Buch erstmals alles, was mit der Fischerei zu tun hatte, zusammengetragen. Der Band enthält sehr ausführliche Texte, denen fast auf jeder Seite lavierte oder kolorierte Illustrationen von Flora und Fauna beigefügt sind.

In der Werkstatt des Staatsarchivs konnte die Restauratorin Stefanie Schweigkofler an Urkunden aus dem Bestand der Reichsstadt Augsburg sowie einer

handgezeichneten Karte aus der Herrschaft Neuburg an der Kammel die unterschiedlichen Beschreibstoffe Pergament und Papier, mögliche Restaurierungstechniken sowie Schutzverpackungen für die unterschiedlichen Archivalientypen vorstellen. Der Rundgang wurde beendet im Lesesaal und Repertorienzimmer des Staatsarchivs, wo Benutzerantrag, die unterschiedlichen Findmittel einschließlich der Möglichkeiten einer online-Recherche sowie die Archivalienbestellung erläutert wurden.

Der hohe Zuspruch zu beiden Führungen sowie zahlreiche Fragen der Besucher zeigten das rege Interesse am Archiv als Gedächtnisort sowie an den vielfältigen Herausforderungen der täglichen Arbeit von Archivaren und Restauratoren.

Rainer Jedlitschka

Rückschau auf die erste Halbzeit in der Personalvertretung der Staatlichen Archive Bayerns

In einer Rückschau möchte der Bezirkspersonalrat (BPR) auf seine Tätigkeit eingehen und seine Aufgaben näher beschreiben. Beim Blick in die Jahresstatistik in den „Nachrichten aus den Staatlichen Archiven“ kann man sehen, wie viel Arbeit von den Bediensteten geleistet wird. Als attraktiver Arbeitgeber nimmt die staatliche Archivverwaltung das Recht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Vertretung ihrer Interessen durch amtierende Personalräte ernst.

Im Frühling 2011 wurde der Bezirkspersonalrat bei der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns neu gewählt. Der neue Bezirkspersonalrat setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen, davon hatten zwei schon in der vorigen Amtsperiode einen Sitz inne. Die fünf neu gewählten Personalrätinnen und Personalräte arbeiteten sich in entsprechenden Schulungen in ihre Aufgaben im Sinne des Personalvertretungsgesetzes ein, um mit frischen Ideen ans Werk gehen zu können.

Aus dieser Wahl ergaben sich proportional zur Anzahl der Bediensteten der Staatlichen Archive Bayerns vier Beamtenvertreter und drei Beschäftigtenvertreter. Auch geographisch ist der Bezirkspersonalrat gut vertreten. Die sieben regulären Mitglieder kommen von vier Dienststellen: Staatsarchiv Amberg, Staatsarchiv Landshut, Bayerisches Hauptstaatsarchiv und Generaldirektion des Staatlichen Archive Bayerns. Durch die beiden Ersatzmitglieder erweitert sich das geographische Spektrum des BPR noch zusätzlich um das Staatsarchiv Bamberg und das Staatsarchiv

Nürnberg. So wirkt der Bezirkspersonalrat in möglichst allen Staatsarchiven.

In regelmäßigen monatlichen Sitzungen werden die jeweils anstehenden Themenschwerpunkte, die die Bediensteten aller staatlichen Archive in Bayern betreffen, erörtert, z.B. Mitwirkung beim Gesundheitsmanagement, und die Mitbestimmungsrechte im Sinne des Art. 75 des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes ausgeübt. Hinzu kommen regelmäßige Gespräche mit der Generaldirektorin und ihrem Team im Zuge der vertrauensvollen Zusammenarbeit sowie zahlreiche Beratungsgespräche mit den örtlichen Personalräten der staatlichen Archive und auch Kolleginnen und Kollegen bayernweit. Darüber hinaus wird der regelmäßige Kontakt zu Interessenvertretungen außerhalb der Archivverwaltung wie dem Hauptpersonalrat beim Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst und den unabhängigen Arbeitnehmervertretungen wie Ver.di und dem Beamtenbund gepflegt.

Um einen Einblick in die umfangreiche Tätigkeit des Bezirkspersonalrats zu geben, sei für die erste Hälfte seiner Amtsperiode seit 1. August 2011 auf diese Zahlen verwiesen: Am meisten wird die Mitbestimmung bei Einstellungen (58 Fälle) ausgeübt, gefolgt von Verlängerungen befristeter Verträge (35 Fälle). Des Weiteren beschäftigte sich der BPR mit 24 Beförderungen von Beamten (durch das Leistungslaufbahngesetz) und 23 Höhergruppierungen von Beschäftigten (durch das Inkrafttreten der Entgeltordnung der Länder 2012). In 12 Versetzungsfällen wurde die Mitbestimmung ausgeübt. Auch an Lebenszeitverbeamtungen, Entfristungen und einer Wohnungszuweisung war der BPR beteiligt. Zwei Rahmendienstvereinbarungen wurden gemeinsam erarbeitet und stehen kurz vor der Unterzeichnung. Dies sind jedoch nur die zahlenmäßig dokumentierten Vorgänge, hinzu kommt noch die Teilnahme an zahlreichen Vorstellungs- und Auswahlgesprächen, strukturierten Interviews sowie an mündlichen Prüfungen.

Der Bezirkspersonalrat ist ein engagiertes Team, das sich auch weiterhin voll in diese verantwortungsvolle Aufgabe einbringt.

Ingrid Sauer

Veranstaltungen

Tag der Familienforschung im Oktober 2013

Im Jahre 2010 war der erste „Tag der Familienforschung“ des Bayerischen Landesvereins für Familienkunde e.V., Bezirksgruppe Oberbayern im Stadtarchiv München ein so großer Erfolg, dass alle Beteiligten eine Wiederholung wünschten. Am 12. Oktober 2013 fand daher im Bayerischen Hauptstaatsarchiv erneut ein Tag der Familienforschung der Bezirksgruppe des Landesvereins statt. Mitorganisiert wurde er vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv. Die Generaldirektorin der Staatlichen Archive Dr. Margit Ksoll-Marcon übernahm die Schirmherrschaft.

Der Landesverein hatte in der Vorhalle des Bayerischen Hauptstaatsarchivs einen repräsentativen Informationsstand aufgestellt und war im Foyer selbst mit Ständen zur Familienforschung im Allgemeinen, zur Wappenkunde, zur Namenskunde, zum Lesen alter Schriften, zu familienkundlicher Internet-Software sowie zu neuen Projekten zur Friedhofs- und Sterbebilderdokumentation vertreten. Außerdem fand ein Bücherverkauf statt.

Im Hörsaal wurden mehrere gut besuchte Vorträge angeboten. Referenten des Landesvereins gaben Hinweise zur Familienforschung und zur Nutzung des PC für Familienforscher.

Zwei Referenten der Bayerischen Staatsbibliothek führten Familienforscher in Benutzung und Recherche bei den dortigen Beständen ein und informierten über die digitalen Angebote der „Bayerischen Landesbibliothek Online“.

Das Staatsarchiv München war mit Andreas Nestl und Andreas Sauer vertreten, das Bayerische Hauptstaatsarchiv mit Sandra Scharmüller (Abt. I), Dr. Martina Haggenmüller (Abt. IV Kriegsarchiv) und Ingrid Sauer (Sudetendeutsches Archiv und Abt. V).

Beide Archive zeigten Archivalien als Anschauungsmaterial. Im Falle des Bayerischen Hauptstaatsarchivs handelte es sich um ein Hofanlagsbuch des Landgerichts Schongau aus dem Jahre 1776, einen Akt der Adelsmatrikel mit Matrikelbogen und einen Offizierspersonalakt der Abt. IV. Auf besonders lebhaftes Interesse der Besucher stieß die Vorführung der durch die Firma Ancestry digitalisierten Kriegsstammrollen. Frau Dr. Haggenmüller demonstrierte an einem Laptop die Recherchemöglichkeiten im Internet.

Die Kollegen vom Staatsarchiv München zeigten ein Briefprotokoll des Gerichts Schongau, ein Kataster-Umschreibheft, einen Ansässigmachungs-

Verehelichungsakt sowie den Personalakt eines Gendarmerie-Offiziers.

Das Stadtarchiv München war mit zwei Kollegen vertreten. Das Standesamt München machte mit Plakaten und einem ausführlichen Faltblatt auf die Führung der Personenstandsnachweise seit 1876 aufmerksam.

Die beiden Kollegen vom Archiv des Erzbistums München und Freising gaben Hinweise auf die Arbeit ihres Archivs. Mit einem Informationsblatt brachten sie den Besuchern die Pfarrmatrikel näher.

Die Veranstaltung wurde von ca. 200 bis 250 Interessenten besucht. Zum Erfolg der diesjährigen Veranstaltung dürften die angebotenen Vorträge wesentlich beigetragen haben.

Sandra Scharmüller

Präsentation der Ortsnamen-Lexika von Wolf-Armin Frhr. v. Reitzenstein

„Abenberg – Malching – Zwerchstraß“: diese Ortsnamen gaben den Rahmen vor für die Präsentation der Trilogie der Ortsnamen-Lexika von Dr. Wolf-Armin Frhr. v. Reitzenstein am 29. Januar 2014 im Hörsaal des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Der Einladung des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege e.V., des Verlags C.H.Beck und der Staatlichen Archive Bayerns waren viele Gäste gefolgt.

Nach der Begrüßung durch den Direktor des Hauptstaatsarchivs Dr. Gerhard Hetzer thematisierte Bernd Sibling, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, der auch die Grüße von Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle übermittelte, wieviel ihm Geschichte, Heimat und Heimatpflege bedeuten. Seine Heimat Plattling im alten niederbayerischen Siedlungsland, 868 erstmals erwähnt als „Platlinga“, leite sich ab vom Personennamen „Bladilo“, sei also die Siedlung von „Bladilo“ und seinen Leuten, das könne man bei Reitzenstein nachlesen. Demgegenüber seien Waldkraiburg und Neugablonz nach dem Zweiten Weltkrieg neu gegründet worden. Siedlungs- und Ortsnamenforschung seien Facetten der bayerischen Landesgeschichtsforschung, die – wie auch die Volkskunde – im universitären Bereich ein kleines Fach umgreife. Staatssekretär Sibling betonte, dass die bayerische Staatsregierung sich Landesgeschichte und Volkskunde weiterhin leisten könne und wolle. Die intensiven und langjährigen Forschungen von Wolf-Armin Frhr.



Dr. Wolf-Armin Frhr. v. Reitzenstein beim Buchsignieren
(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

v. Reitzenstein, dessen Arbeit sehr zu rühmen sei, lägen nun als Lexikon bayerischer, fränkischer und schwäbischer Ortsnamen vor. Mit ca. 3600 Einträgen (Orts- und Gewässernamen) seien etwa 9 Prozent der in Bayern existierenden Ortsnamen erläutert. Die drei Ortsnamen-Lexika seien Arbeitsgrundlage für Schule und Forschung und praktisches Nachschlagewerk für den großen Kreis interessierter Laien. Nicht zuletzt die Veröffentlichung im Verlag C.H.Beck, wofür sich Staatssekretär Sibler sehr herzlich bedankte, mache das Lebenswerk Reitzensteins einer breiten Leserschaft bekannt.

Dr. Wolfgang Pledl vom Bayerischen Landesverein für Heimatpflege, dessen Vorsitzender und früherer Präsident des Bayerischen Landtags Johann Böhm es sich nicht hatte nehmen lassen, der Veranstaltung beizuwohnen, streifte kurz die Entwicklung der Ortsnamenforschung und erläuterte, warum Ortsnamen ein wichtiger Baustein der Heimatgeschichte seien. Schon deswegen sei die Heimatforschung Reitzenstein und seinem Forschen zu großem Dank verpflichtet. Dr. h.c. Wolfgang Beck erinnerte aus Verlegersicht an die Entstehungsgeschichte der Ortsnamen-Lexika, die mit einem Schreiben seinerseits vom Juli 1973 begonnen habe. Im Vergleich zu anderen

deutschen Bundesländern sei die Ortsnamen-Trilogie einmalig. Wolfgang Beck erwähnte sein Verlagsengagement für Geschichte und Bavarica, ein würdiges Umfeld für die Ortsnamen-Lexika. Die Rolle der Archive als Quellenbereitsteller und Dienstleister für die Forschung unterstrich Dr. Gerhard Hetzer. Er wies hin auf die 2008 in ebendiesem Hörsaal abgehaltene Tagung „Namenforschung im Archiv“ unter der Leitung von Wolf-Armin Frhr. v. Reitzenstein (s. Blätter für oberdeutsche Namenforschung 45/2008). Außerdem übergab er Reitzenstein eine Kopie von dessen erstem Benützungsantrag im Bayerischen Hauptstaatsarchiv vom 27. September 1965.

Wolf-Armin Frhr. v. Reitzenstein berichtete weniger von seiner in den Archiven geleisteten Kärnerarbeit, sondern vielmehr von im Gedächtnis bleibenden „Archiverlebnissen“, wie den Mönchen zu St. Peter in Salzburg, die ihn bei seinem Archivbesuch kurzerhand zu ihrem gemeinschaftlichen Mittagessen gebeten hätten, von St. Walburg in Eichstätt, dessen Äbtissin nicht als „Ehrwürdige“, sondern als „Hochwürdige Mutter“ anzusprechen sei, und von Forschungen im Archivio Segreto Vaticano, wo er mit dem damaligen Archivar auf Lateinisch kommuniziert habe. Die Schutzumschläge der Ortsnamen-Lexika seien



V.l.n.r.: Dr. Gerhard Hetzer, Dr. Wolf-Armin Frhr. v. Reitzenstein und Staatssekretär Bernd Sibler
(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

nicht zu dekorativen Zwecken mit Abbildungen von Landkarten versehen, sondern um zu verdeutlichen, dass Namens(be)deutungen und Raumbezüge für die Menschen immer schon wichtig gewesen seien. Nicht nur in dieser Hinsicht seien der Verlag C.H.Beck und das verantwortliche Lektorat seinen Vorstellungen gerne entgegengekommen. Und ganz verkürzt gesagt: „Abendberg“ (LK Roth in Mittelfranken) ist „Siedlung zur Burg eines Abo“, Zwerchstraß (LK Donau-Ries in Schwaben) setzt sich aus dem Grundwort „Straße“ und dem Bestimmungswort „quer“ zusammen, „Malching“ (LK Fürstfeldbruck in Oberbayern) heißt „bei den Leuten bei der Gerichtseiche“, während ein weiterer Ort „Malching“ (LK Passau in Niederbayern) die Siedlung einer Person namens „Malako“ und von deren Leuten ist. Die detaillierten Erläuterungen von Wolf-Armin Frhr. v. Reitzenstein können nachgelesen werden.

Wolf-Armin Frhr. v. Reitzenstein, Lexikon bayerischer Ortsnamen. Herkunft und Bedeutung [1. Aufl., 1986], 2., verbesserte und erweiterte Auflage, München: Verlag C.H.Beck 1991.

Wolf-Armin Frhr. v. Reitzenstein, Lexikon bayerischer Ortsnamen. Herkunft und Bedeutung. Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, München: Verlag C.H.Beck 2006.

Wolf-Armin Frhr. v. Reitzenstein, Lexikon fränkischer Ortsnamen. Herkunft und Bedeutung. Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, München: Verlag C.H.Beck 2009.

Wolf-Armin Frhr. v. Reitzenstein, Lexikon schwäbischer Ortsnamen. Herkunft und Bedeutung. Bayerisch-Schwaben, München: Verlag C.H.Beck 2013.

Claudia Pollach

Ministerratsprotokolle Band 1 des Kabinetts Ehard III im Beisein von Staatsminister Dr. Spaenle der Öffentlichkeit präsentiert

Am 9. April 2014 konnte ein neuer Band der Edition der Ministerratsprotokolle der Nachkriegszeit der Öffentlichkeit präsentiert werden: Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954. Das Kabinett Ehard III: 18. Dezember 1950 bis 14. Dezember 1954, Band 1: 20.12.1950–28.12.1951, bearbeitet von Oliver Braun.

Die Edition der Protokolle des bayerischen Ministerrats der Nachkriegszeit war ein Anliegen von Generaldirektor Professor Walter Jaroschka und dem Präsidenten der Historischen Kommission Professor Eberhard Weis. Weis schrieb im März 1991 an den damaligen Ministerpräsidenten Max Streibl, den er um die Befürwortung des Projekts bat, u.a.: „Die Ministerratsprotokolle bieten wegen der Genauigkeit ihrer Informationen, den formalen Hinweisen auf die Entscheidungsprozesse, der Wiedergabe der Argumente und der Klarheit der formulierten Beschlüsse präzise, quellenkritisch kaum zu bezweifelnde Aussagen und damit die Möglichkeit, andere zeitgeschichtliche Informationen, etwa aus Nachlässen, mündlichen Aussagen oder Dokumenten anderer Herkunft zu überprüfen und richtig zu stellen.“ Vorausgegangen war ein Beschluss des Ministerrats vom 16. Januar 1990, der bis heute Gültigkeit besitzt, wonach die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv verwahrten Protokolle

der Ministerratssitzungen nur nach Zustimmung des Leiters der Staatskanzlei im Einvernehmen mit dem Kabinettsmitglied, dessen Ressort für den Tagesordnungspunkt federführend war, eingesehen werden können. Die Edition bedeutet daher eine wesentliche Erleichterung des Zugangs zu dieser Quellengruppe. Seit 1995 erschienen im Abstand von drei bis vier Jahren bis heute sieben Bände, zum Teil zweibändig.

der Autobahnmaut. In seinem Bemühen um einen ausgeglichenen Bundeshaushalt verfiel Bundesfinanzminister Fritz Schäffer von der CSU auf die Erhebung einer Bundesautobahngebühr, und die diesbezügliche politische Debatte erwies sich als geradezu zeitlos. Bayerische Finanzpolitiker waren natürlich Verfechter der Autobahngebühr – „zumal“ – Zitat – „ja durch sie auch ausländische Fahrzeuge erfaßt würden“. An-



V.l.n.r.: Professor Dr. Andreas Wirsching, Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, Dr. Margit Ksoll-Marcon, Prof. Dr. Gerrit Walther und Dr. Oliver Braun (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle unterstrich in seinem Grußwort die Bedeutung dieser Editionsreihe, die von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns herausgegeben wird. Zahlreiche Vertreter aus Wissenschaft und Forschung aber auch von Behörden und Gerichten waren zu der Buchvorstellung gekommen.

Vorgestellt wurde die Publikation vom Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Professor Andreas Wirsching, der in der Nachfolge von Professor Rudolf Morsey die Editionsreihe betreut, und dem Bearbeiter Dr. Oliver Braun. Unerwartete tagespolitische Aktualität gewann der jüngste Editionsband vor allem durch einen Punkt der politischen Agenda von 1951:

dere verwiesen dagegen auf den unverhältnismäßig hohen organisatorischen Aufwand und die Unmöglichkeit einer wirksamen Kontrolle bei gleichzeitig zu hohen Kosten und darauf, dass der Verkehr sich auf die Landstraßen verlagern werde. Das Wirtschaftsministerium fürchtete um die Konkurrenzfähigkeit insbesondere der verkehrstechnisch abgelegenen Oberpfälzer und unterfränkischen Industrie. Der Ministerrat billigte den Gesetzentwurf der Bundesregierung schließlich mit spürbar wenig Begeisterung; zu Fall kamen das Gesetz und die Autobahngebühr durch die anderen Länder im Bundesrat.

Margit Ksoll-Marcon

Bayerisch-Schwäbisches Archivarstreffen im Staatsarchiv Augsburg

Am 16. Oktober 2013 kamen fast 30 Archivarinnen und Archivare zum Bayerisch-Schwäbischen Archivarstreffen zusammen, überwiegend haupt- und nebenamtlich an Kommunalarchiven des Regierungsbezirks Schwaben beschäftigt, aber auch Vertreter kirchlicher Archive und von Adelsarchiven aus dem Sprengel. Nachdem das Treffen 2012 erstmals außerhalb von Augsburg in Kaufbeuren stattgefunden hatte (vgl. Nachrichten Nr. 64/2013, S. 22), war diesmal wiederum das Staatsarchiv Augsburg Veranstaltungsort.

solche konservatorischer Art an. In der anschließenden Diskussion wurde betont, dass Digitalisierungsprojekte immer sorgfältig geplant werden müssen und zuvor am besten der Austausch mit Institutionen gesucht werden sollte, die bereits Archivgut digitalisiert haben.

Den zweiten Teil der Veranstaltung dominierte dann die Diskussion über die Durchführung eines Workshops zu Bewertungs- und Aussonderungsfragen von Archivgut, da insbesondere bei kleineren Gemeindearchiven oft große Unsicherheit herrscht, wie bei der Übernahme von Registraturgut zu verfahren ist. Beim grundsätzlichen Wunsch nach einer derartigen Ver-



Foto: Paul John (Staatsarchiv Augsburg).

Im Zentrum des Treffens stand ein Erfahrungsbericht von Dr. Julian Holzapfl, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, zu Digitalisierungsprojekten von Archivgut und Findmitteln und die Diskussion darüber.

Dr. Holzapfl stellte praktische Erfahrungen mit verschiedenen Projekten vor, an denen er zum Teil selbst beteiligt ist, und erläuterte Chancen und Perspektiven, die sich den Archiven durch die Einstellung auf heutige Mediengewohnheiten von Anwendern im Internet bieten. Dabei erläuterte er nicht nur verschiedene technische Aspekte und ging insbesondere auf die generelle Notwendigkeit ausführlicher Planung bereits im Vorfeld ein, sondern erörterte auch die Fragen, die sich bei der Einbindung externer Dienstleister stellen. Ebenso sprach er mögliche rechtliche Bedenken und

anstellung herrschte Einigkeit. Im Rahmen der Diskussion zeigte sich aber, dass kleine und mittelgroße Kommunalarchive zum Teil Bedürfnisse haben, die sich von denen größerer Stadtarchive oft erheblich unterscheiden. Als Ergebnis wurde festgehalten, dass das Thema Bewertung und Aussonderung nicht mit einem einmaligen Workshop zu bewältigen sei, sondern dass mehrere praxisorientierte Veranstaltungen sinnvoller seien, bei denen einzelne Archive Aussonderungsentscheidungen aus verschiedenen Bereichen zur Diskussion stellen. Idealerweise sollte der Workshop dann auch am Ort des jeweiligen Archivs ausgerichtet werden.

Thomas Engelke

Notfallhilfe im Verbund – Workshop im Staatsarchiv Augsburg

Die Hochwasser an Oder und Elbe 1997 und 2002, der Brand der Anna Amalia Bibliothek 2004 und nicht zuletzt der Einsturz des Kölner Stadtarchivs 2009 haben deutlich gemacht, wie schnell und unvermutet kulturelle Einrichtungen und ihre Bestände in ihrer physischen Existenz bedroht sein können.

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse begannen viele Archive, Bibliotheken und Museen, die Notfallvorsorge im eigenen Haus kritisch zu überdenken. Am Ende stand dann oft die Erkenntnis, einer akuten Gefährdung durch Feuer, Wasser, Erdbeben oder anderen Notfällen mit den im eigenen Haus verfügbaren Ressourcen nicht rasch und angemessen begegnen zu können. Aus solchen Überlegungen heraus entstanden in mehreren deutschen Städten, z.B. in Dresden, Hannover, Münster und Weimar sogenannte Notfallverbände, in denen sich Kulturgut verwahrende Einrichtungen auf freiwilliger Basis zusammenschlossen. Auf der Grundlage einer rechtlichen Vereinbarung sichern sich die Verbundteilnehmer nicht nur gegenseitige Hilfe im Ernstfall zu, sondern analysieren gemeinsam potentielle Gefährdungssituationen, erarbeiten entsprechende Notfallkonzepte und versuchen, sich durch regelmäßige Übungen für den hoffentlich nie eintretenden Ernstfall zu wappnen.

Der Aufgabe und der Notwendigkeit des Kulturgutschutzes verpflichtet haben in Augsburg im Sommer 2013 das Bistums-, Stadt-, Universitäts- und Staatsarchiv die Initiative ergriffen, um auch hier einen Notfallverbund ins Leben zu rufen. Dabei erging die Einladung spartenübergreifend an die Archive, Bibliotheken und Museen im Stadtgebiet. Auf der konstituierenden Sitzung der „Arbeitsgruppe Augsburger Notfallverbund“ im Oktober 2013 im Staatsarchiv Augsburg, an der zehn Institutionen aus allen geladenen Sparten teilnahmen, wurde aufbauend auf Vereinbarungen bereits bestehender Verbände ein Textentwurf einer Augsburger Notfallvereinbarung erarbeitet. Dieser befindet sich nun in der Abstimmungsphase bei den jeweiligen Trägern.

Als nächster Schritt wurde Ende Januar 2014 für die Mitglieder des geplanten Verbundes eine Fortbildung im Staatsarchiv Augsburg organisiert. Als Partner konnte die „Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz“ (AKNZ) des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Ahrweiler gewonnen werden. Zunächst gab Dr. Dorothee Friedrich von der AKNZ eine allgemeine Einführung in die objekt- und szenarienbezogene Gefahrenabwehrplanung. Dabei wurde auf den Begriff

des Kulturgutschutzes, potentielle Gefährdungsszenarien (Wasser, Feuer/Rauch, Druck), internationale und nationale Regelwerke für den Kulturgutschutz inklusive der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten sowie die jeweiligen Zuständigkeiten im Katastrophenfall eingegangen.

Anschließend referierten Dr. Markus Speidel vom Stadtmuseum Stuttgart und Karola Richter vom Landesmuseum Württemberg. Drei Jahre lang hatten beide an der Vorbereitung und Ausgestaltung eines spartenübergreifenden Notfallverbundes in Stuttgart gearbeitet, dessen Vereinbarung schließlich im Juni 2013 unterzeichnet wurde. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse wurden den Anwesenden nun in einer interessanten Präsentation vermittelt. Dabei wurden genau die Aspekte angesprochen, die auch die Augsburger Arbeitsgruppe beschäftigen, etwa die Frage des Aufbaus des Verbundes (spartenrein oder spartenübergreifend, gemeinsame oder individuelle Lösungen für alle Einrichtungen), der Optimierung der Notfallorganisation der einzelnen Institutionen, der Interessenvertretung bei Politik und Trägern sowie die Bedeutung gemeinsamer Schulungen und Übungen. Aufschlussreich waren auch die Schilderung der Schwierigkeiten bei der Gründung des Stuttgarter Verbundes, z.B. bei der Koordination der Arbeitsgruppe, der Ausgleich unterschiedlichen Erfahrungsstands der beteiligten Häuser sowie das Ringen um Inhalt und Formulierung der Vereinbarung. Geradezu spannend geriet der abschließende, mit vielen Fotos untermalte Bericht über eine gerade erst absolvierte Evakuierungsübung am 20. Januar 2014 im Landesmuseum Württemberg. An dieser Übung war neben verschiedenen Kulturinstitutionen auch die Berufsfeuerwehr Stuttgart beteiligt gewesen. Am Beispiel eines Kellerbrandes hatten rund 40 Teilnehmer erfolgreich den Ernstfall der Bergung, Erstversorgung und des Abtransports von Kulturgütern geübt.

Die Teilnehmer des Augsburger Workshops nutzten anschließend die Gelegenheit, Fragen an die Referenten zu stellen und von den Erfahrungen aus erster Hand zu profitieren. Beim nächsten Treffen der Arbeitsgruppe „Notfallverbund Augsburg“ im Frühjahr 2014 soll es zum einen um die endgültige Formulierung der Notfallvereinbarung und zum anderen um die Einbeziehung der Berufsfeuerwehr Augsburg in die Notfallplanungen gehen.

Rainer Jedlitschka

Rehabilitierung eines vermeintlichen Plagiators – Freischaltung des Simon-Marius-Portals im Staatsarchiv Nürnberg

Nachdem der Hofastronom des Großherzogs der Toskana ihn 1623 des geistigen Diebstahls bezichtigt hatte, war der Ruf des Ansbacher Mathematikers Simon Mayr bzw. in lateinischer Form „Marius“ für Jahrhunderte ruiniert. Galileo Galilei hatte am 7. Januar 1610 die vier größten Monde des Jupiters entdeckt und schon im folgenden Jahr darüber die vielbeachtete Veröffentlichung „Sidereus Nuncius“ vorgelegt.

us‘ sehr viel genauer als diejenigen Galileis, was von der astronomischen Forschung erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts gewürdigt worden ist.

Markgraf Georg Friedrich von Brandenburg-Ansbach hatte das Talent des noch jungen Simon Mayr erkannt und ihn wesentlich gefördert. Er ließ Marius 1601 zu Tycho Brahe nach Prag reisen und ermöglichte ihm ein Studium in Padua. Von 1605 bis zu seinem Tod im Alter von 52 Jahren wirkte Mayr als Hofmathematiker in Ansbach. Hier begann er mit meteorologischen Aufzeichnungen, fertigte Horoskope (vgl.



Durch einen symbolischen Knopfdruck schalten Pierre Leich, PD Dr. Peter Fleischmann, Dr. Stephan Kellner und PD Dr. Ralph Puchta (von links nach rechts) das Internetportal www.simon-marius.net frei (Foto: Klaus Drechsler, Staatsarchiv Nürnberg).

Der Vorwurf gegenüber dem aus Gunzenhausen gebürtigen Simon Marius (1573–1625) war aber nicht berechtigt, auch wenn der markgräfliche Hofmathematiker erst 1614 sein Werk „Mundus Iovialis“ (Jupiterwelt) herausgegeben hat. Denn die beiden Astronomen hatten unabhängig voneinander, jedoch gleichzeitig mit Fernrohren, einer seinerzeit ganz jungen Erfindung, diese bahnbrechenden Entdeckungen gemacht. Allerdings waren die Beobachtungen Mari-

Nachrichten Nr. 65/2013, S. 32) und erstellte Jahreskalender zum alltäglichen Gebrauch, die in Auflagenzahlen von 10.000 Stück gedruckt wurden.

Die Nürnberger Astronomische Gesellschaft, das Cauchy-Forum-Nürnberg und zahlreiche Kooperationspartner unter der Leitung von Pierre Leich haben sich zusammengeschlossen, um 400 Jahre nach der Veröffentlichung des epochalen Werks über die Jupiterwelt die astronomische Forschung von Simon

Marius bekannt zu machen. Am 18. Februar 2014 wurde im Staatsarchiv Nürnberg eine Feierstunde abgehalten, weil hier sieben von 29 Jahrgängen der Schreibkalender aus der Zeit zwischen 1601 bis 1629 als weltweit einzige Exemplare erhalten sind. Höhepunkt der Veranstaltung war die Freischaltung einer Internetseite, auf der alle Dokumente von und zu Simon Marius sowie Verweise auf entsprechende Sekundärliteratur, Berichterstattung und Veranstaltungen verfügbar gemacht wurden. Das Portal www.simon-marius.net ist sogar in 27 europäischen und außereuropäischen Sprachen von Arabisch über Lateinisch bis Japanisch abrufbar.

Vor zahlreichen Gästen aus ganz Deutschland drückten auf den symbolischen roten Knopf Pierre Leich (Portal-Herausgeber), PD Dr. Peter Fleischmann (Direktor des Staatsarchivs Nürnberg), Dr. Stephan Kellner (Bavarica-Referent der Bayerischen Staatsbibliothek) und PD Dr. Ralph Puchta (Vizepräsident der Nürnberger Astronomischen Gesellschaft), nachdem in kurzen Ansprachen die Bedeutung von Marius als Topastronom auf internationalem Niveau gewürdigt worden war.

Peter Fleischmann

Zwei Bände „Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Reichskammergericht, Buchstabe N“ im Staatsarchiv Nürnberg vorgestellt

Die Verkündung des Ewigen Landfriedens und die Einrichtung des Reichskammergerichts im Jahr 1495 brachte den Bürgern des Reichs endlich eine größere Rechtssicherheit. Denn anstelle von Fehde und Gewalt war nun ein geregeltes Verfahren vor dem obersten Gericht möglich, das seit 1527 seinen Sitz in Speyer und seit 1689 in Wetzlar hatte. Das Reichskammergericht war in vielen Fällen einerseits Appellationsinstanz, andererseits ergingen Urteile bei Verstößen gegen das Reichsrecht, bei Verletzung des Ewigen Landfriedens sowie im Zuge des Untertanenprozesses.

Nach Auflösung des Heiligen Römischen Reichs im Jahr 1806 wurden ab den 1840er Jahren etwa 70.000 Reichskammergerichtsakten entsprechend dem Sitz der klagenden Parteien auf die damaligen Gliedstaaten des Deutschen Bundes verteilt. Den größten Teilbestand von ca. 13.500 Prozessakten verwahrt heute das Bayerische Hauptstaatsarchiv. Dank der bundesweiten Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft wurde diese von der Forschung zu Unrecht zunächst wenig beachtete Überlieferung aus der Frühen Neuzeit seit 1979 sukzessive erschlossen. Die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns hat

seit 1994 diese Erschließung in Form sehr ausführlicher und mittels vieler Register zugänglicher gedruckter Archivinventare, beginnend mit Klägern des Buchstaben A (Aach bis Ayrer) bzw. der Inventarisierungsnummern 1 bis 428 veröffentlicht. Seit kurzem liegen die beiden Bände für den Buchstaben N (Nachtigal bis Nutzen) vor, die bei der Zählung der Inventarisierung die Nummern 7309 bis 8026 umfassen.

Dies wurde am 28. März 2014 zum Anlass einer Buchvorstellung genommen, die wegen des gegebenen Nürnberg-Bezugs im Staatsarchiv Nürnberg stattfand. Denn von den erfassten 718 Prozessen beruhen allein 466 auf Klagen von Bürgermeister und Rat der Reichsstadt Nürnberg (Inv.-Nr. 7552–8017). Auf diese Tatsache sollte vor Ort aufmerksam gemacht werden, weshalb zu einer Feierstunde eingeladen wurde.

Ltd. Archivdirektor PD Dr. Peter Fleischmann, Leiter des Staatsarchivs Nürnberg, betonte die Bedeutung der reichskammergerichtlichen Überlieferung gerade für Nürnberg. So sind uns beispielsweise nur dank der Klage der Sabina Welser aus Augsburg gegen Leonhard Hirschvogel aus Nürnberg die näheren Umstände von deren Eheschließung und Ehescheidung in der zweiten Hälfte der 1530er Jahre bekannt. Die am Abend des 28. März eröffnete Ausstellung im Fembohaus „Von nah und fern. Zuwanderer in die Reichsstadt Nürnberg“ zeigte dazu als Exponat Unterlagen der mit der Scheidungsklage befassten päpstlichen Kommission, die sich im kamerale Prozessakt erhalten haben.

Die Generaldirektorin der Staatlichen Archive Dr. Margit Ksoll-Marcon hielt einen einführenden Vortrag zur Überlieferung des Reichskammergerichts im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und zum Projekt „Inventar der Akten des Reichskammergerichts“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Dabei wurden Parteien, Prozessgegenstand, Laufzeit sowie vorgelegte Beweismittel für die einzelnen Prozesse nach einheitlichen Vorgaben erfasst. Das Bayerische Hauptstaatsarchiv, das den mit knapp 16.000 Akten – davon inzwischen 2400 mit rheinpfälzischen Betreffen als Leihgabe an das Landesarchiv Speyer abgegeben – größten Reichskammergerichtsbestand beherbergt, nahm von 1981 bis 2005 an diesem Projekt teil. Seit 1994 sind 18 Inventarbände innerhalb der Reihe der Bayerischen Archivinventare erschienen.

Der Redaktor und Bearbeiter der meisten Archivinventare, Dr. Manfred Hörner, referierte anschließend über „Die Reichsstadt Nürnberg als Kläger vor dem Reichskammergericht“. Er wies zunächst darauf hin, dass der gesamte Bestand Reichskammergericht sicherlich mehr als 2000 Prozesse mit

Nürnbergrelevanz zählen dürfte. Klagen gegen die Reichsstadt, Appellationen von Urteilen nürnbergischer Gerichte und Auseinandersetzungen, an denen Patrizier oder Bürger Nürnbergs beteiligt waren, treten in allen bereits gedruckt vorliegenden und allen künftig erscheinenden Inventarbänden auf. Aus den beiden vorzustellenden Bänden griff der Bearbeiter die von der Reichsstadt gegen die brandenburgischen Markgraftümer angestregten Prozesse um Jagd und Wildbann heraus, die rund ein Viertel der Streitfälle Nürnberg gegen Brandenburg ausmachen. Besonders umstritten war das Jagen im Reichswald, wo vor allem die Benützung von Schusswaffen sowie die Errichtung und Verleihung von Vogelherden (Einrichtungen zum Fangen von Lerchen, Amseln und anderen Singvögeln) wiederholt zu Klagen Anlass gaben, sowie um Lichtenau. Weitere Prozesse nahmen ihren Ausgang von markgräflichen Maßnahmen gegen Wilderei und Beihilfe dazu. Streit entstand auch, wenn nürnbergische Untertanen ihre Tiere und Felder durch Wachhunde oder Zäune vor dem Wild zu schützen versuchten. Verraten die Auseinandersetzungen um Jagd und Wildbann kaum etwas über die Verhältnisse innerhalb der Reichsstadt, so erlauben zehn von einzelnen Handwerks- und Gewerbebezügen überwiegend am Ende des Alten Reiches eingereichte Klagen Einblicke in ungünstige wirtschaftliche Entwicklungen in der Reichsstadt. Erkenntnisse aus den Prozessakten des Reichskammergerichts können die Geschichte Nürnbergs sicherlich da und dort ein wenig erhellen.

Am Ende der Feierstunde konnten dem Regierungspräsidenten von Mittelfranken Dr. Thomas Bauer, dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Nürnberg Peter Küspert und dem Präsidenten des Finanzgerichts Nürnberg Josef Lohrer die ersten Exemplare der im wahrsten Sinne des Wortes sehr vielseitigen Archivinventare übergeben werden.

Peter Fleischmann, Manfred Hörner

Erfahrungsaustausch „Digitale Archivierung und Langzeitspeicherung“ mit kirchlichen Archiven

Derzeit stehen alle Archivsparten vor der Herausforderung, digitale Informationen zu übernehmen, zu erschließen, zu erhalten und zugänglich zu machen. Die Staatlichen Archive Bayerns bauen ihr Digitales Archiv auf der Grundlage von DIMAG auf und übernehmen seit 2010 in großem Stil elektronische Unterlagen der Verwaltung. Vor diesem Hintergrund fand am 19. Mai 2014 erstmalig ein intensiver Erfahrungsaustausch der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns mit Archivaren, Registratoren und Informatikern der Diözesen Augsburg, Bamberg, Eichstätt, München und Freising, Passau, Regensburg, Speyer und Würzburg sowie der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zur „Langzeitspeicherung und digitalen Archivierung“ statt.

Nach einer Begrüßung durch die Generaldirektorin der Staatlichen Archive Dr. Margit Ksoll-Marcon wurden die Erfahrungen der Staatlichen Archive Bayerns bei der Aussonderung verschiedenster Gattungen der „born digitals“ thematisiert sowie unter den Schlagworten „Repräsentationen und RAIDs“ die Strategien der Staatlichen Archive Bayerns zur Langzeitspeicherung und Lesbarhaltung ihres elektronischen Archivgutes vorgestellt. Im Anschluss erhielten die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer eine Einführung in den Aufbau des Digitalen Archivs der Staatlichen Archive Bayerns sowie eine Livepräsentation der bereits vorliegenden Softwarewerkzeuge für die Übernahme (Ingest) sowie die Bereitstellung digitalen Archivguts (Access) gemäß dem sogenannten OAIS-Modell.

Der Nachmittag der Tagung bot Raum für eine breit angelegte Diskussion, in der die großen Herausforderungen sowie der daraus resultierende Kooperationsbedarf – gerade zwischen Archiven, Registraturen und IT-Abteilungen – bei der Sicherung des elektronischen Kulturguts der Kirchen deutlich wurde. Zugleich debattierten die Anwesenden überschaubare, aber zu schnellen Erfolgen führende Arbeitspakete auf dem Gebiet der digitalen Archivierung, um den Kirchenverwaltungen einen sukzessiven Einstieg in dieses neue Aufgabenfeld zu ermöglichen.

Michael Puchta

Tagungen

Jahrestagung des Fototechnischen Ausschusses der ARK in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns in München

Jahrhunderte haltbar und nicht manipulierbar – mit diesen Eigenschaften ist das Medium Mikrofilm bis heute unerreicht und unersetzbar. Aus gutem Grund setzt der Kulturgutschutz des Bundes nach wie vor auf die Mikroverfilmung, wenn es um dauerhafte Sicherung von Archivalien mit hoher nationaler oder kulturhistorischer Bedeutung geht.

zuletzt im Fall des Kölner Archiveinsturzes (2009) eindrucksvoll erwiesen.

Bevor jeden Herbst zur Einlagerung der auf Polyester gebannten Schätze geschritten werden kann, muss allerdings eine Menge Verfilmungsarbeit geleistet werden. Dies geschieht derzeit an bundesweit 14 Standorten. Eigene Verfilmungsstellen betreiben das Bundesarchiv und das Geheime Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, zudem die Landesarchivverwaltungen in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin,



Foto: Doris Wörner (Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Seit 1961 entstanden im Rahmen der Bundessicherungsverfilmung über 975 Millionen Aufnahmen. Diese lagern im Barbarastollen (auch: Oberrieder Stollen) nahe Freiburg im Breisgau, der seit 1975 als „Zentraler Bergungsort der Bundesrepublik“ dient. Dort sind sie sicher verwahrt, da der Stollen seither unter einem besonderen völkerrechtlichen Schutz der UN steht. Speziell patentierte, luftdicht verschlossene, vorklimatisierte Edelstahltonnen gewährleisten eine ungestörte und dauerhafte Lagerung der hochwertigen Silberfilme mit den Aufnahmen ausgewählter Bestände aus staatlichen, kommunalen und privaten Archiven. Der Wert dieser Maßnahme hat sich

Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen. In vier Bundesländern (Bremen, Hamburg, Saarland, Sachsen-Anhalt) bestehen keine eigenen Werkstätten. Deren Archivbestände werden in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Brandenburg mitverfilmt.

Die Organisation und Einrichtung der Verfilmungsstellen unterscheidet sich ebenso wie die jeweils zu verfilmenden Bestände. Umso wichtiger ist der regelmäßige Erfahrungs- und Informationsaustausch. Diesem dient das jährliche Treffen aller mit Reprographie

befassten Vertreterinnen und Vertreter der genannten Archivverwaltungen. Gemeinsam bilden sie den Fototechnischen Ausschuss (FTA) der Archivreferentenkonferenz des Bundes und der Länder (ARK). Traditionell nehmen an der FTA-Jahrestagung auch die beiden Mitarbeiter des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) teil, die für die Gesamtorganisation und deren finanzielle Abwicklung zuständig sind. Sie suchen und schätzen das Gespräch mit dem Expertengremium.

Der Fototechnische Ausschuss tagte 2013 am 5. und 6. November in München in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. In der einhalbtägigen Sitzung unter Leitung des langjährigen Ausschussvorsitzenden Dr. Martin Luchterhandt (Landesarchiv Berlin) wurde eine umfangreiche Tagesordnung behandelt.

Einen Schwerpunkt des Treffens bildete die Angebots- und Liefersituation von Mikrofilmmaterial: Kassenbelege und weitere, nur für eine vergleichsweise kurze Zeit aufzubewahrende Unterlagen der Banken, Versicherungen und Firmen werden inzwischen kaum noch mit analoger Verfilmung dokumentiert, sondern gescannt. Daher geht die Nachfrage nach Mikrofilm heutzutage praktisch nur noch von archivischen Einrichtungen aus; die Umsätze sind entsprechend stark gesunken. Die Bundessicherungsverfilmung muss sich daher mit steigenden Preisen und der Perspektive eines sich verknappenden Angebots auseinandersetzen. Der Fototechnische Ausschuss hat deshalb – gemeinsam mit namhaften Herstellern und Vertreibern – im September 2013 am Rande des Deutschen Archivtags in Saarbrücken die „Saarbrücker Erklärung“ verabschiedet. Das Schriftstück, das als Faltblatt beim BBK erhältlich ist, erklärt und verdeutlicht die Notwendigkeit von zuverlässigen Alternativen zu digitalen Speichermedien.

Diskutiert wurde deshalb auch der aktuelle Stand der technischen Möglichkeiten zur Ausbelichtung digitaler Bilddaten auf Mikrofilm. Gegenwärtig gelingt es noch nicht, die für eine Stolleneinlagerung notwendigen hohen Qualitätsstandards auf digitalem Weg flächendeckend und mit effizientem Tempo zu erreichen. Trotz erster Pilotprojekte ist eine Umrüstung der analog arbeitenden Verfilmungsstellen auf rein digitale Aufnahmetechniken momentan noch nicht möglich.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe strebt eine solche Umrüstung für die Zukunft aber durchaus an. Die digital durch die jeweiligen Archivverwaltungen erstellten Bilddateien würden dann an einer zentralen Stelle auf traditionelles Mikrofilmmaterial ausbelichtet werden. Dieses

Medium, das wegen der silberhaltigen Emulsion vergleichsweise kostspielig ist, soll dann nach wie vor für die Stolleneinlagerung verwendet werden. Steigende Materialpreise, die stetig schwindende Akzeptanz des Mikrofilms auf der Nutzerseite, aber auch eine bereits heute erschwerte Verfügbarkeit der wartungsintensiven analogen Filmlesegeräte legen nahe: Die Zukunft des Mikrofilms liegt weniger in der Benutzung als in der Langzeitsicherung.

Neben der Ausbelichtung von Digitalisaten ist derzeit auch die Digitalisierung vom Mikrofilm für die Archivverwaltungen zunehmend von Interesse. In beiden Bereichen verfügt der Fototechnische Ausschuss über viel Erfahrung und Sachkenntnis. Daher wurde beschlossen, durch eine Arbeitsgruppe ein Konzept dafür zu erarbeiten, wie der Ausschuss seine Kompetenz in den jeweiligen Archivverwaltungen optimal einbringen kann.

Seit etlichen Jahren finden in Oberried Fortbildungskurse für Verfilmungskräfte statt, zu denen stets eine Stollenführung gehört. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben also Gelegenheit, sich anzusehen, welchen Weg die von ihnen hergestellten Filme nehmen.

Zur Sprache kam auch die Zentralisierung der momentan an 14 verschiedenen Standorten getrennt geführten Datenbank zur Verwaltung und Erfassung der Sicherungsfilme (SifiDEV). Mit der notwendigen Datenkonsolidierung wurde im Sommer 2013 begonnen. Die neue webbasierte Zentraldatenbank mit einheitlich geregelter Dateneingabe wird voraussichtlich ab 2015 verfügbar sein. Nicht zu kurz kamen bei der Tagung auch die jedes Jahr zu besprechenden, da für die Sicherungsverfilmung zentralen Punkte, wie die Jahresstatistik, die Klimatisierung und Einlagerung der Filme und die Kamera-Ausstattung der Werkstätten.

Am Nachmittag des zweiten Sitzungstages war Gelegenheit zu einer Betriebsführung bei der Münchener Firma MFM Hofmaier GmbH & Co. KG. In dieser Firma werden die Sicherungsfilme aller deutschen Verfilmungsstellen zu Großrollen zusammengeschweißt, in Edelstahlbehältern klimatisiert und luftdicht verschlossen und zum Transport nach Oberried vorbereitet. Die Besichtigung der Klimatisierungskammer und eines Teils der genannten Prozesse war daher eine willkommene Möglichkeit zur Fortbildung der Tagungsteilnehmer.

Die nächste Jahressitzung des Fototechnischen Ausschusses wird auf Einladung des Landes Niedersachsen voraussichtlich im November 2014 in Bückeburg stattfinden.

Sarah Hadry

23. Jahrestagung des International Institute for Archival Science (IIAS) in Triest

Das International Institute for Archival Science of Trieste and Maribor (IIAS) in Triest (Italien) lädt jährlich im Herbst Archivarinnen und Archivare aus zahlreichen europäischen und außereuropäischen Ländern zu einer Fachtagung ein. Die 23. Jahrestagung am 21. und 22. Oktober 2013 widmete sich zwei eher weit gefassten Themen, der Geschichte der Archive und der Archivwissenschaft seit 1950 sowie dem Kontakt der Archive zur jungen Generation und zu Kulturinstitutionen.

Vierundzwanzig Vorträge widmeten sich am ersten Tagungstag dem Thema Geschichte der Archive und der Archivwissenschaft seit 1950. Vorgestellt wurden die Geschichte des International Council of Archives (ICA) sowie u.a. die Geschichte der Archive in Bosnien-Herzegowina, Indien, der Karibik, Kroatien, Mazedonien, Polen, Russland, Serbien, Spanien, der Ukraine, außerdem die Geschichte der Archivgesetzgebung in Jugoslawien bis 1989 sowie die Geschichte der archivischen Konservierung und Restaurierung in der Slowakischen Republik. Die Geschichte der Archivwissenschaft ihrer Länder thematisierten u.a. Beiträge aus Chile (mit dem Blick auf ganz Lateinamerika), Österreich, Rumänien, Slowenien, Südafrika, der Tschechischen Republik und Weißrussland.

Am zweiten Tagungstag folgten siebzehn Vorträge über den Kontakt der Archive zur jungen Generation sowie zu anderen Kulturinstitutionen. Archive bedienen sich neuer Medien, um junge Menschen zu erreichen, so z.B. mit einem interaktiven Internetauftritt in Estland, einem virtuellen Archiv in Spanien und einem Film für Jugendliche, einem von Jugendlichen entwickelten Theaterstück für Kinder und einem Bilderbuch für jüngere Kinder in Slowenien. Daneben werden weiterhin bewährte Wege wie Führungen, Quellenarbeit, Seminare und Projektstage eingesetzt, wie Beispiele aus Bayern, Polen, Serbien, der Türkei und der Ukraine zeigten. Ein archivistisches Projekt für arbeitslose Jugendliche in Montenegro scheiterte letztlich am Desinteresse der Betroffenen. Den Kontakt zu anderen Kulturinstitutionen beschreiben Beiträge aus Deutschland (deutsch-französische Zusammenarbeit am Oberrhein), Slowenien (Erschließung von Postkarten) und der Ukraine. Ein Beitrag schildert die Geschichte der Archivausbildung in Rumänien, ein weiterer die Stellung der Archivare in Bosnien-Herzegowina.

Der deutsche Vertreter, Dr. Christian Kruse (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns), gab unter dem Titel „Wo die Vergangenheit spricht – Kinder und Jugendliche in Archiven“ einen Überblick

über die Zusammenarbeit der staatlichen Archive mit Schulen in Bayern in den letzten 15 Jahren. Er stellte – neben den klassischen Formen der Ausstellungs- und Archivführung – das insgesamt erfolgreiche Projekt „Archiv und Schule“ (1999–2011) vor, bei dem Lehrer, beraten von Archivarinnen und Archivaren, Unterrichtseinheiten mit starkem Quellenbezug erarbeitet und allen Schulen zur Verfügung gestellt haben. Nach der Reform der gymnasialen Oberstufe bewegte sich die Zusammenarbeit mit Schulen vor allem im Rahmen zweier Seminartypen, dem wissenschaftspropädeutischen Seminar (W-Seminar) und dem Projekt-Seminar zur Studien- und Berufsorientierung (P-Seminar), daneben im Rahmen von Projekttagen, der Hochbegabtenförderung und dem Projekt „Denkwerk“. Seit einigen Jahren sei ein neuer Weg beschritten worden, um bereits Kinder für Veranstaltungen in Archiven zu gewinnen. Hier habe sich die Zusammenarbeit mit dem Museumspädagogischen Zentrum in München bewährt, das über langjährige Erfahrungen auf diesem Gebiet verfüge.

Die Beiträge werden bereits zum Tagungsbeginn in der Zeitschrift „Atlanti. Review for modern archival theory and practice“ veröffentlicht, von der zurzeit Band 23 (2013) vorliegt. Weil die Druckfassung der Zeitschrift nicht weit verbreitet ist – in Deutschland in der Bibliothek des Bayerischen Hauptstaatsarchivs – werden die Bände auch im Internet veröffentlicht. Unter der Adresse www.iias-trieste-maribor.eu liegen die Jahresbände 15 (2005) bis 22 (2012) unter activities/meetings vor, die Bände 15 (2005) bis 17 (2007) auch unter publications. Das Einstellen des Bandes 23 (2013) ist ebenfalls vorgesehen. Drei Beiträge liegen auf Deutsch vor, 23 Beiträge auf Englisch. Alle Beiträge sind in englischer, italienischer und slowenischer Sprache zusammengefasst.

Parallel zur Tagung und zeitlich über diese hinausreichend nahmen 22 meist jüngere Archivarinnen und Archivare an der Autumn Archival School teil, einem Postgraduiertenkurs, bei dem erfahrene Berufskolleginnen und -kollegen verschiedene Fachthemen behandelten. Pausen, gemeinsam eingenommene Mahlzeiten und die Abende im Hotel in Triest (diesmal waren Tagungsort und Hotel identisch, so dass Busfahrten entfielen) dienten dem Kennenlernen und dem Gedankenaustausch.

Christian Kruse

Digital Diplomats – Eine Pariser Tagung zu Urkundenwissenschaft und digitaler Archivtheorie

In den ehrwürdigen Räumen des französischen Nationalarchivs im Pariser Marais und den modernistischen der neuen Gebäude in Pierrefitte-sur-Seine fand im November 2013 die dritte große Konferenz der Reihe „Digital Diplomats“ statt. Auf ihre Leitfrage „What is Diplomats in the digital environment?“ forderte sie Antworten nicht zuletzt von Archiven, Archivarinnen und Archivaren. Nicht nur von denjenigen, die sich wie die Staatlichen Archive Bayerns bereits darum bemühen, ihre bedeutenden Urkundenbestände digital verfügbar zu machen, sondern von allen, für die sich im Zuge der digitalen Archivierung die Fragen der Authentizität und Aussagekraft von Dokumenten wieder neu stellen, die die Diplomatie für ihre pergamentenen Untersuchungsgegenstände bereits gültig beantwortet hat.

Um nur zwei Stränge aus der Vielfalt der präsentierten Forschungsergebnisse herauszugreifen: In den Sektionen „Evidence as a Juridical and a Diplomatic Concept“ und „Diplomats of Digitally Born Archives“ wurde in mehreren Beiträgen das „Digital Forensics“-Paradigma in der Archivwissenschaft in seiner praktischen Anwendung demonstriert. Entwickelt und maßgeblich vertreten von Luciana Duranti an der School of Library, Archival and Information Studies der University of British Columbia, geht es von der These aus, dass die forensische Lehre innerhalb der Urkundenwissenschaft, das „discrimen veri ac falsi“, in digitaler Form wiederauferstehen kann und sollte, wenn es gilt, Strukturmodelle für die authentische Langzeitsicherung von rechtsgültigen Dokumenten in digitalen Archiven zu entwickeln.

Auch die Digitalisierung und die digitale Präsentation von originalen Urkunden kam zur Sprache: Julian Holzapfl, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, stellte unter dem Vortragstitel „What goes with a charter?“ die nur scheinbar nebensächliche Frage zur Diskussion, welche der häufig zusammen mit Urkunden überlieferten Notizen und Beilagen – man könnte von paradiplomatischem Schriftgut sprechen – beim Digitalisieren mit berücksichtigt werden soll. Daniel Jeller stellte mit Walter Benjamin die Frage, ob der Urkunde als herausragendem Stück materiellen Kulturguts im Zeitalter ihrer digitalen Reproduzierbarkeit nicht auch ihre Aura verloren gehen könnte.

Die Vortragspräsentationen zur Tagung können unter <http://www.cei.lmu.de/digdipl13/program-2> eingesehen werden – ein höchst empfehlenswerter Blick

über den Tellerrand der deutschsprachigen Archivwissenschaft.

Julian Holzapfl



Dr. Julian Holzapfl (Foto: Adam Jansen).

„Lesesaal Internet“ – Erfahrungen, Ergebnisse und Wünsche auf dem Weg zu einer digitalen Forschungslandschaft archivischer Quellenbestände

Unter dieser Überschrift hatte die Generaldirektion der Staatlichen Archive am 11. März 2014 zum fachlichen Erfahrungsaustausch gebeten, und Fachkollegen aus dem ganzen Bundesgebiet waren der Einladung gefolgt. Der Workshop fand im Rahmen des EU-Projekts „European Network on Archival Cooperation“ (ENArC) statt und wurde in Partnerschaft mit dem International Centre for Archival Research (ICARUS) veranstaltet.

Am Ausgangspunkt der Diskussion stand ein Perspektivwechsel: Für eine neue Generation von Forschern sind digitalisierte Archivalien nicht mehr virtuell, also technisch erzeugte und aufbereitete Abbilder von Kulturgut, sondern real, da für sie unmittelbar verfügbares und zugängliches Grundmaterial ihrer Arbeit. Gleichzeitig wissen alle Archivarinnen und Archivare nur zu gut, dass sie in absehbarer Zeit nur einen Bruchteil der in ihrer Obhut befindlichen Archivalien derart zugänglich machen können.

Eine erste Gruppe von Beiträgen lieferte daher individuelle Antworten auf die Frage nach dem „was“ und dem „warum“, nach Erfahrungen, Entscheidungen und Strategien.

Michaela Laichmann stellte für das Stadt- und Landesarchiv Wien beispielhaft den erreichten Stand des digitalen Angebots als charakteristische Mischung von kleineren Gelegenheitsdigitalisierungen bis zu großangelegten digitalen Erschließungsprojekten vor. Sie sprach sich für eine genaue Prüfung des Nutzens von Digitalisierungsvorhaben in Hinblick auf die tatsächliche Benützungstruktur eines Archivs und mit Verweis auf die enormen Langzeitkosten für die dauerhafte Speicherung digitaler Ressourcen aus. Mit Herbert Wurster (Bistumsarchiv Passau) kam danach ein klarer Befürworter möglichst weitgehender digitaler Benützungslösungen auch für familien- und heimatgeschichtliche Bestände zu Wort, der für die Bestände seines Archivs früh die Einbindung in übergreifende Quellenportale genutzt hat. Karin Huser zeigte für das Staatsarchiv des Kantons Zürich einen dritten Weg auf, den man mit „Datenqualität statt Massendigitalisierung“ umschreiben könnte: Zentrale Quellenserien zur Geschichte des Kantons, etwa die Regierungsratsbeschlüsse und Kantonsratsprotokolle, werden grundsätzlich im transkribierten bzw. erfassten Volltext zur Verfügung gestellt. Aufwändig erarbeitete archivische Quellenpräsentationen erfüllen hier also bewusst auch die Funktion digitaler Editionen.

Regina Keyler und Thomas Fricke vom Landesarchiv Baden-Württemberg demonstrierten zum einen anschaulich, wie die Verbindung im Internet verfügbarer Findmittel mit Applikationen zur Vorbestellung von Archivalien per Internet auch die herkömmliche Archivbenützung erheblich vereinfacht. Zum anderen gewährten sie einen Einblick in die Entwicklung der Benützungformen und -zahlen seit Beginn großangelegter Digitalisierung von Findmitteln und Archivalien im Landesarchiv, das – gar nicht so einfach deutbar – „Bild vom neuen Nutzer“. Die technische Grundlage für dieses Bild lieferte Georg Vogeler mit seinem Beitrag zur Erhebung und Interpretation von Zugriffszahlen aus dem Internet. Wie deutlich wurde, ersetzt auch hier technisches Wissen nicht Interpretation und strategische Positionierung. Lässt ein sehr kurzer Besuch („bounce“) auf einen digitalen Spaziergänger schließen, der weiterzieht, weil man ihn nicht weiter für das Angebot interessieren konnte, oder auf einen besonders zufriedenen Benutzer, der schnell und effektiv eine bestimmte Quellenstelle verifizieren konnte?

Die Beiträge der zweiten Sektion „Archivische Quellentypen im digitalen Zugriff – neue Techniken, neue Präsentationsformen“, die von Forschern, Wissenschaftsmanagern und Informatikern stammten, gingen einen Schritt weiter, indem sie Möglichkeiten der Darstellung, Verknüpfung und Auswertung von digitalisierten Archivquellen aufzeigten, die über das am physischen Original Mögliche erheblich hinausgehen. Torsten Reimer lieferte unter dem Titel „Mining the Digital Archive“ eine faszinierende Tour d’Horizon durch Musterbeispiele einschlägiger englischsprachiger Internetangebote – von den im Volltext durchsuchbaren Gerichtsprotokollen des Londoner Strafgerichts „Old Bailey“ bis zum Projekt „Transcribe Bentham“, das den handschriftlichen Nachlass des Philosophen Jeremy Bentham (verstorben 1832) für das Internet aufbereitet. Gemeinsam haben die gezeigten Anwendungen, dass Quellentexte und Erschließungsdaten von den verwahrenden Institutionen in frei verwendbarer Form zugänglich gemacht wurden, um mit experimentellen Methoden der digitalen Geisteswissenschaften (Digital Humanities) weiterverarbeitet zu werden, und dass die Datengrundlage durch die Beiträge von unzähligen freiwilligen Helfern über „crowdsourcing“-Anwendungen angereichert werden konnten. Anhand der Fuggerzeitungen, einem frühen Nachrichtenmedium, zeigte Katrin Keller (Universität Wien), wie sehr die technischen Möglichkeiten einer digitalen Erschließung und Präsentation Schriftgutgattungen zugutekommen, die bereits von ihrer Entstehung und Funktion her auf die Vernetzung ausgerichtet waren.

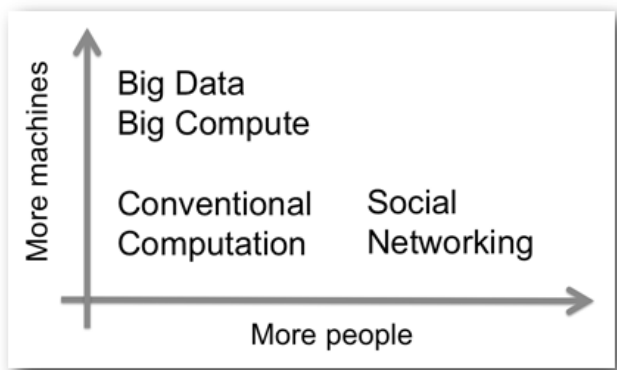
Jochen Graf (Universität zu Köln) erläuterte am Beispiel von monasterium.net, der bekannten länder- und archivübergreifenden Plattform für digitalisierte Urkunden beispielhaft das Konzept einer aus Archivquellen gespeisten virtuellen Forschungsumgebung, die nicht nur die Digitalisate selbst, sondern auch Werkzeuge zum individuellen und vernetzten Arbeiten mit ihnen bereit stellt. Die konkreten Vorteile solchen Arbeitens machten Magdalena Weileder (LMU München / Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) und Ludmila Sulitková (Universität Ústí nad Labem/Aussig) anschaulich, indem sie über die Forschungen an spätmittelalterlichen Notariatsurkunden aus Bayern und aus Böhmen berichteten, die ohne die digitale Zusammenführung der Überlieferungen nicht zu bewältigen wären. Die Paläographen Benedikt Hotz und Benjamin Schönfeld (LMU München) gaben einen Einblick in den Forschungsstand zu neuen Methoden der digitalen Schriftanalyse, wie sie nur an digitalisierten Urkunden möglich sind. Ihre

daraus abgeleitete Anregung an die Archive, digitale Abbilder von Urkunden möglichst immer in einheitlich hoher Bildqualität und mit ergänzender technischer Dokumentation, die automatisierte Mess- und Analyseverfahren ermöglicht, ins Netz zu stellen, wurde durchaus kontrovers diskutiert. Claudie Paye (Universität zu Köln) schließlich stellte ihren Quellenblog zur napoleonischen Ära in den deutschen Ländern vor, und stellte einige Überlegungen zu den Möglichkeiten und Grenzen dieser Art, Archivmaterialien zu präsentieren und in Beziehung zu setzen, zur Diskussion.

Dass der Workshop viel Stoff zum Nachdenken geliefert hat, wurde aus den regen Diskussionen nach den Beiträgen und den folgenden Rückmeldungen vieler Teilnehmer deutlich. Die gezeigten Präsentationen sind unter http://www.gda.bayern.de/veranstaltungen/lesesaal_internet abrufbar. Die Beiträge werden in ausführlicherer Form in einer Sonderpublikation der Staatlichen Archive Bayerns erscheinen.

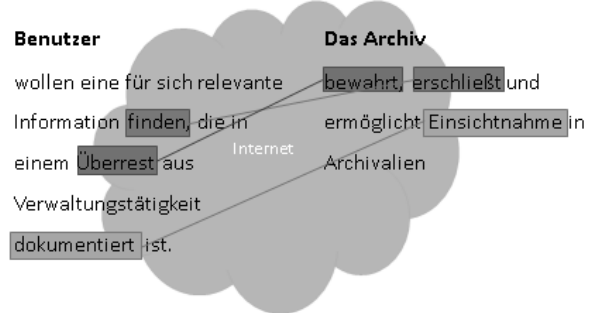
Julian Holzapfl

Social Machines

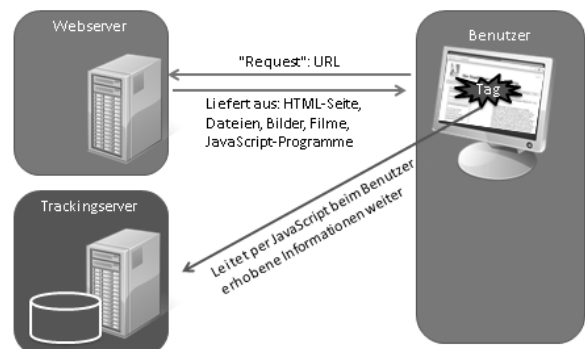


Dave de Roure: <http://www.scilogs.com/eresearch/social-machines/>

Webseite als Kommunikationskanal zwischen Archiv und Benutzer



Page Tagging



Schriftgutverwaltung

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Arbeitsverwaltung“ legt ihren Abschlussbericht vor

Die Arbeitsgruppe „Arbeitsverwaltung“ ist 2008 von der Konferenz der Archivreferentinnen und Archivreferenten des Bundes und der Länder (ARK) ins Leben gerufen worden, um den Prozess der Einführung elektronischer Leistungsakten bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu begleiten. Die Arbeitsgruppe hatte dabei nicht nur den Auftrag, Konzept und Reichweite der elektronischen Aktenführung im Bereich des Sozialgesetzbuches II aus archivischer Sicht zu beleuchten, sondern zugleich Bewertungsvorschläge für die künftig anfallenden elektronischen Akten zu erarbeiten. Dies bedeutete auch, die von der Vorgängerarbeitsgruppe 2003 vorgelegten Bewertungsvorschläge für die noch in Papierform geführten Leistungsakten zu überprüfen und gegebenenfalls zu aktualisieren. Davon abgesehen hat sich die Arbeitsgruppe veranlasst gesehen, sich auch mit der Neufassung der Aktenordnung der BA zu befassen und der Frage der Zuständigkeiten für die neu eingerichteten Job-Center nachzugehen.

Unter bayerischer Beteiligung hat die fünfköpfige Arbeitsgruppe in den vergangenen fünf Jahren in engem Kontakt mit der Bundesagentur für Arbeit den Einführungsprozess kontinuierlich begleitet. Dabei zeigte sich rasch, dass die bei der BA entstandene hochkomplexe Systemumgebung eine neue Herangehensweise erfordert. So wurden die bisher geführten Leistungsakten nicht eins zu eins in die elektronische Umgebung überführt, sondern bedarfsgerecht neu strukturiert. Weiter war festzustellen, dass die eAkte nicht für sich besteht, sondern als integrierter Bestandteil einer ganzen Fülle an prinzipiell eigenständigen, aber über Schnittstellen miteinander verkoppelten Fachverfahren betrachtet werden muss. Darauf wird speziell bei der Aktenaussonderung Rücksicht zu nehmen sein, da viele der von den Archiven benötigten Metadaten im eAkte-Verfahren gar nicht vorhanden sind, sondern erst über die angebotenen Fachanwendungen zur Verfügung gestellt werden müssen. Schließlich ist festzuhalten, dass der Prozess der Einführung noch keineswegs abgeschlossen ist, sondern weiter anhält und daher auch in Zukunft im Auge behalten werden muss.

Wie sich bei regelmäßigen Vor-Ort-Terminen zeigte, hat der Einsatz der IT-Technik damit zur Folge, dass sich die Aussonderung und Übernahme elektro-

nischer Unterlagen komplexer gestaltet als dies bei Papierakten bislang der Fall war. Er bietet den Archiven im Rahmen der Bewertung aber auch neue, grundsätzlich positiv zu beurteilende Auswahlmöglichkeiten, die in der analogen Umgebung nicht bestanden haben. Vor diesem Hintergrund hat sich die Arbeitsgruppe entschlossen, bei der Bewertung einen Neuansatz vorzuschlagen. Zwar geht auch das neue Bewertungsmodell davon aus, dass sich die Tätigkeit der BA in ihrer Breite am besten durch die vorrangig vom Bundesarchiv zu archivierenden Statistikdaten dokumentieren lässt, weshalb eine repräsentative Auswahl von Leistungsakten nicht erforderlich ist. Hatte das bisherige Auswahlmodell, das für die analogen Akten zunächst noch beizubehalten ist, aber darauf gesetzt, zur Dokumentation des Verwaltungshandelns pro Leistungsart einige wenige Akten fallbezogen für die Übernahme auszuwählen, schlägt der Abschlussbericht für die künftig zu übernehmenden elektronischen Akten eine Auswahl nach Leistungsempfängern vor, deren Leistungsakten möglichst vollständig in die Archive zu übernehmen sind. Auf diese Weise kann nicht nur das Verwaltungshandeln als solches dokumentiert werden. Vielmehr ist es so möglich, zu ausgewählten Einzelpersonen eine verdichtete Überlieferung aufzubauen, die zumindest in Ansätzen die Rekonstruktion von Arbeitnehmerbiographien gestattet.

Der Abschlussbericht wurde der 118. ARK, die am 17. und 18. März 2014 in Stade tagte, zur Zustimmung vorgelegt und dort auch angenommen. Gleichzeitig hat die ARK die Arbeitsgruppe von ihrer Aufgabe entbunden und die Umsetzung des Bewertungskatalogs und des Aussonderungsmodells auf den ARK-Ausschuss Records Management übertragen. Der AG „Arbeitsverwaltung“ gehörten an: Dr. Sabine Graf, Landesarchiv Niedersachsen, als Vorsitzende; Katrin Göring, Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar; Katrin Krause, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt (bis 2010); Dr. Ralf Lusiardi, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt (ab 2010); Dr. Jürgen Treffeisen, Landesarchiv Baden-Württemberg sowie der Unterzeichnende.

Bernhard Grau

Arbeitsgespräch „Aktenaussonderung bei den oberbayerischen Finanzämtern“ im Staatsarchiv München

Ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch über die Aktenaussonderung mit den dafür zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Behörden und Gerichten hat sich bewährt. Das positive Beispiel der in jeweils zweijährigem Turnus abgehaltenen Treffen der

Auswahl und zum Umfang der angebotenen Unterlagen. Die Kernfrage lautete dabei, ob und inwieweit die Vorgaben von den Finanzämtern tatsächlich ausgeschöpft und dem Staatsarchiv auch alles das angeboten wird, was als potentiell archivwürdig zu gelten hat. Während die Umsetzung pauschaler und verwaltungstechnisch wenig aufwändiger Auswahlkriterien, wie die Steuerkraft, in der Praxis keinen Schwierig-



V.l.n.r.: Dr. Bernhard Grau, Dr. Michael Unger und Dr. Christoph Bachmann
(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Registraloren der Landratsämter und der Justizarchivpfleger wurde vom Staatsarchiv München zum Anlass genommen, erstmals die Hauptsachgebietsleiterinnen und Hauptsachgebietsleiter (HSL) Aussonderung der 31 oberbayerischen Finanzämter einschließlich deren Außenstellen zum Dialog zu laden. Grundlage des außerordentlich gut besuchten Arbeitsgesprächs waren die beiderseitigen Erfahrungen mit den 1997 vom Finanzministerium erlassenen „Bestimmungen zur Aufbewahrung und Aussonderung von Schriftgut bei den Finanzämtern“. Im Sinne einer Archivierungsvereinbarung beinhaltet diese Verwaltungsvorschrift einen Katalog der von den Finanzämtern anzubietenden Sach- und Steuerakten.

Vor dem Hintergrund der formalen Vorgaben galt es zunächst, einen Sachstandsbericht aus archivischer Sicht zur Aussonderung bei Finanzämtern in Oberbayern zu erstatten. Dazu gehörten Beobachtungen zur

keiten begegnet, wächst proportional zum Ermessensspielraum der Sachbearbeiter bei der Kennzeichnung prominenter oder aus sonstigen inhaltlichen Gründen archivwürdiger Fälle die Unsicherheit einer späteren Anbietung. Daneben ließ sich der archivische Befund einer mangelnden Überlieferung einzelner Steuerarten und Unterlagentypen immer wieder aus den Reorganisationen der Finanzverwaltung erklären. Die Zentralisierung der Bußgeld- und Strafsachenstellen ist in diesem Zusammenhang ebenso zu nennen wie die zentralisierte Bearbeitung einzelner Steuerarten, etwa der Grunderwerbsteuer und der Erbschaftsteuer, sowie das behördenübergreifend verwendete Intranet „Allgemeines Informationssystem“ (AIS). Die ursprünglichen Auswahlkriterien lassen sich unter den gewandelten Bedingungen teils überhaupt nicht mehr anwenden. Gleichzeitig kamen aus dem Kreis der Tagungsteilnehmer wichtige Hinweise auf poten-

tiell archivwürdige Unterlagenarten, die bisher von der Anbietung ausgenommen waren. Amtsverfügungen wurden in diesem Zusammenhang genannt, aber auch die Lohnsteuerarbeitgeberakten und Unterlagen über Lohnsteueraussonderungen. Insgesamt ging so von der Tagung ein starker Impuls zu einer baldigen Überarbeitung der Aufbewahrungsbestimmungen aus. Dem Zufall geschuldet war es dabei, dass eine solche Überarbeitung tatsächlich kurz nach der Veranstaltung auf Initiative des Finanzministeriums und unter Beteiligung der Staatlichen Archive Bayerns in Angriff genommen wurde.

Auf besonderes Interesse bei den Tagungsteilnehmern stießen die Ausführungen über die mit dem Begriff der Archivierung verbundenen organisatorischen, praktisch-technischen und rechtlichen Implikationen. Die Vorstellung der Bearbeitungsschritte, die die vom Finanzamt gelieferten Akten einschließlich der Metadaten im Staatsarchiv durchlaufen, ehe aus dem einzelnen Steuerakt ein Archivale, aus dem Eintrag in einem Abgabeverzeichnis ein (möglichst digitaler) Findbucheintrag wird, förderte wesentlich das Verständnis für die Interessen und Bedürfnisse des Archivs. Ein Schwerpunkt der Erörterungen lag auf dem Aussonderungs- bzw. Abgabeverzeichnis als dem Schlüsseldokument der Aussonderung und späteren Erschließung. Teilweise spürbare Vorbehalte gegen die Archivierung von Unterlagen, die dem Steuergeheimnis nach § 30 Abgabenordnung unterliegen, konnten anhand ausführlicher Darlegungen der benützungrechtlichen Vorgaben des Bundesarchivgesetzes ausgeräumt werden (es gilt eine nicht verkürzbare Schutzfrist von 60 Jahren).

In seinem Vortrag über die Archivierung elektronischer Steuerakten stellte Dr. Bernhard Grau (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) den aktuellen Stand sowie die Perspektiven des IT-Einsatzes in der Steuerverwaltung und die darauf bezogenen Bemühungen der Archivverwaltungen von Bund und Ländern vor. Dass die Zukunft auch hier bereits begonnen hat, zeigte die Diskussion um die hybride Steuerakte. Da bereits seit 2003 die Steuerbescheide grundsätzlich nicht mehr ausgedruckt und zum Akt genommen werden, liegen die Steuerakten ab diesem Zeitraum nicht mehr vollständig vor. Dies betrifft nicht nur Akten ab dem Veranlagungszeitraum 2003, sondern auch frühere Veranlagungszeiträume, soweit nachträglich noch Steuerbescheide erteilt wurden. Daraus ergibt sich im Interesse einer aussagekräftigen Überlieferungsbildung zweifellos ein besonderer Handlungsbedarf von überregionaler Dimension.

Nach dem Blick in die allernächste Zukunft der Aktenaussonderung bei den Finanzämtern bot eine ab-

schließende Magazinführung ausreichend Gelegenheit, die wertvolle und vielseitige Überlieferung des Staatsarchivs München an historischen Archivalien aus dem Bereich der Finanzverwaltung vorzustellen. Das Interesse an der Veranstaltung und der offenkundige Gewinn für beide Seiten äußerten sich in einer durchweg sehr regen und konstruktiven Diskussion und konkreten Ergebnissen für die Aktenaussonderung. Sollten sich zudem mehrfache Ankündigungen bewahrheiten, das Staatsarchiv mit Finanzanwältinnen und -anwältern im Rahmen von deren Ausbildung zu besuchen, wäre dies eine schöne Gelegenheit zur weiteren Kontaktpflege. Auf jeden Fall soll die Veranstaltung in zwei Jahren wiederholt und damit möglichst fest etabliert werden.

Michael Unger

Schwäbische Registratorinnen und Registratoren zu Gast im Landratsamt Donau-Ries

Das bereits seit vielen Jahren durch das Staatsarchiv Augsburg organisierte Treffen der Registratorinnen und Registratoren der schwäbischen Landratsämter fand im Jahr 2013 im Landkreis Donau-Ries statt. Am 2. Oktober traf man sich in Donauwörth im sogenannten Fuggerhaus, einem zweigeschossigen Renaissancebau mit hohen zinnenbekrönten Giebeln, zum Erfahrungsaustausch. Das Landratsamt stellte einen modern ausgestatteten Tagungsraum zur Verfügung und sorgte für eine großzügige Verköstigung und Getränke.

In Vertretung des Landrats sprach der Leiter des Hauptamtes, Andreas Seifert, ein Grußwort. In Donauwörth sei die Zentralregistratur im ganzen Haus akzeptiert, arbeite sehr verlässlich und sei zudem personell gut ausgestattet. Bereits im Jahr 2000, d.h. sehr früh im Vergleich zu anderen Häusern, sei eine Registratur- und Aktenordnung erlassen worden. Probleme bereite die hohe Personalfuktuation mit vielen Quereinsteigern und die oft fehlende Einsicht der Sachbearbeiter in die Notwendigkeit einer geordneten Ablage. Die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) werde mit Nachdruck vorangetrieben. Der verantwortliche Teamleiter Informations- und Kommunikationstechnik (IuK), Markus Hügele, berichtete anschließend über dieses Projekt. Der Start erfolgte im Herbst 2010 mit dem Produkt KomXWork der Firma LivingData in der Hauptverwaltung und im Team IuK. Es sei geplant, das System jährlich um zwei Fachbereiche bzw. Teams zu erweitern. Als sehr praxisbezogen wurde der vom Bayerischen Landkreistag im April 2013 herausgegebene Leitfaden zur Einführung eines DMS erwähnt.

Ergänzend zu diesem Thema sprach Tagungsleiter Rainer Jedlitschka, Staatsarchiv Augsburg, die allgemeine Problematik des verstärkten Einsatzes elektronischer Verfahren in der Verwaltung an. Zu denken sei hier u.a. an digitale File-Ablagen, E-Mail-Accounts und Fachanwendungen (z.B. Datenbanken oder Geoinformationssysteme). Es müsse darauf geachtet werden, dass bei der Aussonderung von Unterlagen an

zukassieren, die nach heutiger Rechtslage genehmigungsfrei wären. Es werde angestrebt, die entsprechende Bekanntmachung aus dem Jahr 1986 in dem Sinn zu ändern, dass Akten dieser Art künftig von den Landratsämtern erst gar nicht mehr den Staatsarchiven angeboten werden müssen.

Zum Abschluss der Vormittagssitzung stellte ein Teilnehmer die neue DIN-Norm 66399 für die Ver-



Foto: Nicole Nause
(Landratsamt
Donau-Ries).

das Staatsarchiv nichts verloren gehe. Sachbearbeiter seien daran zu erinnern, dass Vorgänge vollständig sein müssen (Nachvollziehbarkeit des Verwaltungshandelns). Auch Unterlagen in digitaler Form sind dem Staatsarchiv anzubieten.

Anschließend folgte die traditionelle Berichtsrunde der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Situation in ihren Landratsamtsregistraturen (Unterbringung, Auslastung, personelle Ausstattung, Einheitsaktenplan). Zwar ist die elektronische Aktenführung in allen zehn Landratsämtern des Sprengels ein großes Thema. In nennenswertem Umfang eingeführt ist sie neben Donauwörth allerdings erst in Günzburg und Neu-Ulm. Der neue Aktenplan ist fast überall eingeführt, personelle Engpässe sind überwiegend nicht zu beklagen.

Das Staatsarchiv Augsburg berichtete dann über den neuen Sachstand beim Thema Archivierung von Baugenehmigungsakten. Nach langen Verhandlungen mit der Obersten Baubehörde sei es nun möglich, in den Staatsarchiven Akten von Baumaßnahmen nach-

richtung von Datenträgern vor. Verantwortlich für deren Einhaltung sei der Datenschutzbeauftragte der jeweiligen Behörde. Im Kern gehe es darum, dass die Hauptverwaltung in Zusammenarbeit mit diesem festlege, in welche Sicherheitsstufe die zu vernichtenden Unterlagen fallen.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen in einem Gasthof im Herzen der Stadt führte Norbert Lechner seine Kolleginnen und Kollegen durch die modern ausgestattete Registratur des Landratsamtes Donau-Ries. Wie bei früheren Treffen „vor Ort“ ergaben sich hier viele Anknüpfungspunkte für den Austausch in praktischen Fragen behördlicher Schriftgutverwaltung.

Das Treffen kam bei allen Teilnehmern wiederum sehr gut an. Die Kolleginnen und Kollegen freuen sich schon, im nächsten Jahr ein weiteres schwäbisches Landratsamt kennenzulernen.

Rainer Jedlitschka

Archivpflege

Rechtsfragen bei der Archivbenützung – ein Dauerbrenner auch für die Oberpfälzer Archivpfleger

Archivrechtliche Themen sind ein Dauerbrenner der Archivpraxis und geben den Gemeindearchivarinnen und -archivaren wiederholt Anlass, sich mit Fragen aus konkreten Benützungsfällen heraus hilfesuchend an die Fachkolleginnen und -kollegen in den Staatsarchiven zu wenden. Zu den häufigsten Fragen, die die örtlichen Archivpfleger immer wieder bewegen, gehören die Anwendung von Schutzfristen sowie urheberrechtliche Belange bei der Vervielfältigung und Veröffentlichung von Archivgut. Aufgrund der Brisanz dieses Problemfeldes hat sich das Staatsarchiv Amberg entschlossen, die Oberpfälzer Archivpflegertagung des Jahres 2013, die am 24. Oktober als halbtägige Veranstaltung im Vortragssaal des Archivs stattfand, unter das Thema „Alles was Recht ist! Rechtsfragen bei der Benützung von Archivgut“ zu stellen und hierzu zwei grundlegende Vorträge anzubieten.

Dr. Till Strobel (Staatsarchiv Amberg) referierte über das Archivbenützungsrecht und stellte die aus staatlicher und kommunaler Sicht hierfür einschlägigen rechtlichen Grundlagen (Bayerisches Archivgesetz, Benützungsordnung für die Staatlichen Archive Bayerns, Mustersatzung des Bayerischen Städtetags, Umweltinformationsgesetz, Personenstandsgesetz) mit deren wesentlichen Bestimmungen vor. Ausführlich ging er auf rechtliche Einschränkungen der Zugänglichmachung von Archivgut, die etwa durch allgemeine Schutzfristen für Sachakten, durch besondere Geheimhaltungsvorschriften oder schutzwürdige Belange Betroffener oder Dritter begründet sein können, auf die Möglichkeit der Schutzfristenverkürzung sowie die praktische Anwendung der Regelungen im Archivalltag ein. Anhand von Beispielen erläuterte er den Begriffsinhalt von personenbezogenen Daten und veranschaulichte Entscheidungskriterien für die Vorlage bzw. Nichtvorlage von Akten.

Für viele der Tagungsteilnehmer ein noch weitgehend unsicheres, wenn nicht sogar unbekanntes Terrain stellten die „Urheber- und Persönlichkeitsrechte im Archiv“ dar, mit denen sich anschließend Dr. Susanne Wolf (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) in ihrem Vortrag beschäftigte. Für Archivpfleger kann das Urheberrecht in zweifacher Weise von Bedeutung sein: bei der Zugänglichmachung von Archivgut, Nachlässen und Sammlungen und ebenso bei eigenen Publikationen, etwa Ortschroniken, Bildbänden mit historischen Ansichten und Fotokalen-

dern. Nach einer einleitenden Definition des Werkbegriffs und einer Aufzählung von potentiell im Archiv vorkommenden urheberrechtlich geschützten Werken erläuterte Dr. Wolf Urheberpersönlichkeitsrechte und Verwertungsrechte, die sich aus dem Urheberschutz ableiten, sowie Einschränkungen des Urheberrechts (z.B. zeitliche Begrenzung, Zitatrecht, Kopierprivileg bei privatem Gebrauch, für wissenschaftliche und berufliche Zwecke sowie zum Zweck der Schutzdigitalisierung) und zeigte daraus resultierende Konsequenzen für die Anwendung auf die Archivbenützung auf. Zur Sprache kam dabei auch die neue Rechtslage für verwaiste Werke, d.h. urheberrechtlich geschützte Werke, deren Rechteinhaber zwar bekannt sind, sich für die Zustimmung zu einer Nutzung aber nicht ausfindig machen lassen. Das Recht am eigenen Bild gelte es als Persönlichkeitsrecht auch im Archiv zu beachten; als vom Einwilligungsvorbehalt ausgenommene Fälle nannte Dr. Wolf u.a. Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte, mit Abbildung von Personen als Beiwerk sowie von öffentlichen Versammlungen und Aufzügen.

Rund 60 hauptamtliche Kommunalarchivare, Kreisarchivpfleger sowie örtliche Archivpflegerinnen und Archivpfleger aus dem gesamten Regierungsbezirk nutzten die Gelegenheit, um sich zu diesem nicht gerade einfachen Themenkomplex zu informieren und praxisbezogene Fragen zu stellen. Auf Grund der unmittelbaren Relevanz des Themas für die eigene Arbeit nahmen auch die Amtsangehörigen des Staatsarchivs an der Veranstaltung teil.

Maria Rita Sagstetter

Tagung der Archivpflegerinnen und -pfleger des Regierungsbezirks Schwaben im Staatsarchiv Augsburg

Am 9. Oktober 2013 fand die alljährliche Tagung der Archivpflegerinnen und -pfleger des Regierungsbezirks Schwaben im Staatsarchiv Augsburg statt. Einen thematischen Schwerpunkt gab es in diesem Jahr nicht, da aufgrund aktueller Themen nicht wie sonst üblich nur der Nachmittag, sondern der ganze Tag dem Informationsaustausch diente. Dabei wurde der Wunsch nach einer intensiveren Verzahnung der Archivpflege mit dem Forum des Bayerisch-Schwäbischen Archivarstreffens (vgl. S. 13) genannt, an dem einige der Archivpfleger im Rahmen ihrer Tätigkeit als Kommunalarchivare ohnehin regelmäßig teilnehmen. Auf diesem Wege könnten zusätzliche

Synergieeffekte im Bereich archivischer Fortbildung erzielt werden.

Wie im Vorjahr konnte als Gesamtergebnis der Arbeitsberichte der Archivpflegerinnen und -pfleger konstatiert werden, dass sich die Archivpflege im Regierungsbezirk Schwaben auf einem guten Weg befindet. Bei annähernd einem Drittel der kommunalen Archive im Sprengel sind inzwischen vertretbare bis gute Bedingungen für die Unterbringung des Archivguts geschaffen, und die Archive sind weitgehend geordnet und verzeichnet. Bei einem weiteren Drittel sind entsprechende Arbeiten zumindest auf den Weg gebracht.

Auch im vergangenen Jahr kamen mehrere Kommunen hinzu, die jetzt über ein neues Gemeindearchiv verfügen, das angemessen untergebracht und geordnet ist, wie die Gemeinden Laugna (vgl. Nachrichten Nr. 64/2013, S. 31) und Dietmannsried (s.u.).

Durch den unerwarteten Tod Gerhard Fischers, des Archivpflegers für den westlichen Teil des Landkreises Ostallgäu, sowie die Resignation des Archivpflegers für den Altlandkreis Donauwörth des Landkreises Donau-Ries, Alois Scherer, aus Altersgründen sind zwei weitere Sprengel unbesetzt. Zusammen mit dem immer noch unbesetzten Sprengel des Altlandkreises Aichach rechts der Paar des Landkreises Aichach-Friedberg waren zum Zeitpunkt der Tagung drei der 15 Sprengel vakant. Inzwischen hat sich jedoch Gerhard Beck, Archivpfleger des Altlandkreises Nördlingen des Landkreises Donau-Ries, nicht nur dazu bereit erklärt, seine eigene Tätigkeit um weitere fünf Jahre zu verlängern, sondern auch den vakanten Sprengel des Altlandkreises Donauwörth zu übernehmen, so dass aktuell nur noch zwei Vakanzen bestehen. Daneben haben im Jahr 2013 Bettina Deubel (Landkreis Lindau), Dr. Claudia Madel-Böhringer (Landkreis Günzburg), Albert Ott (Landkreis Ostallgäu, südlicher Teil), Wilhelm Predeschly (Landkreis Unterallgäu, östlicher Teil) und Peter Wischenbarth (Lkr. Neu-Ulm) ihre Bestellung zum Archivpfleger für weitere fünf Jahre verlängern lassen. Somit verfügen zur Jahresmitte 2014 wieder alle Landkreise des Regierungsbezirks Schwaben über mindestens einen Archivpfleger.

Thomas Engelke

Rückgabe der deponierten Gemeindearchive Dietmannsried und Schrattenbach an die Gemeinde Dietmannsried

Zum Jahresanfang 2014 konnte ein weiterer Schritt bei den Bemühungen des Staatsarchivs Augsburg um Verringerung des Bestands der deponierten Gemeindearchive im Staatsarchiv getätigt werden. Am 23. Januar 2014 wurden Hans-Peter Koch, Bürgermeister von Dietmannsried, im Rahmen eines Pressetermins die Archivalien der Gemeinden Dietmannsried und Schrattenbach, das seit 1978 in Dietmannsried eingemeindet ist (beide Lkr. Oberallgäu), zurückgegeben.

Schon seit längerem hat sich die Gemeinde Dietmannsried, begleitet vom Gerhard Klein, Archivpfleger des Landkreises Oberallgäu, der selber als Leiter des Stadtarchivs Immenstadt tätig ist, um die Einrichtung eines neuen Gemeindearchives bemüht. In einem ehemaligen Fernsprechkabinegebäude konnten dem Archiv dann vor drei Jahren neue Räume angeboten werden, die zum einen eine fachgerechte Lagerung von Archivalien gewährleisten, zum anderen aber auch die Möglichkeit zur Benutzung dieser Archivalien bieten. Seither haben Brunhilde Kustermann, die das Gemeindearchiv derzeit betreut, und ihr Ehemann Peter Kustermann, unterstützt auch vom Heimatforscher Siegfried Sailer, sich die Ordnung der vorhandenen Archivbestände zur Aufgabe gemacht. Sie konnten diese Arbeiten vor kurzem fertigstellen. Mit der Rückgabe der Archivalien aus dem Staatsarchiv Augsburg wurde ein weiterer wichtiger Beitrag für die Vervollständigung des Gemeindearchivs geleistet. Bei den Archivalien handelt es sich vor allem um Rechnungsreihen und zwar für Dietmannsried aus den Jahren 1813 bis 1900 und für Schrattenbach aus den Jahren 1864 bis 1901.

Anlässlich der Übergabe betonte Bürgermeister Koch seine Verantwortung für die historische Überlieferung seiner Gemeinde. Dazu sei es notwendig, dass sich die Gemeinde angemessen der Aufgabe angenommen habe, ein Gemeindearchiv als „Gedächtnis der Kommune“ zu schaffen. Nun könne man die Geschichte der Gemeinde vor Ort erforschen.

Aus Sicht des Staatsarchivs Augsburg erlangt die Archivübergabe dadurch eine besondere Bedeutung, dass mit Dietmannsried erstmals eine Gemeinde des Landkreises Oberallgäu ihr deponiertes Gemeindearchiv zurückerhielt. Denn unter den im Staatsarchiv deponierten Gemeindearchiven sind zahlreiche Gemeindearchive aus dem Altlandkreis Kempten. Mit der Rückgabe an die Gemeinde Dietmannsried verknüpft das Staatsarchiv den Wunsch nach einer Vorbildfunktion für andere Gemeinden des Landkreises,



V.l.n.r.: Hans Peter Koch (Bürgermeister von Dietmannsried), Brunhilde und Peter Kustermann (beide Betreuer des Gemeindearchivs Dietmannsried), Dr. Thomas Engelke, Siegfried Sailer, Gerhard Klein (Archivpfleger des Landkreises Oberallgäu)
(Foto: Paul John, Staatsarchiv Augsburg).

dass diese künftig eigene Gemeindearchive einrichten oder ausbauen, so dass weitere deponierte Gemeindearchive aus Augsburg ins Oberallgäu zurückgegeben werden können.

Das Staatsarchiv Augsburg verwahrt von mehr als 300 bestehenden und ehemaligen Gemeinden Archivalien, die vereinzelt bis in die Zeit des Alten Reiches zurückreichen. Die Gemeinden hatten insbesondere zwischen 1906 und 1912 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ihre Archivalien beim damaligen Staatsarchiv Neuburg an der Donau zu deponieren, da sie selbst kein angemessenes Archiv einrichten konnten. Dieses genuin kommunale Archivgut wurde seinerzeit zur Sicherung in die staatlichen Archive übernommen. Das Staatsarchiv Augsburg strebt an, die Archivalien an die Gemeinden zurückzugeben,

aus denen sie ursprünglich stammen, bzw. bei Eingemeindungen sie – wie im vorliegenden Fall – an die heute zuständige Gemeinde abzugeben. Voraussetzung für eine Rückgabe ist, dass die Gemeinde über ein eigenes Archiv mit geeigneten Räumen verfügt, die Bestände geordnet und erschlossen sind sowie die weitere Benutzung der Archivalien durch eine – möglichst hauptamtliche – Betreuung gewährleistet ist.

Dies alles trifft für die Gemeinde Dietmannsried zu, so dass die deponierten Archivalien zurückgegeben werden konnten. Die Rückgabe ist ein Fortschritt auf dem Gebiet der kommunalen Archivpflege: Ein weiteres funktionierendes Kommunalarchiv ist direkt vor Ort nutzbar.

Thomas Engelke

Projekte

Fachliche Standards, Kennzahlen und Workflows für die Digitalisierung von Archivgut – Werkstattbericht aus einem DFG-Pilotprojekt

Wie viel Archivgut realistischerweise in welcher Zeit digitalisiert werden, welche fachlichen Vorgaben und Kennzahlen zur Orientierung dienen und welche technischen Lösungen bei der Digitalisierung umgesetzt werden können – dazu dürfte inzwischen fast jedes Archiv eigene Erfahrungen gemacht haben.

Marburg zu fördern, das diese Grundlagen erarbeiten und die bisherigen Erfahrungen bündeln soll. Als „Produktivpilot“ ist es dabei nicht auf reine Grundlagenarbeit angelegt, sondern soll gleichzeitig in erheblichem Umfang Archivbestände im „Echtbetrieb“ in digitalisierter Form zum Ergebnis haben.

Deswegen sind die Teilprojekte zum einen auf die Bearbeitung einzelner Archivgutgattungen hin zugeschnitten: Die Staatlichen Archive Bayerns haben



Vordere Reihe v.l.n.r.: Dr. Dörte Kaufmann (Stadtarchiv Mannheim Institut für Stadtgeschichte), Generaldirektorin der Staatlichen Archive Dr. Margit Ksoll-Marcon, Dr. Irmgard Christa Becker (Archivschule Marburg), Stephanie Oertel (Archivschule Marburg), Dr. Harald Stockert (Stadtarchiv Mannheim Institut für Stadtgeschichte).

2. Reihe v.l.n.r.: Dr. Julian Holzapfl (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns), Susanne Laux (Sächsisches Staatsarchiv), Regina Keyler (Landesarchiv Baden-Württemberg), Dr. Martina Wiech (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen).

3. Reihe v.l.n.r.: Stephan Mackowski (LWL-Archivamt), Dr. Peter Wiegand (Sächsisches Staatsarchiv)

(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Gleichzeitig gibt es bisher noch kaum verbindliche Orientierungsgrundlagen, die Archive für die Projektplanung nutzen, und die gleichzeitig Drittmittelgeber zur Beurteilung von Digitalisierungsvorhaben bei Förderentscheidungen heranziehen könnten. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat sich deshalb entschlossen, ein Pilotprojekt (2013–2015) unter Beteiligung von sechs Archiven und der Archivschule

sich die Digitalisierung weiterer Originalurkunden des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, schwerpunktmäßig der Reichsstadt Nürnberg, vorgenommen. Das Landesarchiv Baden-Württemberg bearbeitet mehrere umfangreiche Fotobestände, das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen handgezeichnete, teils sehr großformatige Pläne. Der Digitalisierung von Amtsbuchserien mehrerer Kommunalarchive widmet

sich das Archivamt des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe, dem Scannen von Mikrofilmen und anderen Mikroformen das Sächsische Staatsarchiv. Das Stadtarchiv Mannheim, Institut für Stadtgeschichte, erschließt und digitalisiert mit den Unterlagen der Kunsthalle Mannheim einen sehr vielgestaltigen modernen Aktenbestand.

Zum anderen werden fachliche Schwerpunktthemen bearbeitet, für die die Federführung ebenfalls jeweils bei einem Projektpartner liegt: Möglichkeiten der Einbindung von Nutzerbeiträgen bei der Erschließung digitalisierter Materialien („Crowdsourcing“, Baden-Württemberg), die Entwicklung von geeigneten Masterformaten für die Langzeitspeicherung (Nordrhein-Westfalen), Bestandserhaltungsfragen in Digitalisierungsabläufen (Bayern) und logistische und fachliche Fragen beim Betrieb archivischer Digitalisierungszentren (Mannheim), um nur einige herauszugreifen. Die Archivschule Marburg übernimmt im Projekt fachliche Koordinationsaufgaben, den Kontakt mit interessierten Wissenschaftlern und die Öffentlichkeitsarbeit.

Zur Projekthalbzeit haben sich, nicht zuletzt aus der Erfahrung der laufenden Scanmaßnahmen heraus, weitere gemeinsame Arbeitsbereiche ergeben, zu denen Ergebnisse vorgelegt werden sollen: Fragen des Vergaberechts beim Umgang mit Digitalisierungsdienstleistern, die Logistik und der Ressourceneinsatz bei der Qualitätskontrolle und Qualitätssicherung von Digitalisierungsergebnissen, datenschutz- und urheberrechtliche Fragen bei der Digitalisierung jüngerer Unterlagen gehören dazu.

Nicht zuletzt steht die Projektarbeit unter der Vorgabe, erste Handreichungen auf dem Weg zu einer reflektierten und fachlich nachhaltigen Priorisierung zu digitalisierender Bestände vorzulegen – man darf gespannt sein. Weitere Informationen sind auf der Projekthomepage <http://www.archivschule.de/DE/forschung/digitalisierung/> zu finden.

Julian Holzapfl

Bestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Akten- und Amtsbuchbestände des Fürstentums Regensburg wiederhergestellt

Das Fürstentum Regensburg entstand in der Folge des Reichsdeputationshauptschlusses vom 25. Februar 1803 aus der Zusammenlegung des bisherigen Hochstifts, der Reichsstadt sowie der Reichsstifte St. Emmeram, Ober- und Niedermünster. Bereits mit der tatsächlichen Inbesitznahme durch den bisherigen Kurfürst-Erzbischof von Mainz, Karl Theodor von Dalberg, wurde am 1. Dezember 1802 mit dem Landeskommisariat zunächst eine provisorische Regierung eingesetzt. Durch das Organisationspatent vom 18. Juli 1803 wurde die Verwaltung für den gesamten Dalberg-Staat neu organisiert, der neben Regensburg auch das Fürstentum Aschaffenburg und die Grafschaft Wetzlar umfasste. Für Regensburg erbrachte dies zunächst die Ablösung des provisorischen Landeskommisariats durch ein Landesdirektorium, das „die Regierungsgeschäfte, die Cameralia, Jurisdictionalia, Lehenssachen und die Oberaufsicht über [das] Steuerwesen ... [der] ... mit dem Fürstenthum Regensburg vereinigten Reichsstifter und [der] ehemalige[n] Reichsstadt“ besorgen sollte. Für einzelne Spezialaufgaben standen diesem eine Reihe kleinerer Behörden zur Seite. Die ehemals hochstiftische Behörden-

organisation der unteren Ebene blieb dagegen in fast unveränderter Form bestehen.

Nach dem Übergang des Fürstentums Regensburg im Mai 1810 zuerst an Frankreich und schließlich an das Königreich Bayern blieben die Verwaltungsbehörden des Fürstentums zunächst provisorisch weiter bestehen, lediglich an der Spitze wurde eine bayerische Hofkommission eingesetzt. Zu den Aufgaben dieser bis April 1811 in Regensburg tätigen Hofkommission gehörte es, die bestehenden Behörden des Fürstentums in die bayerische Verwaltung zu überführen, was nach und nach im Verlauf des Jahres 1811 abgeschlossen wurde. Die wenigen bei der Abwicklung der Behörden des ehemaligen Fürstentums entstandenen Akten, die streng genommen nicht mehr regensburgischer, sondern königlich-bayerischer Provenienz sind, wurden dem jeweiligen Teilfonds des Fürstentums angehängt.

Nach Abschluss der Ordnungsarbeiten liegen nun zwei Repertorienbände vor, deren erster den mit 1590 Archivalien weitaus umfangreichsten Fonds *Fürstentum Regensburg – Landesdirektorium* enthält. Im zweiten Band wurden die Fonds *Fürstentum Regensburg – Forstamt* (255 Archivalien), *Fürstentum Regensburg – Hauptkastenamt* (2 Archivalien), *Fürstentum Regensburg – Hauptrentamt* (18 Archivalien), *Fürstentum Regensburg – Rechnungsdeputation* (85

Archivalien), *Fürstentum Regensburg – Steueramt* (1 Archivalien), *Fürstentum Regensburg – Almosenamt* (2 Archivalien), *Fürstentum Regensburg – Konsistorium* (25 Archivalien), *Fürstentum Regensburg – Konsistorialgericht* (1 Archivalien), *Fürstentum Regensburg – Oberlandesgericht* (5 Archivalien), *Fürstentum Regensburg – Lehenpropstamt* (19 Archivalien), *Fürstentum Regensburg – Gerichts- und Forstverwaltung Jugendberg bei Stefling* (4 Archivalien) und *Fürstentum Regensburg – Hofmark Peterfecking* (1 Archivalien) zusammengefasst. Bei den beiden letztgenannten handelt es sich um zwei Verwaltungsbezirke der unteren Ebene, die zuvor zum Besitz der Reichsstifte St. Emmeram bzw. Niedermünster gehört hatten.

Im Gegensatz zu den fürstbischöflichen Zentralbehörden lässt sich bei den Unterbehörden des ehemaligen Hochstifts Regensburg eine ungebrochene Kontinuität hinsichtlich ihrer Zuständigkeit und Aktenführung feststellen. Somit wurde entschieden, diese als stabile Registratur durchgehend bis 1811 dem jeweiligen Fonds des Hochstifts zuzuschlagen. Die entsprechenden Ordnungsarbeiten an der unterbehördlichen Überlieferung sind derzeit im Gang. Anschließend sollen die Zentralbehörden sowie die Überlieferung des Regensburger Domkapitels folgen.

Claudia Mannsbart

Akten aus dem Mischbestand „Regierungsfinanzkammer“ des Staatsarchivs München an das Bayerische Hauptstaatsarchiv abgegeben

Bereits bei der Fertigstellung des Repertoriums zu dem im Bayerischen Hauptstaatsarchiv neu formierten Fonds *Kurbayern Landesdirektion von Bayern in Klostersachen* im Jahr 2012 stand fest, dass von den 1813 nachweisbar vorhandenen Akten über die Aufhebung der oberbayerischen Klöster noch eine erhebliche Anzahl ausstand. Für deren Auffinden war jedoch eine Analyse der einschlägigen Mischbestände des Staatsarchivs München unerlässlich (vgl. Nachrichten Nr. 62/2012, S. 22). Eine stichprobenartige Überprüfung des Bestands *Regierungsfinanzkammer* ergab schließlich, dass dort allem Anschein nach ein großer Teil der noch fehlenden Akten zu finden sein würde. Während das Staatsarchiv München im Frühjahr 2013 die Auflösung des Bestandes und die Aufteilung auf neu zu formierende Fonds in Angriff nahm (vgl. Nachrichten Nr. 65/2013, S. 25), wurde dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv dankenswerterweise gestattet, zeitgleich in einem archivübergreifenden Projekt die gesuchten Klosteraufhebungsakten selbst herauszusuchen und zu entnehmen. Schon

zu Beginn der Arbeiten im Februar 2013 stellte sich allerdings heraus, dass darüber hinaus zahlreiche weitere Provenienzen enthalten waren, die letztendlich ebenfalls an die Abt. I (Ältere Bestände) des Bayerischen Hauptstaatsarchivs abzugeben wären. Darunter befanden sich Überlieferungen, an denen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv derzeit Ordnungsarbeiten im Gang sind (*Kurbayern Obere Landesregierung*), kurz vor dem Abschluss standen (*Fürstentum Regensburg Landesdirektorium*) oder aus denen, wie im Fall der Zentralbehörden des Kurfürstentums Salzburg oder des Generalkommissariats Freising und Mühldorf, provenienzreine Fonds bereits in den 1970er und 1990er Jahren formiert worden waren. Daher wurde entschieden, möglichst gleich alle für die Abt. I des Bayerischen Hauptstaatsarchivs einschlägigen Akten zu übernehmen. Um die ununterbrochene Benutzbarkeit zu gewährleisten, wurden entnommene Akten sofort in die einschlägigen Auffangbestände des Bayerischen Hauptstaatsarchivs eingereiht und verzeichnet. Im Gegenzug erhielt das Staatsarchiv München nach Abschluss der Arbeiten im Dezember 2013 eine Analyseliste für alle 7083 Nummern samt einer Konkordanz der für die bereits entnommenen ca. 600 Akten nunmehr gültigen Signaturen.

Unter diesen Akten entfiel, wie erwartet, ein erheblicher Teil (193 Archivalien) auf *Kurbayern Landesdirektion von Bayern in Klostersachen*, wodurch sich dort die Überlieferung der Aufhebungsakten zu den oberbayerischen Klöstern deutlich verbessert hat. Weitere 26 bei der Spezialklosterkommission begonnene Akten wurden wegen ihrer Weiterführung durch die einschlägige Kreisfinanzdirektion, deren Überlieferung in die Zuständigkeit des Staatsarchivs fällt, vor Ort belassen. Allerdings ist festzuhalten, dass der Verbleib eines nicht unbeträchtlichen Teils der 1813 an die Finanzdirektionen übergebenen Akten noch immer nicht geklärt werden konnte.

Weitere 205 Archivalien wurden in den Auffangbestand *Kurbayern Landesdirektion Archivalien* eingereiht. Inhaltlich handelt es sich dabei – entsprechend der breiten Zuständigkeit der Landesdirektion – z.B. um Akten zu Personalangelegenheiten (v. a. Personal der Landgerichte und Rentämter), in Staatsbesitz befindlichen Gebäuden und Grundstücken (teils mit Plänen), Zehntwesen, Grundherrschaft, Rechnungswesen, Lehenwesen sowie der Organisation und den umfangreichen Vorarbeiten zum allgemeinen Steuerprovisorium in den Jahren 1807/08. Außerdem fanden sich Akten über die Aufhebung der Deutschorndenskommende Blumenthal und der ehemals zum Domkapitel Freising gehörigen Propstei St. Peter am Madron.

Einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt bilden Lehenakten, von denen auf den Auffangbestand *Kurbayern Oberster Lehenhof* 66 Archivalien entfielen, die teilweise bis in das 16. Jahrhundert zurückreichen. Weitere Lehenakten stammen aus dem Erzstift und Kurfürstentum Salzburg (jetzt in: *Erzstift Salzburg, Lehenpropstei* und *Kurfürstentum Salzburg, Landesregierung*) sowie dem Hochstift Regensburg (jetzt in: *Hochstift Regensburg, Lehenkammer*).

In geringerer Anzahl konnten ferner Akten unterschiedlichsten Inhalts den Provenienzen Hochstift bzw. Domkapitel Freising, Fürstpropstei Berchtesgaden, Pfalz-Neuburg, den Klöstern Attel, Polling, Regensburg-St. Emmeram, Scheyern und Thierhaupten, dem Malteserorden sowie kurbayerischen Zentralbehörden (Geheimer Rat, Geistlicher Rat, Hofkammer, Hofrat, Landesdirektion Neuburg und Obere Landesregierung) zugewiesen werden.

Vorerst noch im Bestand *Regierungsfinanzkammer* des Staatsarchivs verblieben ist eine knapp 1700 Nummern umfassende, nach Rentämtern geordnete Serie von großformatigen Fassionen zur Herstellung des momentanen Steuerprovisoriums 1808/09. War dafür zunächst die „Landesdirektion von Bayern in Steuersachen“ zuständig gewesen (1249 Archivalien), so wurde nach Ablösung der Provinzen durch die neue Kreiseinteilung im September 1808 eine „Spezialkommission für das momentane Steuerprovisorium“ (430 Archivalien) errichtet, die bis 1809 nachweisbar ist. Da eine Aufteilung der Serie auf zwei Fonds nicht sinnvoll erschien, musste erst die Frage geklärt werden, ob diese Akten der Landesdirektion von Bayern (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. I Ältere Bestände) oder der Spezialkommission in Steuersachen (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. II Neuere Bestände) zugeschlagen werden sollte. Nachdem dies zwischenzeitlich zugunsten der Landesdirektion von Bayern, also des Auffangbestandes *Kurbayern Landesdirektion Archivalien*, entschieden wurde, können auch diese Archivalien in nächster Zeit übernommen werden.

Claudia Manssbart

Erste Abgabe der Zoologischen Staatssammlung München erschlossen

Ob Johann Baptist Ritter von Spix sich wohl jemals hätte träumen lassen, dass die von ihm geleitete zoologische Kollektion der Bayerischen Akademie der Wissenschaften einmal zu einer Forschungseinrichtung von Weltruf aufsteigen würde? Als Spix im Mai 1826 in München an den Folgen einer Tropenkrankheit starb, die er sich auf einer Forschungsreise

in Brasilien zugezogen hatte, war es ihm immerhin gelungen, das vormalig eher stiefmütterlich behandelte zoologische Kabinett aus seinem Nischendasein zu befreien, das es jahrzehntelang unter dem Dach der Akademie gefristet hatte. Gekrönt wurde sein Lebenswerk allerdings erst ein knappes Jahr nach seinem frühen Tod: Im März 1827 wurde die zoologische Kollektion auf Weisung König Ludwigs I. offiziell aus der Akademie herausgelöst und in den Rang einer eigenständigen staatlichen Sammlung erhoben.

Fast zweihundert Jahre später konnte das Bayerische Hauptstaatsarchiv im Oktober 2013 die erste Abgabe der heutigen Zoologischen Staatssammlung München (ZSM) in Empfang nehmen. Diese ist mittlerweile vollständig geordnet, verzeichnet und neu verpackt und steht im Umfang von 1442 Archivalien interessierten Benutzerinnen und Benutzern zur Verfügung. Unter allen staatlichen naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns ist die Zoologische Staatssammlung damit die erste, deren historische Überlieferung fachgerecht archiviert wurde.

Der vielfältige Bestand vermittelt einen lebhaften Eindruck von der Entstehung und Entwicklung der nationalen und internationalen zoologischen Forschungslandschaft seit den späten 1820er Jahren. Denn um mit den wissenschaftlichen Strömungen ihrer Disziplin Schritt halten zu können, korrespondierten Mitarbeiter der ZSM teils über Jahrzehnte hinweg mit Fach- und Privatgelehrten nahezu aller Kontinente, erkundigten sich bei diesen nach Neuheiten und teilten ihnen eigene Ergebnisse mit.

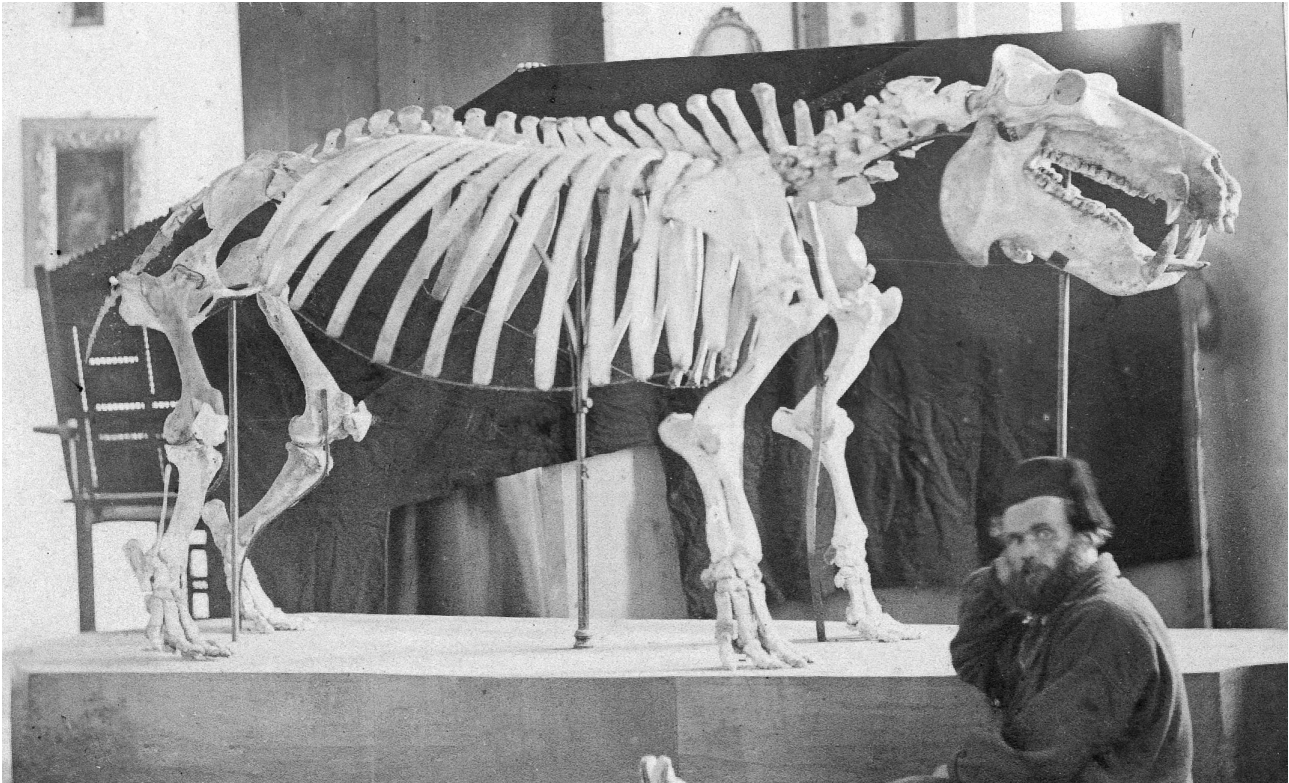
Insbesondere aus den Unterlagen zum Erwerb von Sammlungsgegenständen lässt sich eine Vorstellung davon gewinnen, wie globalisiert die Welt im 19. Jahrhundert schon war: Um die eigene Kollektion zu vergrößern, griff man – nicht nur in München – nämlich gerne auf die Dienste mehr oder minder professioneller Naturalienhändler zurück – gleichgültig, ob es sich dabei um „Eiersammlungen europäischer Vögel“ und „Thier-Modelle für den Anschauungsunterricht“ handelte, wie sie die Dresdner Naturalienhandlung L.W. Schaufuss im Sortiment hatte, oder um das Skelett eines Nilpferds, das man – nachdem es auf einer eigens angefertigten Probeaufnahme in Augenschein genommen worden war – bei einem italienischen Mechitaristen-Kloster bestellte.

Im Lauf der Erschließungsarbeiten stellte sich indes heraus, dass die von der Zoologischen Staatssammlung übernommene Abgabe nicht provenienzrein war. Schriftgut verschiedener anderer Einrichtungen, darunter der Bayerischen Akademie der Wissenschaften oder der übergeordneten Generaldirektion der Staat-

lichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen, hatte sich unter die Überlieferung der ZSM gemischt und musste herausgelöst werden. Daneben fanden sich in der Abgabe auch Unterlagen privater Provenienz, wie etwa Aufzeichnungen und Korrespondenzen des Regensburger Schmetterlingsforschers Dr. Gottlieb August Herrich-Schäffer. Letztere wurden im Sinne der

Vollständigkeit der Überlieferung an das Senckenberg Deutsche Entomologische Institut in Müncheberg (Landkreis Märkisch-Oderland, Brandenburg) abgegeben, wo sich bereits ein Teil von Herrich-Schäffers Nachlass befindet.

Peter Keller



Skelett eines Nilpferds. Aufnahme in einem italienischen Mechitaristen-Kloster vor dem Erwerb des Skeletts (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Zoologische Staatssammlung München 147).

Verfahrensakten des Bayerischen Landessozialgerichts – Stichprobe gefällig?

„Bei den Entscheidungen des Landessozialgerichtes handelt es sich nicht um Nebensächlichkeiten, sondern um Fragen, die die Existenz und den Lebensschnitt unmittelbar und oft einschneidend betreffen.“ Mit diesem Satz verwies der damalige bayerische Sozialminister Dr. Fritz Pirkel im September 1979 anlässlich der Einweihung des neuen Gebäudes des Landessozialgerichtes in der Münchener Ludwigstraße indirekt auf die Bedeutung der dortigen Verfahrensakten.

Das seit 1. Januar 1954 bestehende Bayerische Landessozialgericht ist Berufungsgericht für alle in Bayern anhängigen Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet der Sozialversicherung, der Kriegsoferversorgung und einer Vielzahl von sozialrechtlichen Nebengesetzen – etwa aus den Gesetzen über die Entschädi-

gung für Impfschäden oder für Opfer von Gewalttaten. Dieses Gericht übernahm seine Aufgaben zum größten Teil von dem aufgrund der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung 1886 errichteten, im „Dritten Reich“ aufgehobenen, 1946 wieder eingerichteten und schließlich Anfang 1954 aufgelösten Bayerischen Landesversicherungsamt.

Beim Landessozialgericht wurden in den ersten 25 Jahren (1954–1979) insgesamt 134.117 Streitsachen abgeschlossen, die vor allem die Kriegsoferversorgung und die Unfall-, Angestellten- und Arbeiterrentenversicherung betreffen. Angesichts dieser Masse mag mancher sich die Frage nach der Archivwürdigkeit von Sozialgerichtsakten stellen. Deren Bedeutung liegt jedoch nicht nur im jeweiligen besonderen Einzelfall, sondern auch darin, dass sie in ihrer Gesamtheit soziale Entwicklungen zu dokumentieren vermögen. Zwar kommen für diesen Zweck primär

die Unterlagen der Sozialversicherungsträger und die in den Staatsarchiven verwahrten Akten der Versicherungs- und Versorgungsämter in Frage. Dennoch lassen sich bestimmte Entwicklungen auch aus den Prozessakten des Landessozialgerichts ablesen, das naturgemäß nur mit einem Bruchteil aller Versicherungsfälle befasst wird. Da zur Dokumentation längerfristiger struktureller Entwicklungen eine repräsentative Auswahl von Akten ausreicht, ist in der Aussonderungsbekanntmachung der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit des Freistaates Bayern vom 16. März 1993 (Ziffer 8.1.4.) festgelegt, dass alle fünf Jahre sogenannte Tausender-Stichproben zu ziehen sind. Für das Stichprobenjahr 1973 bedeutet dies beispielsweise, dass von 2599 Verfahrensakten jeder dritte Akt in das Bayerische Hauptstaatsarchiv übernommen wurde.

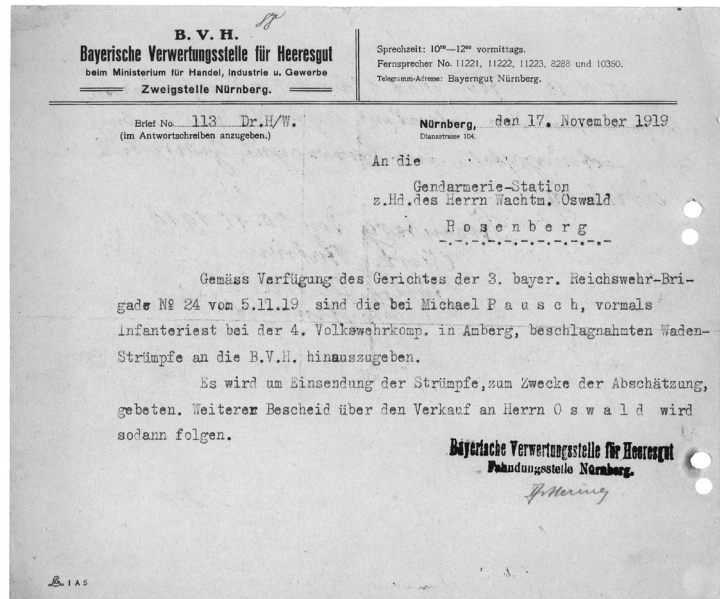
Bereits 1966 waren einige wenige Prozessakten von grundsätzlicher Bedeutung, vor allem wegen der Beteiligung öffentlicher Dienstherren, vom Landessozialgericht abgegeben worden. Regelmäßige Aktenabgaben fanden jedoch erst ab dem Jahr 1995 statt. Die Gesamtmenge der archivierten Verfahrensakten beziffert sich inzwischen auf 15.322 Archivalien und ist in neun Findbüchern erfasst. Von den Vorgaben der Aussonderungsbekanntmachung wurde insofern abgewichen, als die Verfahrensakten der Jahrgänge 1946–1950 aufgrund ihrer geringen Anzahl komplett übernommen wurden. Die Jahrgänge 1951–1962 wurden für die Festlegung der Stichproben in den einzelnen Verfahrensgruppen (z.B. Kriegsopferversorgung) zusammengenommen. Bei den Verfahrensakten zur Richterenthebung lagen die Zahlen unter 2000, weshalb die gesamte Aktengruppe übernommen wurde. Die Bände 7 und 8 enthalten die Ergebnisse der Stichproben aus den Verfahren zur Kriegsopferversorgung sowie zur Unfall-, Angestellten- und Arbeiterrentenversicherung der Jahrgänge 1963, 1968, 1973 und 1978. Insgesamt decken die archivierten Verfahrensakten den Zeitraum von 1946 bis 1978 ab, wobei die Vorgängerakten des 1946 wiedererrichteten Landesversicherungsamtes die Kriterien einer stabilen Registratur erfüllen und daher dem Bestand Landessozialgericht zugeschlagen wurden.

Der Masse der Verfahrensakten vorangestellt wurden einige wenige Personalakten des Gerichts (Band 1). Die 2012 abgegebenen, ca. 400 allgemeinen Sachakten werden als Band 11 die bisherige Überlieferung des Landessozialgerichts vervollständigen.

Renate Herget

Überlieferung der Bayerischen Erfassungsstelle für Heeresgut verzeichnet

Im Zuge der Demobilmachung der deutschen Armeeverbände nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurden Unmengen an staatseigenem Heeresgut frei. Um die bayerischen Interessen bei dessen Verwertung zu wahren, wurde durch Ministerialbekanntmachung vom 6. Dezember 1918 eine eigene Landesstelle, die



Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Bayerische Erfassungsstelle für Heeresgut 8 (Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Bayerische Verwertungsstelle für Heeresgut (BVH) errichtet, die zunächst dem Staatsministerium des Äußern, dann bis April 1919 dem neugebildeten Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe (MHIG) unterstellt war. Die BVH, bei der zeitweise über 1100 Angestellte beschäftigt waren, war damals das größte Verkaufsunternehmen in Bayern. Neben einer zentralen Stelle gab es mehrere Zweigstellen sowie Fahndungsstellen in München und Nürnberg, wobei letztere sich ganz der Wiederbeschaffung von abhanden gekommenem Heeresgut widmeten. Im April 1919 wurde die BVH als Abteilung III, Zweigstelle Bayern, dem Reichsschatzministerium eingegliedert und zum 1. April 1920 aufgelöst. Die Aufgabe der Verwertung wurde nun von der Reichstreuhandgesellschaft AG in Berlin wahrgenommen, mit der Wiederbeschaffung beschäftigte sich dagegen die neu eingerichtete „Bayerische Erfassungsstelle für Heeresgut“ (BEH) beim Reichsschatzministerium III, der die Fahndungsstellen unterstellt wurden. Wie aus ihren Akten hervorgeht, wurden sowohl Bagatelldelikte – wie etwa der Diebstahl von einem Paar Wadenstrümpfe – als auch Materialschiebereien im großen Stil mit der gleichen Aufmerksamkeit verfolgt.

Der kleine Aktenbestand in der Abt. IV Kriegsarchiv wurde im September 2013 verzeichnet und umfasst nur zehn Archivalien (0,6 lfm). Nichtsdestotrotz ist seine Bedeutung für die Erforschung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht unwesentlich.

Johannes Moosdiele

Der ehemalige Direktor des Bayerischen Landtags Peter Maicher übergibt seinen Nachlass

Im Februar 2013 wurde mit Peter Maicher, dem ehemaligen Direktor des Bayerischen Landtages, ein Zeitzeugengespräch geführt, dessen Originalaufnahme in das Digitale Archiv übernommen wurde, von dem aber auch eine autorisierte Fassung in maschinenschriftlicher Abschrift vorhanden ist. Im gleichen Monat übergab Herr Maicher schriftliche Unterlagen aus seiner beruflichen Tätigkeit, aus denen ein Nachlassbestand im Umfang von 0,60 lfm gebildet wurde. Es handelt sich u.a. um private Korrespondenz, Redemanuskripte, Glückwunschschriften und private Fotoalben von CSU-Fraktionsreisen.

Peter Maicher, 1944 in Mährisch-Ostrau geboren und in Niederbayern aufgewachsen, studierte Altphilologie und Neuere Deutsche Literatur, wechselte aber, bevor er die Referendarzeit für das Höhere Lehramt absolvierte, für drei Jahre zur Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, wo er zunächst in der Öffentlichkeitsarbeit und dann als Direktionsassistent tätig war. 1976 wurde Maicher Referent für Bildungs- und Kulturpolitik der CSU-Landtagsfraktion, 1987 Pressesprecher des bayerischen Kultusministeriums und 1989 Geschäftsführer der CSU-Landtagsfraktion. Von Januar 1998 an leitete er elf Jahre lang bis zu seinem Ruhestand das Landtagsamt.

Sylvia Krauß

Nachlass des Bauernbundpolitikers Franz Xaver Wieland erschlossen

Franz Xaver Wieland wurde 1850 in Gergweis (Bezirksamt Vilshofen, heute Stadt Osterhofen, Landkreis Deggendorf) geboren. Sein Vater stammte aus einer der reichsten Familien von Gergweis, seine Mutter war die Tochter eines wohlhabenden Bauern aus Gainstorf. 1882 heiratete er die Gergweiser Wirtstochter Maria Geßl, zum gleichen Zeitpunkt übergab ihm sein Vater den Bühlerhof in Gergweis. Nach diversen Grundstücksspekulationen erwarb Wieland als Großbauer 1891 ein Gut in Hierlbach bei Straubing. Dieses musste er allerdings wegen finanzi-

eller Schwierigkeiten im Jahr 1900 gegen ein kleineres Anwesen in Mitterharthausen tauschen.

Weithin bekannt wurde Wieland durch sein politisches Engagement für seinen Berufsstand. 1893 wurde er Mitbegründer des „Bundes der niederbayerischen Landwirte“ und dessen 2. Vorsitzender. Nach der Gründung des Bayerischen Bauernbundes 1895 – durch die Fusion des genannten Verbandes mit anderen bayerischen Bauernvereinigungen – hatte er von 1896 bis 1901 das Amt des Präsidenten des Bayerischen Bauernbundes inne. Zudem war er seit 1894 Mitglied des niederbayerischen Landrates (Vorläufer des Bezirkstages). 1897 wurde er bei einer Nachwahl im Wahlkreis Landau/Isar zum Landtagsabgeordneten gewählt. Nach seiner Niederlage bei der Landtagswahl vom Sommer 1899 nahm er wieder sein Mandat als Mitglied des niederbayerischen Landrates an, wo er bevorzugt gegen die Ausgabenpolitik der staatlichen Verwaltung kämpfte.

Wieland war ein äußerst wortgewandter, aber auch sehr umstrittener Bauernpolitiker, der keinem Streit aus dem Weg ging und der bei vielen gesellschaftlichen Gruppen aneckte.

Sein Biograph Johann Kirchner charakterisiert ihn recht aufschlussreich: Wieland habe sich „schon bald an die Spitze der jungen Bauernbundsbewegung [gestellt], der ersten landwirtschaftlichen Interessenvertretung Bayerns. Von dieser Position aus wollte er die Bauern aus der politischen Unmündigkeit befreien, in die sie seiner Meinung nach von den traditionellen kirchlichen, bürokratischen und adeligen Autoritäten gedrückt wurden.“ Trotzdem stehe er „im Schatten anderer Bauernbundpolitiker, wie etwa des [...] Journalisten Dr. Johann Baptist Sigl oder des Priesters Dr. Georg Ratzinger“, eines Großonkels von Papst Benedikt XVI. „Während es diese beiden politischen Einzelgänger in das Rampenlicht der Geschichtsforschung geschafft haben, prägte der vergessene Wieland Gestalt und Programmatik der Bauernbundsbewegung viel stärker als sie. Da er jedoch im Gegensatz zu den beiden Genannten nicht mit eigenen Publikationen an die Öffentlichkeit trat, machte er es der Forschung nicht leicht, sich mit ihm zu beschäftigen.“

1901 verstarb Wieland nach langer, schwerer Krankheit. Er wurde in seinem Geburtsort Gergweis begraben.

Wielands Nachlass im Bayerischen Hauptstaatsarchiv besteht zu einem ganz überwiegenden Teil aus Korrespondenzen, darunter vielen Briefen seiner politischen Weggefährten Alois Schwab, Redakteur der Neuen Freien Volkszeitung in München, Dr. Albert Gäch aus Schwarzach, Anton Memminger, Herausge-

ber der Neuen Bayerischen Landeszeitung in Würzburg, sowie Georg Eisenberger, Führer des oberbayerischen Bauernbundes aus Ruhpolding. Nach einer chronologischen Sortierung wurde in der Archivdatenbank jeweils der Korrespondenzpartner und das Ausstellungsdatum der einzelnen Briefe und Postkarten erfasst. Eine inhaltliche Erschließung ist dagegen weitgehend unterblieben. Allerdings wurde eine Vielzahl dieser Briefe und Postkarten bereits von Johann Kirchinger für Wielands Lebensbild ausgewertet. Kirchinger übrigens war es auch, der im Jahre 2007 den Nachlass bei einem Nachfahren von Franz Xaver Wielands Cousin ausfindig gemacht und die Überlassung an das Bayerische Hauptstaatsarchiv maßgeblich vermittelt hat.

Persönliche Unterlagen von Wieland und dessen Familie, Dokumente zu den verschiedensten innegehabten politischen Ämtern und ergänzendes Material zum Bayerischen Bauernbund runden den Nachlass ab.

Joachim Glasner

Bestand „Haus der Begegnung e.V.“ erschlossen

Das „Haus der Begegnung“ zur Förderung der kulturellen Begegnung von und mit heimatlosen Ausländern und ausländischen Flüchtlingen wurde in München mit Unterstützung des amerikanischen „Free Europe Citizens Committee“ im September 1957 eröffnet. Im Juli 1965 ging das Haus völlig in die Hände des deutschen Trägervereins über. Eine Zusammenarbeit mit den Emigrantengruppen war über das Kuratorium gegeben, in dem zahlreiche bedeutende Persönlichkeiten verschiedener Länder vertreten waren.

Das „Haus der Begegnung“ führte seine Hauptaufgabe, nämlich das Bekanntmachen der Kulturgüter der östlichen Nachbarn Deutschlands, bis in die 1990er Jahre hinein erfolgreich aus und erhielt auch die Anerkennung als gemeinnützige Vereinigung. Gefördert wurde die Tätigkeit durch den Freistaat Bayern, die römisch-katholische und die evangelisch-lutherische Kirche, die Stadt München, den Bayerischen Rundfunk und verschiedene Spender. In München fand der Verein zuerst in der Rauchstraße 22 ein Zuhause, bis er später in die Rumfordstraße 21 umzog.

Im Haus wurden u. a. kulturelle, wissenschaftliche und künstlerische Vorträge, Ausstellungen, Seminare und Tanzabende abgehalten. In dem nun verzeichneten Bestand der Abt. V des Bayerischen Hauptstaatsarchivs wird der Interessierte nicht nur durch die Protokolle des Vorstandes, des Kuratoriums und der Mitgliederversammlungen über die Aktivitäten

unterrichtet, sondern auch durch Einladungen, Programme und eine umfassende Korrespondenz. Dabei wird ersichtlich, dass Kontakte zu vielen anderen kulturellen Einrichtungen gepflegt wurden. Hintergrundinformationen werden auch durch Verwendungsnachweise für Förderer, Kontoauszüge, Rechnungen und Quittungen vermittelt. Der Verein verfügte über eine Bibliothek mit Büchern, Zeitungen und Zeitschriften in ost- und südosteuropäischen Sprachen. Kontakte wurden vor allem zu Russen, Ukrainern, Esten, Letten, Litauern, Polen, Tschechen, Slowaken, Ungarn, Rumänen, Bulgaren, Slowenen, Kroaten, Serben und Albanern gehalten. Demzufolge befinden sich in den Unterlagen viele nicht deutschsprachige Dokumente. Der Aktenbestand im Umfang von ca. 2,8 laufenden Metern umspannt eine Laufzeit von 1951 bis 1994.

Barbara Draxler

Neues aus dem Sudetendeutschen Archiv

Neuzugänge

Nachlass Lore Schretzenmayr

Lore Schretzenmayr wurde 1925 in Aussig an der Elbe (Ústí nad Labem, Tschechische Republik) geboren und hat dort das Gymnasium besucht. Nach der Vertreibung 1945 kam sie über den Bayerischen Wald nach Regensburg. Seit 1969 engagierte sich Lore Schretzenmayr intensiv für die sudetendeutsche Familienforschung. 1987 bis 2008 leitete sie in Regensburg das von ihr gegründete Sudetendeutsche Genealogische Archiv, 2001 wurde sie auf dem Sudetendeutschen Tag mit der Adalbert-Stifter-Medaille geehrt. Sie setzte sich unermüdlich für die Verständigung zwischen den Sudetendeutschen und der alten Heimat Aussig/Ústí nad Labem ein und forschte mit den „Heimatfreunden Aussig“ zur Stadtgeschichte und den Familiengeschichten von Aussig. Am 12. Januar 2014 ist sie verstorben; ihren schriftlichen Nachlass hat sie dem Sudetendeutschen Archiv übereignet. Dort wird dieser umfangreiche Fundus zur Stadtgeschichte von Aussig erschlossen und der Forschung zugänglich gemacht.

Verbandsschriftgut

Zuwachs gab es auch beim Verbandsschriftgut. Die aufgelöste **Bezirksgruppe Südbaden der Sudetendeutschen Landsmannschaft** hat ihr Schriftgut an das Sudetendeutsche Archiv abgegeben. Es handelt sich hierbei um die detailliert geführten Protokollbücher seit der Gründung 1952, die vom politischen Wirken künden, sowie den Gästebüchern, die Zeug-

nis vom geselligen Beisammensein der Bezirksgruppe ablegen. Daneben konnte das Verbandsschriftgut der **SL-Ortsgruppe Erlangen** mit umfangreichem Material bei einer Hausräumung sichergestellt werden. Auch die **Heimatortskartei des Aussiger Hilfsvereins** konnte sichergestellt und vor der Vernichtung bewahrt werden.

Fertige Findbücher

Nachlass Alois Mühlberger

Der sudetendeutsche Schriftsteller Josef Mühlberger, der mehrfach ausgezeichnet wurde (z.B. Herder-Preis, Adalbert-Stifter-Preis, Ostdeutscher Kulturpreis), war seit 1995 auch der Namengeber für die Eislinger Mühlberger-Tage.

Weniger bekannt ist sein älterer Bruder Alois Mühlberger, geb. 1891 in Marschendorf (heute: Horní Maršov, Tschechische Republik), gestorben 1965 in Göppingen. Sein Nachlass gelangte in den Jahren vor 2007 an das Sudetendeutsche Archiv und wurde nun erschlossen und verzeichnet, wobei erstaunliche Funde zutage traten. Entsprechend seinem Studienbuch begann er im September 1915 sein Studium an der philosophischen Fakultät der Universität Wien und wechselte 1919 an die deutsche Universität Prag, wo er um 1922 promovierte. In den folgenden Jahren war er als Fachlehrer in Trautenau (Trutnov, Tschechische Republik) tätig und arbeitete intensiv an einer Reform des tschechoslowakischen Schulsystems. In dieser Eigenschaft war er auch Mitglied der pädagogischen Reformkommission im Prager Unterrichtsministerium. Soweit ist sein Wirken bekannt. Aus seinem Nachlass lassen sich nun weitere Aspekte seines Schaffens rekonstruieren: So ist ein Marschbefehl vorhanden, der darauf schließen lässt, dass er im Ersten Weltkrieg in der kaiserlich und königlichen Armee als Leutnant diente. Ein Wehrpass verdeutlicht seine Teilnahme am Zweiten Weltkrieg in der Wehrmacht.

Er war in der sozialdemokratischen Partei aktiv und 1933 bis 1938 zweiter Bürgermeister in Trautenau (Trutnov). In dieser Eigenschaft wurde er im Oktober 1938 in „Schutzhaft“ genommen und kehrte erst nach heftigen Interventionen seiner Frau Anna bei der Geheimen Staatspolizei im März 1939 in die Heimat zurück. Er unterrichtete dann weiter in Trautenau und blieb als Antifaschist bis 1948 dort, bevor er nach Göppingen übersiedelte. Interessant sind seine Briefwechsel während der Haft 1938/39 mit seiner Frau und sowie mit seinem Bruder Josef Mühlberger 1946/48. Dieser gibt auch Einblicke in die Existenzgründung in der neuen Heimat Göppingen. Seine

Frau und er blieben auch nach der Vertreibung politisch aktiv. So stellte sie sich in den 1950er Jahren bei der SPD in Göppingen zur Wahl, er trat 1949 in die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ein und wurde Leiter der Mittelschule in Göppingen.

Die größte Überraschung dieses Nachlasses ist, dass sich darin zahlreiche unveröffentlichte Manuskripte von Romanen und Erzählungen befinden, die Alois Mühlberger verfasst hat. Es handelt sich dabei um hochwertige Schriften, die er über seinen berühmten Bruder Josef an Verlage zu senden versuchte. Aus dem Briefwechsel der beiden Brüder geht hervor, dass noch weitere unveröffentlichte Manuskripte nicht zurückgeschickt wurden und daher noch im Nachlass von Josef Mühlberger im Privatbesitz zu vermuten sind. Die Erzählungen, von deren Existenz bisher nur wenig bekannt war, sind eine Fundgrube für Germanisten. Der Nachlass ist nun erschlossen und zugänglich und unterliegt keiner Sperrfrist mehr.

Nachlass Ernst Schremmer

Der Publizist und Schriftsteller Ernst Schremmer wurde 1916 in Troppau (heute: Opava, Tschechische Republik) geboren und verstarb 1998 in Stuttgart. Er studierte an der deutschen Universität Prag, u.a. bei Professor Herbert Cysarz – dessen Nachlass ebenfalls im Sudetendeutschen Archiv liegt – und promovierte 1940 auch dort. Bis 1945 war er als Presse- und Kulturreferent in Reichenberg tätig. Ab 1948 war er Mit-



Karte mit Neujahrswünschen 1991 von Helmut Hellmessen an Ernst Schremmer (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Sudetendeutsches Archiv, NL Schremmer 11, Abdruck mit Genehmigung des Künstlers).

begründer und Geschäftsführer der „Künstlergilde: Verband der Heimatvertriebenen Kulturschaffenden“ in Esslingen am Neckar, die den heimatlos gewordenen bildenden Künstlern ebenso wie Komponisten und Schriftstellern eine Verankerung gab.

Als langjähriges Vorstandsmitglied des Ostdeutschen Kulturrates in Bonn und Vorsitzender des Stiftungsrates der Ostdeutschen Galerie in Regensburg sowie als Mitglied der Vorstandschaft des Adalbert-Stifter-Vereins stand er mit zahlreichen Künstlern in Verbindung. 1985 erhielt er den Kulturpreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Sein Nachlass enthält nur wenige persönliche Dokumente und keine seiner Schriften. Es sind jedoch zahlreiche Unterlagen über Auszeichnungen und Ehrungen erhalten. Die eigentliche Substanz des Nachlasses besteht in der Korrespondenz mit heimatvertriebenen Künstlern, wie z.B. den Karten von Helmut Hellmessen oder Wilhelm Srb-Schlossbauer sowie den Schriftstellern Josef Mühlberger und Johannes Urzidil. Auch dieser Nachlass ist nun zugänglich.

Ingrid Sauer

Der Nachlass von Wenzel Jaksch und die Rolle der sudetendeutschen Sozialdemokraten

Der „Nachlass Wenzel Jaksch“ ist für die Geschichte der sudetendeutschen Sozialdemokraten, deren Vorsitz Wenzel Jaksch im März 1938 übernommen hatte und deren Interessen er auch während seines Exils in London und nach seiner Übersiedlung nach Westdeutschland im Frühjahr 1949 vertrat, von besonderer Bedeutung. Die Unterlagen erlauben Einblicke in Jakschs Konzeptionen und Überlegungen und in die Politik der 1919 gegründeten Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei (DSAP). Sie sind deswegen für die Geschichte der Sudetendeutschen allgemein und deren Stellung in der Tschechoslowakischen Republik (CSR) von großem Wert. Viele Briefe und Schriftstücke der allerdings nur bruchstückhaft dokumentierten Vorgänge betreffen die Auflösung der Partei, Jakschs Engagement während seines Exils in England und seine Rolle in der frühen Bundesrepublik. Wiederholt meldete er sich mit Stellungnahmen und richtungsweisenden politischen Erklärungen zu Wort. Auch mit seiner wissenschaftlichen Beleuchtung der Sudetenfrage verschaffte er sich Gehör und Beachtung. Der Nachlass war in seinem persönlichen Besitz verblieben und wurde nach seinem Unfalltod am 27. November 1966 von seiner Witwe an das Sudetendeutsche Archiv abgegeben. Im letzten Jahr ist er neu verzeichnet worden und steht jetzt zusammen mit dem Nachlass

seines Parteigenossen Karl Kern (vgl. Nachrichten Nr. 63/2012, S. 24), in dem ebenfalls die Geschichte der sudetendeutschen Sozialdemokraten dokumentiert ist, für die Benutzung zur Verfügung.

Der am 25. September 1896 im südlichen Böhmerwald in Langstrobnitz (heute Dlouhá Stropnice, Tschechische Republik) als Sohn eines Kleinbauern geborene Wenzel Jaksch wechselte 1924 nach Prag, wo er beim „Sozialdemokrat“, dem Zentralorgan der Partei, eine Redakteursstelle übernahm. Sein Rednertalent und seine schriftstellerischen Fähigkeiten ermöglichten es ihm, nicht nur in der DSAP leitende Positionen einzunehmen, sondern auch programmatische Erklärungen und Denkschriften zu verfassen. 1929 wurde er als Abgeordneter des Wahlkreises Pilsen ins Parlament der Tschechoslowakei gewählt. Jaksch trat für eine weitgehende Autonomie der Deutschen ein, wollte aber den staatlichen Verband der Tschechoslowakei erhalten und ließ sich nicht, wie andere sudetendeutsche Politiker, für den Anschluss an das Deutsche Reich gewinnen. Bei der Parlamentswahl 1935 geriet die DSAP allerdings gegenüber der damals bereits erstarkten Sudetendeutschen Partei unter Konrad Henlein ins Hintertreffen. Nach dem Abschluss des Münchner Abkommens am 30. September 1938 sah sich die Parteileitung angesichts der einsetzenden massiven Verfolgungen gezwungen, die DSAP aufzulösen und die Funktionäre zur Emigration zu veranlassen. Viele der leitenden Funktionäre begaben sich noch im Herbst des Jahres 1938 nach Schweden und England. Auf einer letzten Sitzung der in Prag verbliebenen Parteivorstandsmitglieder am 22. Februar 1939 wurde die „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“ ins Leben gerufen. Nach der Besetzung Prags durch deutsche Truppen floh Jaksch in der zweiten Märzhälfte 1939 nach England, wo er die Leitung der Treuegemeinschaft übernahm. Er trat dort mit dem ebenfalls nach London emigrierten Edvard Beneš, dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten der Jahre 1935–1938 und 1945–1948, in Verbindung und nahm mit der britischen Regierung und mit Politikern der Labour-Party Kontakt auf.

Wie aus den im Nachlass erhaltenen Vorlagen und Texten hervorgeht, ließ Jaksch über den britischen Rundfunksender der British Broadcasting Corporation (BBC) Ansprachen und Stellungnahmen verbreiten. Er versuchte, die sudetendeutschen Landsleute zu einem Aufstand gegen den Nationalsozialismus anzuregen. Gegenüber Beneš formulierte er politische Programme und Bedingungen, wie in der sogenannten Deklaration von Loughton vom 10. März 1940, mit der er für eine Beteiligung der sudetendeutschen

Sozialdemokraten am projektierten Tschechoslowakischen Staatsrat eintrat. Als die von der tschechoslowakischen Exilregierung favorisierten Pläne zur Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung vor allem nach dem Massaker von Lidice im Frühsommer 1942 auch bei den Alliierten Anklang fanden, wurden die Verhandlungen mit Benesch eingestellt, innerhalb der sudetendeutschen Sozialdemokraten kamen es damals zu Spaltungstendenzen. Schon im Herbst 1940 hatte sich eine Gruppe um Josef Zinner von der Parteiführung getrennt. Diese Gruppe stand später unter dem Einfluss des Jaksch-Gegners Johann Wolfgang Brügel. Schon am Anfang des Krieges spielte die Frage des Eintritts Sudetendeutscher in die tschechoslowakische Exilarmee oder in Armeen der Alliierten eine große Rolle. Nach einem am 17./18. April 1943 auf einer Parteivorstandssitzung in London gefassten Beschluss wies Jaksch emigrierte Sudetendeutsche an, den Dienst in der tschechoslowakischen Exilarmee zu verweigern.

Wenzel Jaksch war es vor allem um die Sicherung eines autonomen Status der Sudetengebiete zu tun, um die drohende Vertreibung der Deutschen zu verhindern. Mit einem Schreiben vom 6. August 1942 wandte er sich nach dem ersatzlosen Widerruf des Münchner Abkommens, der am Vortag mit einer Note Anthony Edens an Jan Masaryk offiziell vollzogen worden war, sogar an die amerikanische und an die kanadische Regierung, um für den Verbleib der Sudetengebiete beim Reich einzutreten. Noch im Herbst 1945 forderte er mit dem Vorwurf einer Mitverantwortung für das Geschehen die britische Regierung auf, ihren Einfluss auf die tschechoslowakische Regierung in seinem Sinn geltend zu machen. Nach dem Einsetzen der Vertreibung protestierte er bei Politikern und Staatsmännern und selbst bei den Vereinten Nationen, konnte aber nicht einmal verhindern, dass die sudetendeutschen Sozialdemokraten, die unter den Nationalsozialisten verfolgt worden waren, in die Vertreibungsmaßnahmen einbezogen wurden.

Anfang des Jahres 1949 nach Wiesbaden umgesiedelt und 1953 als SPD-Abgeordneter in den Deutschen Bundestag gewählt, blieb Jaksch ein dezidiertes Vertreter des Selbstbestimmungsrechts und des Heimatrechts der Vertriebenen. Er geriet daher

bald in Konflikt mit der Parteiführung der SPD und deren „Realpolitik“. Im Einschwenken vieler demokratischer Kräfte auf die sowjetrussische Linie sah er den eigentlichen Grund, der die Vertreibung der Sudetendeutschen möglich gemacht habe. Andererseits plädierte er für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ostblockstaaten, weil er so die starren Fronten aufweichen zu können glaubte. In Wiesbaden übernahm er als Ministerialdirektor die Leitung des Hessischen Landesamtes für Flüchtlinge, Vertriebene und Evakuierte und arbeitete am sogenannten Hesen-Plan zum Aufbau des Bundeslandes Hessen und zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge mit. Er nahm wieder mit vielen Parteigenossen und Wegbegleitern brieflichen Kontakt auf, wie mit dem SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer oder mit dem Publizisten Emil Franzel. Vielfach begab er sich dabei in eine Nähe zu Persönlichkeiten, die, wie der Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier, Otto Ulitz, oder das ehemalige Mitglied der Leitung des Reichs-



Wenzel Jaksch als Vorsitzender der DSAP bei seiner Ansprache auf einer Kundgebung zusammen mit der ČSD gegen die Anschlusspläne der deutschsprachigen Gebiete an das Deutsche Reich am 17. Juli 1938 auf dem Marktplatz in Pilsen (Plzeň) (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Bildersammlung des Sudetendeutschen Archivs 79.100).

gaus Sudetenland, Rudolf Staffen, politisch belastet waren.

Gerade in der Korrespondenz Wenzel Jakschs mit Emil Franzel kommt sein ausgeprägtes historisches Interesse zum Ausdruck. Lange beschäftigte er sich mit dem Manuskript seiner 1958 erschienenen historiographisch ausgerichteten Darstellung „Europas Weg nach Potsdam“, die später auch in englischer und französischer Übersetzung herauskam. Für deren Erstellung trat er mit vielen Wissenschaftlern und Zeitzeugen in Verbindung, so 1949 auch mit dem ehemaligen österreichisch-ungarischen Minister und Finanzfachmann Alexander Spitzmüller, von dem er zur Problematik des Nationalitätenkonflikts in der Zeit der späten Donaumonarchie wichtige Informationen erhalten konnte.

Anfang März 1964 übernahm er als Präsident die Leitung des Bundes der Vertriebenen (BdV); schon 1963 war er Präsident der damals unter Mitwirkung der Bundesregierung gegründeten „Deutschen Stiftung für europäische Friedensfragen“ geworden, deren Aufgabe in der Wahrung nationaler Interessen im Hinblick auf die deutschen Ostgebiete bestand. Dabei brachte Wenzel Jaksch immer wieder neue Ideen und Anregungen in den politischen Diskurs ein, in die auch grundsätzliche Überlegungen und philosophische Deutungen einfließen. In seiner im Februar 1965 erschienenen Denkschrift „Westeuropa – Osteuropa – Sowjetunion“, formulierte er die These, mithilfe von westlichen Krediten und wirtschaftlichen Anreizen eine politische Entspannung in den von der Sowjetunion dominierten osteuropäischen Staaten herbeizuführen.

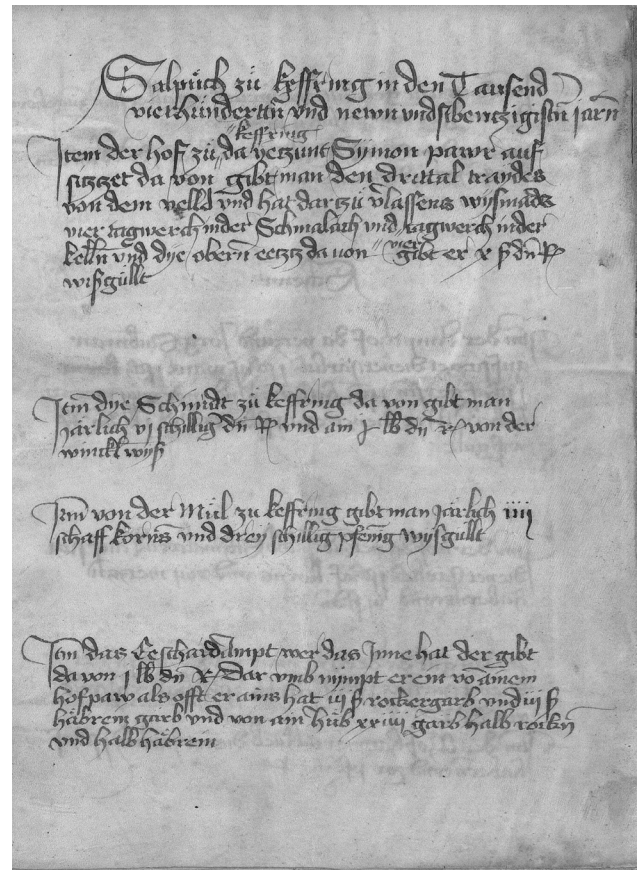
Eigens zu erwähnen ist ein Schlagabtausch Wenzel Jakschs mit dem hessischen Kultusminister Ernst Schütte (SPD) vom Frühjahr 1964. Er hatte am damals neu erstellten Lehrplan für den Gemeinschaftskundeunterricht an hessischen Schulen öffentlich Kritik geübt, vor allem, weil er die Vermittlung eines „zusammenhängenden“ und totalitären Entwicklungen vorbeugenden Geschichtsbildes vermisste. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind auch die im Nachlass enthaltenen Sammlungen von Schriftstücken, Zeitungsausschnitten und Publikationen, die Äußerungen und Stellungnahmen von Politikern und einflussreichen Zeitgenossen sowie Darstellungen und Kommentare zur geschichtlichen Entwicklung und zum politischen Geschehen enthalten.

Helmut Demattio

Staatsarchiv Amberg

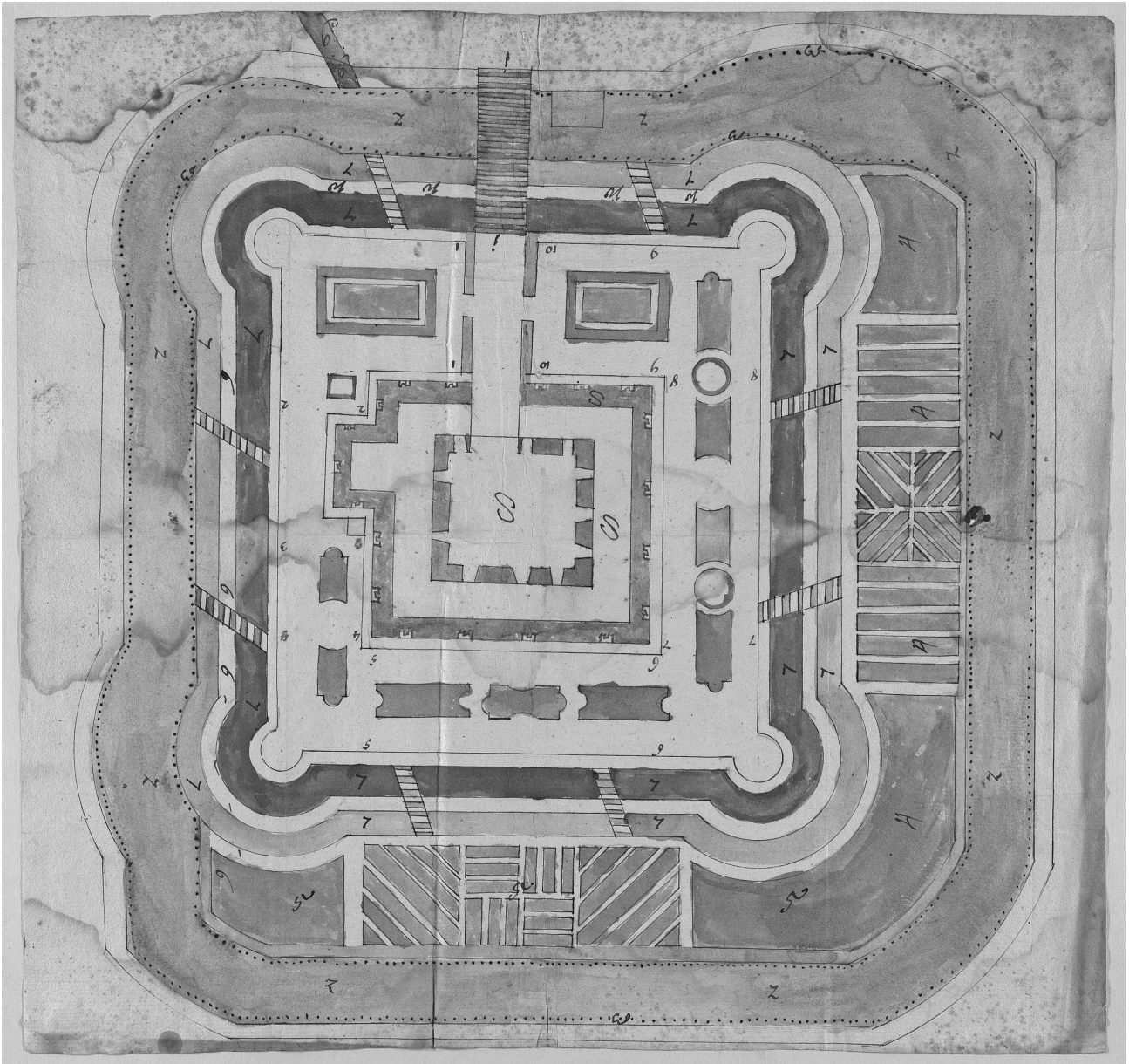
Schlossarchiv Köfering der Grafen von Lerchenfeld für die Forschung zugänglich

Mit dem Bestand Schlossarchiv Köfering wurde in den letzten eineinhalb Jahren eines der bedeutendsten Adelsarchive im Staatsarchiv Amberg verzeichnet. Schloss Köfering (Lkr. Regensburg) ist seit 1569 ununterbrochen im Besitz der Freiherren (seit 1698 Grafen) von Lerchenfeld. Diese hatten ihr Archiv schon im Jahr 1988 als Depot im Staatsarchiv hinterlegt. Unmittelbar danach war der Urkundenbestand (495 Urkunden aus der Zeit von 1308 bis 1908) registriert worden. Dagegen hatte man die Erschließung der Akten in Anbetracht des schlechten Ordnungs- und Erhaltungszustands zunächst zurückgestellt.



Salbuch von Schloss Köfering aus dem Jahr 1479
(Schlossarchiv Köfering Vorl. Nr. 1071)
(Foto: Staatsarchiv Amberg).

Der jetzt erschlossene Bestand umfasst ca. 2400 Archivalien (ungefähr 43 laufende Meter). Außerdem konnten ca. 50 Siegelurkunden ermittelt werden, die sich innerhalb von Aktenbündeln befunden hatten und demnächst dem Urkundenbestand angereiht werden. Die Überlieferung reicht von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis in das Jahr 1943, wobei der Schwerpunkt auf der Zeit ab Inbesitznahme durch die Fami-



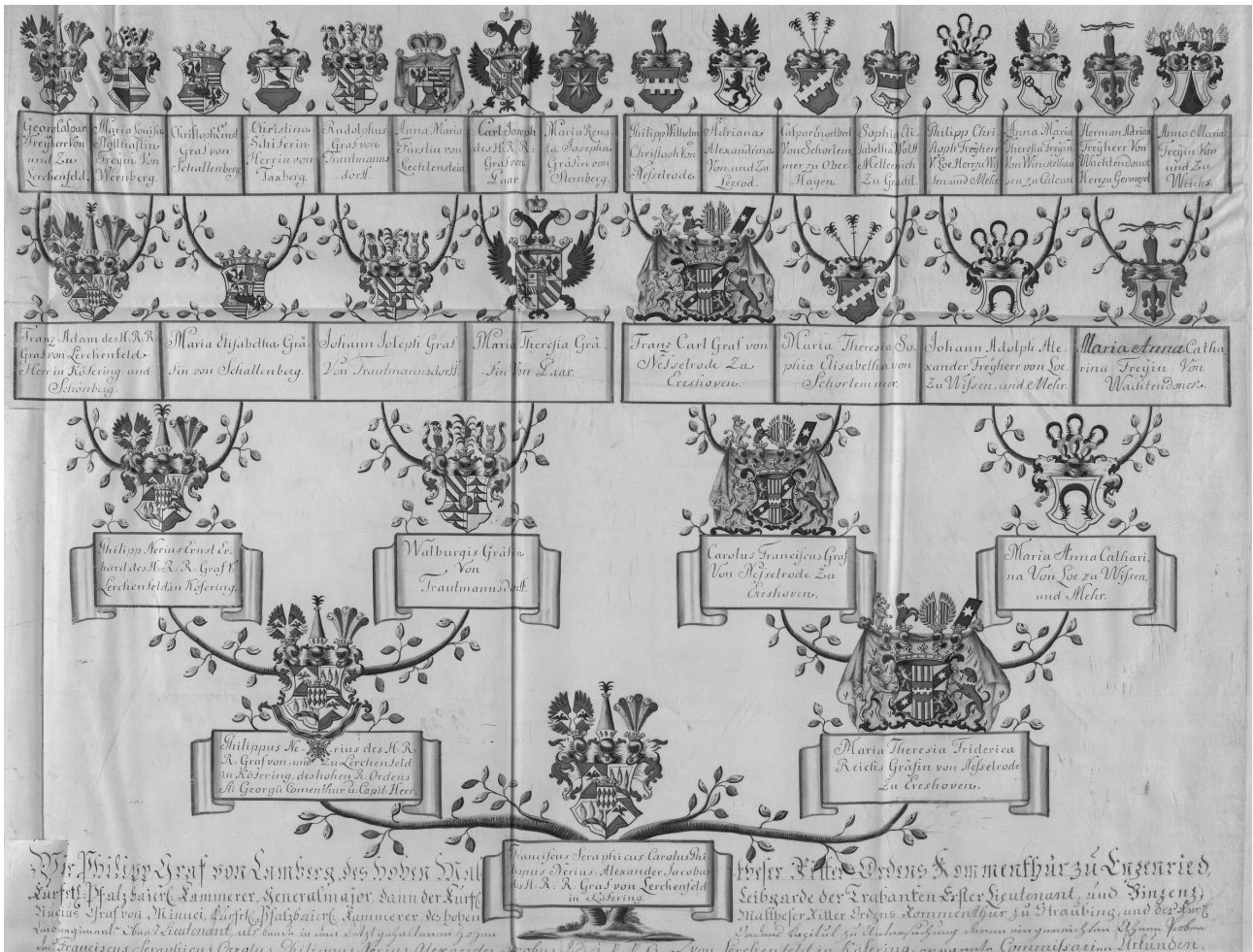
Plan von Schloss Gebelkofen, 1779 (Schlossarchiv Köfering vorl. Nr. 330) (Foto: Staatsarchiv Amberg).

lie von Lerchenfeld im Jahr 1569 und dann vor allem dem 17. bis 19. Jahrhundert liegt. Nach 1900 nimmt die Zahl der Archivalien deutlich ab.

Angebrachte Signaturen und teilweise vorhandene Aktenumschläge lassen mehrere im 18. und 19. Jahrhundert unternommene Versuche erkennen, dem Schlossarchiv eine Ordnung zu geben. Für kleinere Aktengruppen liegen auch ältere Verzeichnisse vor. Da die alten Gliederungen nicht vollständig sind, sich überlagern und teilweise sogar widersprechen, musste von den älteren Strukturen ausgehend eine neue Gliederungssystematik entwickelt werden.

Die Familie von Lerchenfeld hatte sich schon im 16. Jahrhundert in mehrere Zweige aufgeteilt. Im Wesentlichen enthält der Bestand Unterlagen der in Köfering ansässigen Linie. Eine besondere Bedeu-

tung hat er wegen der wichtigen Ämter, die Mitglieder der Familie von Lerchenfeld seit dem 17. Jahrhundert ausübten. Zunächst dienten sie überwiegend geistlichen Herren, so Caspar Sigmund (gest. 1619, bischöflicher Hofmarschall in Regensburg), Georg Caspar (gest. 1683, Pfleger und Landrichter in Wörth) und Franz Adam (1662–1734, bischöflich Augsburger Geheimrat und Oberhofmarschall). Philipp Ernst (1689–1746) wurde kurbayerischer Kämmerer und Regierungsrat, nach seinem Tod war die Witwe Maria Walburga, geborene Gräfin von Trauttmansdorff (1713–1770), als Erzieherin mehrerer Töchter von Kaiserin Maria Theresia tätig, was sich im Archiv in Briefen habsburgischer Prinzessinnen niedergeschlagen hat. Philipp Nerius von Lerchenfeld (1736–1801), Sohn der Maria Walburga, wirkte nach



Stammbaum des Franz von Lerchenfeld (1768-1846), erstellt anlässlich seiner Aufnahme in den Malteserorden 1782 (Schlossarchiv Köfering vorl. Nr. 356) (Foto: Staatsarchiv Amberg).

Tätigkeiten bei Münchner Zentralbehörden bis zur Vereinigung von Kurpfalz und Bayern als Gesandter in Mannheim und ab 1781 für 20 Jahre als kurbayerischer Gesandter beim Immerwährenden Reichstag in Regensburg. Zahlreiche Unterlagen liefern ein dichtes Bild seiner dienstlichen Aufgaben, insbesondere beim Reichstag. Sein Bruder Joseph (1737–1802), Domherr in Freising und Regensburg, hat ebenfalls zahlreiche Schriftstücke im Familienarchiv hinterlassen. Der früh verstorbene Sohn des Philipp Nerus, Maximilian von Lerchenfeld (1772–1809), war als bayerischer Gesandter in Dresden und Kassel tätig.

Ebenfalls sehr gut dokumentiert ist das Wirken von Maximilian Joseph (1799–1859), der Bayern als Gesandter in St. Petersburg (ab 1832), Berlin (ab 1839) und zuletzt Wien (1849–1859) vertrat und außerdem von 1845 bis 1859 Mitglied der Kammer der Reichsräte war. Dessen Söhne Ludwig (1837–1907, Präsident der Kammer der Reichsräte und Großkanzler des St. Georgsordens) und Hugo I (1843–1925, von 1871 bis 1876 Gesandter in St. Petersburg, dann in Wien und schließlich von 1880 bis 1918 in Berlin) sind

ebenfalls mit zahlreichen Schriftstücken im Archiv vertreten. Dagegen finden sich nur wenige Unterlagen zu dessen Neffen Hugo II (1871–1944, 1921–1922 bayerischer Ministerpräsident, später Mitglied des Reichstags, 1926 bis 1931 Botschafter in Wien).

Vielfältige Korrespondenz haben zum Teil auch die Ehefrauen hinterlassen, so z.B. Isabella (1817–1889), geborene von Waldbott-Bassenheim, verheiratet mit Maximilian Joseph von Lerchenfeld, Clara (1848–1945), geborene von Bray-Steinburg, Ehefrau des Ludwig von Lerchenfeld, oder Maria Anna (1775–1854), geborene von Groschlag zu Dieburg. Diese verwaltete Köfering während der Minderjährigkeit ihres Sohnes und war nach dem Tod ihres Vaters letztes Mitglied der Groschlag zu Dieburg. Daher befinden sich im Bestand auch Unterlagen zu dieser Familie sowie deren Besitzungen und Ökonomie im Landkreis Darmstadt-Dieburg (Hessen).

Zu einzelnen Mitgliedern anderer Linien der Familie sind ebenfalls in größerem Umfang Unterlagen vorhanden. Hier ist besonders Christoph von Lerchenfeld auf Gebelkofen zu nennen, der im Dreißig-

jährigen Krieg bayerischer Generalkriegskommissar war sowie Gebelkofen zu einem Fideikommiss der Gesamtfamilie bestimmte.

Erwähnung verdienen unter den Familienunterlagen Untersuchungen zur Familiengeschichte, familieninterne Regelungen sowie Quellen über Ausbildung und Reisen von Söhnen und das Wirken von Töchtern in Klöstern und als Hofdamen.

Unter den im Besitz der Familie von Lerchenfeld befindlichen Hofmarken und Gütern sticht Köfering hervor, das Caspar von Lerchenfeld von Abundus von Schlick gekauft hatte. Vergleichsweise viele Unterlagen finden sich auch zum benachbarten Gebelkofen, das Caspar von Lerchenfeld im Jahr 1554 von Christoph Freiherr von Losenstein gekauft hatte, und das seit 1633 zusammen mit dem kurz zuvor erworbenen Luckenpaint Fideikommiss war und somit immer wieder von der Köferinger Linie verwaltet wurde. In geringerem Umfang finden sich Informationen zu den Besitzungen Sengkofen (Mitte des 18. Jahrhunderts von der Familie Karg von Bebenburg erworben), Rosenhof (16. Jahrhundert) und Schönberg (1753 verkauft).

Die ältesten Stücke sind von den Besitzvorgängern übernommene Amtsbücher und Akten. Hier ist besonders die Familie der Stauff zu Ehrenfels zu nennen. Besonders viele Archivalien sind zu Baumaßnahmen an den herrschaftlichen Gebäuden, Auseinandersetzungen mit Benachbarten – überwiegend Regensburger Klöstern –, v.a. um die Ausübung von Jagd- und Forstrechten sowie Jurisdiktionsrechten, und zu Kirchenangelegenheiten erhalten geblieben. Ferner zu erwähnen ist die Ausübung der Gerichts- und Grundherrschaft, die daraus resultierenden Einnahmen und die Ökonomiebetriebe (Landwirtschaft, Brauhaus). Neben Akten und Amtsbüchern enthält der Bestand auch geringe Reste der ehemals umfangreichen Schlossbibliothek.

Für künftige Forschungen ist zu beachten, dass die Familienunterlagen vergleichsweise gut erhalten geblieben sind, dagegen in anderen Bereichen (insbesondere Forst und Jagd, Verwaltung der Güter) wegen des schlechten konservatorischen Zustandes z.T. deutliche Einschränkungen bei der Benützung gegeben sind.

Till Strobel

Staatsarchiv Bamberg

Neustart der Analysearbeiten an den unteren Justizbehörden: Landgericht ä.O. / Amtsgericht Berneck

Die Unterbehörden im Bereich der Justiz stehen im Staatsarchiv Bamberg in der Regel noch als Abgabegemeinschaften am Fach. Einzige Ausnahme bilden bislang die Landgerichte älterer Ordnung (ä.O.) / Amtsgerichte Münchberg und Naila, deren Bestände vor rund 25 Jahren analysiert und formiert wurden. Daran anknüpfend sollen nun schrittweise die Akten weiterer Amtsgerichte bearbeitet werden. Bisher waren diese Aktenabgaben, die v.a. aus gleichförmigen Massenakten bestehen, nur zum geringen Teil in der archivischen Datenbank erfasst. Ziel der Maßnahme ist es, die einzelnen unterbehördlichen Fonds (u.a. Landgerichte ä.O., Stadtgerichte älterer und neuerer Ordnung, Kreis- und Stadtgerichte) als eigene Bestände aufzustellen und die Findmittel dann online zu stellen.

Das Amtsgericht Berneck wurde ausgewählt, da es sich aufgrund der Geschichte der Behörde und der Größe des Sprengels um eine vergleichsweise kleine Abgabe handelt. Nachdem bereits Mitte 2012 mit der Aufarbeitung der Unterlagen des Amtsgerichts bzw. Landgerichts ä.O. Berneck begonnen wurde, konnten die Verzeichnungs- und Ordnungsarbeiten vollständig abgeschlossen werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt sind alle Unterlagen des Landgerichts ä.O. Berneck, die im Bestand des Amtsgerichts Berneck lagerten, geordnet, verzeichnet, verpackt und als neuer Bestand mit Findbuch aufgestellt. Lediglich die im Staatsarchiv Coburg ausgelagerten Hypothekenbücher sind noch nicht in der archivischen Datenbank erfasst, jedoch mit Hilfe einer analogen Liste recherchierbar. Zudem wurden sämtliche Archivalien fremder Provenienzen (andere Landgerichte ä.O., Patrimonialgerichte, Justizämter etc.) herausgelöst und ihren jeweiligen Beständen zugeordnet. Bei den Unterlagen des Amtsgerichts Berneck bzw. der Zweigstelle Berneck des Amtsgerichts Bayreuth ist die Verzeichnung in der archivischen Datenbank schon weit fortgeschritten, lediglich im Bereich der massenhaft vorliegenden Nachlass- und Vormundschaftsakten sind noch Lücken vorhanden, die einer abschließenden Bestandsbildung entgegenstehen.

Vom Amtsgericht Bayreuth als Nachfolgebehörde ist, abgesehen von den Grundbuchsachen, nur noch geringer Zugang zu erwarten, da das Amtsgericht Berneck, seit 1956 nur noch Zweigstelle Bayreuths, bereits 1969 aufgelöst worden ist.

Das bayerische Landgericht ä.O. Gefrees mit Sitz in Berneck entstand am 1. März 1812 als Nachfolgebehörde des preußischen Justizamts. Am 24. Juni 1840 erfolgte die Umbenennung in Landgericht [ä.O.] Berneck, das am 1. Oktober 1879 schließlich zum Amtsgericht Berneck umgewandelt wurde. Das in mehrere Teilbände gegliederte Findbuch zum Bestand „Landgericht ä.O. Berneck (1812–1879)“ umfasst ca. 6582 Akten im Umfang von ca. 66 lfm. Hauptbestandteile sind Unterlagen zum Vertragswesen (Vertragsprotokolle, Erb-, Ehe- und Pachtverträge), Zivilprozesse, Vormundschafts- und Nachlassakten, Hypothekenbücher, -protokolle und -beilagen, sowie die für die ehemaligen preußischen Territorien in Franken typische frühe Grundaktenüberlieferung (ca. 1500 Akten). Diese reicht zum Teil bis weit in das 18. Jahrhundert zurück und erfolgte aufgrund der Anlegung von Hypothekenbüchern bei den Gerichten der untersten Ebene in den Fürstentümern Ansbach und Bayreuth.

Die Aufarbeitung geschah nach dem Muster des – mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns abgestimmten – Vorgehens der Kollegen im Staatsarchiv Nürnberg. Es fand daher eine Nachkassation der Akten statt, die lediglich unbebaute Grundstücke behandelten (ca. 65 Prozent). Wegen der fehlenden Plannummern können diese heutzutage nicht mehr eindeutig identifiziert werden, daher wurden nur Akten über bebaute Grundstücke in den Bestand aufgenommen.

Bei den Hypothekenprotokollen und deren Beilagen fand dagegen keine Nachkassation statt, da es im Bereich der Kataster für den betroffenen Sprengel keine Überlieferung gibt und diese somit als Ersatzüberlieferung dienen. Allerdings befinden sich die Hypothekensachen in konservatorisch extrem schlechtem Zustand, eine Restaurierung ist unbedingt notwendig. Gleiches gilt, wenn auch in nicht in diesem Umfang, für die Briefprotokolle.

Aufgrund des Platzmangels im Staatsarchiv Bamberg werden die oberfränkischen Hypothekenbücher im Staatsarchiv Coburg gelagert. Sie können dort von Benutzerinnen und Benutzern eingesehen werden.

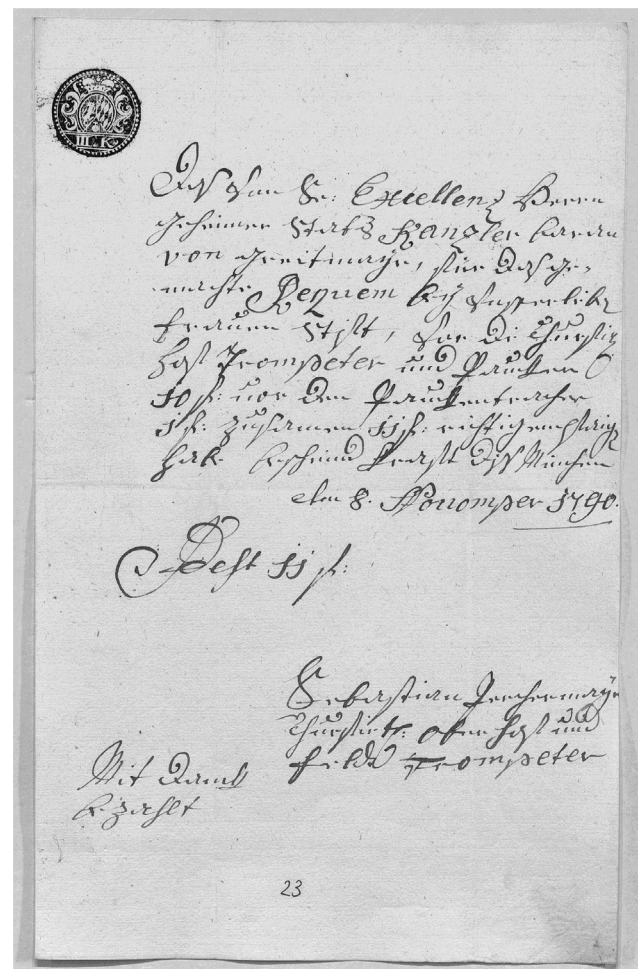
Claudia Kropf

Staatsarchiv Landshut

Neues Findbuch zum Schlossarchiv Offenstetten

Zur Besitzgeschichte des Schlossarchivs Offenstetten, das seit 1963 als Depot im Staatsarchiv Landshut lagert, ist Folgendes zu bemerken: Der Ort Offenstetten, früher eine eigenständige Gemeinde, heute Teil

der Stadt Abensberg (Lkr. Kelheim), war ursprünglich eine Hofmark mit Schloss im Besitz der Herren von Offenstetten, die bereits seit dem 11. Jahrhundert nachweisbar sind. Sie blieben über mehrere Jahrhunderte Eigentümer der Hofmark, bis sie 1488 ausstarben und ihre Erben die Hofmark an die Preysing von Kopfsberg verkauften. Diese veräußerten die Hofmark um 1600 wiederum, und nach mehreren Besitzwechseln gelangte sie 1652 an die Familie Frenau (später von Fröhnau). Die letzte Erbtochter Maria von Frenau heiratete 1750 Wiguläus Aloisius (Freiherrn) v. Kreittmayr, der 1753 erstmals als Hofmarksherr bezeichnet wird. Kreittmayr (1705–1790), zuletzt Geheimer Ratskanzler und Oberster Lehenpropst, Bearbeiter und Kommentator bedeutender Rechtsbücher, vergrößerte den Besitz und erwarb weitere Hofmarken im Pfleggericht Kelheim hinzu (Hausen, Gitting, Grub, Baiern, Niederhatzkofen und Andermannsdorf).



Ausgabenbeleg für den kurfürstlichen Hoftrompeter und -pauker beim Requiem in der Stiftskirche Unserer Lieben Frau in München für Wiguläus Aloisius Freiherrn von Kreittmayr in Höhe von 11 Gulden, 1790 (Schlossarchiv Offenstetten Nr. 1009) (Foto: Staatsarchiv Landshut).



Schloss Offenstetten (Foto: Erich Sendlinger, Staatsarchiv Landshut).

Die Kreittmayr blieben bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts Besitzer des Schlossgutes. Danach wurde es mehrfach veräußert und beherbergt heute das Cabrini-Heim, ein von der Diözese Regensburg getragenes sonderpädagogisches Zentrum.

Das Archiv des Schlosses Offenstetten wurde 1932 vom damaligen Eigentümer, Graf von Tauffkirchen, an den Heimatverein Abensberg verkauft. Durch unsachgemäße Lagerung (zunächst im Schulhaus, später im Rathaus) erlitt es arge Beschädigungen und Verluste. 1963 gab der Verein den Bestand unter Eigentumsvorbehalt an das Staatsarchiv Landshut ab. Rechtsnachfolger des Heimatvereins Abensberg ist seit 2012 die Stadt Abensberg.

Die Bände des Schlossarchivs wurden im Jahr 1937 durch den Lehrer Listl aus Abensberg summarisch verzeichnet; zu den angebrachten Tekturen existiert aber kein genaues Verzeichnis.

In den Jahren 2012 und 2013 wurden ca. 90 Prozent des Gesamtbestandes im Staatsarchiv Lands-

hut verzeichnet, in säurefreie Umschläge gelegt und eingeschachtelt (Schachtel 1–132, Nr. 1–1103). Die verbleibenden 1,80 lfd. Meter Archivgut (Schachtel 133–141) sind zwar gut erhalten, bestehen aber aus durcheinander liegenden Einzelblättern, aus denen in mühsamer Arbeit erst Akten zu bilden wären. Weitere drei laufende Meter (Schachtel 142–156) sind schadhaft, zum Teil massiv von Schimmel befallen und daher, ebenso wie einzelne Archivalien im verzeichneten Teil, nicht benützlich.

Bei der Verwüstung der Hofmark durch schwedische Truppen in den Jahren 1632 bis 1634 wurde vermutlich auch das damals bestehende Schlossarchiv vernichtet. Dies würde erklären, weshalb aus der Zeit vor 1640 nichts erhalten ist. Aus dem 17. Jahrhundert existieren nur neun Archivalien (weniger als 1 Prozent); knapp ein Fünftel stammt aus dem 18. und der Rest aus dem 19. Jahrhundert. Der Bestand ist nach folgenden Hauptgruppen gegliedert: 1. Rechnungen (u.a. Kirchenrechnungen),

2. Protokolle, 3. Bände, 4. Akten. Die Akten betreffen das Gerichtswesen, staatliche und gutsherrliche Abgaben, die Grundherrschaft und Familienangelegenheiten.

Das Schlossarchiv Offenstetten bietet reiche Informationen zur Heimatgeschichte von Offenstetten und Umgebung und Material für Familienforscher ab der Mitte des 18. Jahrhunderts. Darüber hinaus kann es eine vielfältige und wertvolle Quelle für die Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse eines Schlossgutes in der Hallertau im 19. Jahrhundert sein.

Zur Person des früheren Geheimen Ratskanzlers Wiguläus Aloisius Freiherrn von Kreittmayr enthält das Archiv nur sehr wenige Unterlagen. Erwähnenswert sind nur ein Inventar seines Hauses in München, das 1792 veräußert wurde, und die Belege für die Ausgaben bei seinem Begräbnis im Jahr 1790. So nahmen am Leichenbegängnis allein Abordnungen von zehn Bruderschaften teil.

Erich Sendlinger

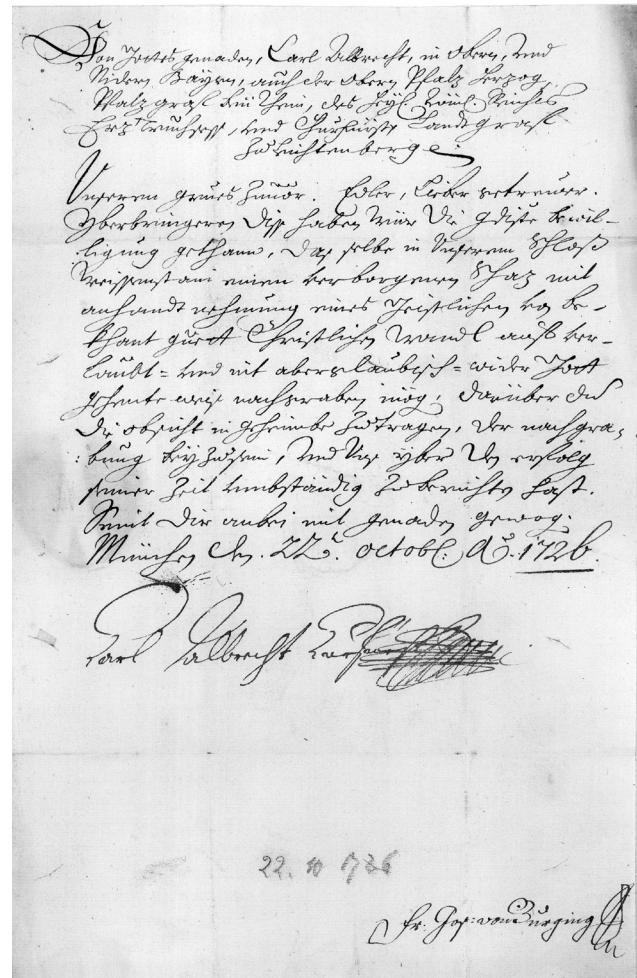
Staatsarchiv München

Das Hofmarksarchiv Sandizell – „Eine gänzlich unnütze ältere Correspondenz“?

„Eine gänzlich unnütze ältere Correspondenz“. Diese Beschreibung auf einem Tektivblatt des 18. Jahrhunderts lässt für den Bestand „Hofmark Sandizell“ nichts Gutes erahnen. Die frühere Einschätzung trifft aber, so sehr sie für den betitelten Einzelakt berechtigt sein mag, insgesamt nicht zu. Im Gegenteil: Das Hofmarksarchiv Sandizell ist eines der größten Adelsarchive im Staatsarchiv München. Die erhaltenen Archivalien sind von hoher historischer Relevanz.

Der Bestand Hofmarksarchiv Sandizell enthält neben den Archivalien zur Hofmark Sandizell (Lkr. Neuburg-Schrobenhausen) auch die Überlieferung der Hofmarken Riedheim-Stadel (Lkr. Donau-Ries) und Edelshausen (Lkr. Neuburg-Schrobenhausen) sowie mindestens Teile des Privatarchivs der Freiherrn, später Grafen von Sandizell. Hinzu kommen einzelne Archivalien zu den Hofmarken Stallwang (Lkr. Straubing-Bogen), Tunzenberg (Lkr. Dingolfing-Landau) und Scherneck (Lkr. Aichach-Friedberg) sowie zum Schlossgut Klebing (Lkr. Altötting). Außerdem sind im Bestand Archivalien aus anderen Tätigkeiten der Freiherrn bzw. Grafen von Sandizell enthalten, wie beispielsweise der Statthalterschaft von Ingolstadt des Freiherrn Maximilian Emanuel von und zu Sandizell.

Das „Tagesgeschäft“ einer Hofmark nimmt selbstverständlich den größten Raum im Bestand ein. So



Kurfürst Karl Albrecht genehmigt eine Schatzsuche, 1726
(Staatsarchiv München, Hofmark Sandizell 1525)
(Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

finden sich zahlreiche Belege für die über Jahrhunderte ausgeübte niedere Gerichtsbarkeit. Potentielle Streitobjekte existierten mehr als genug. Die Höhe der Gilt, Holzeinschlagsrechte und Weiderechte waren häufig Ursache von Zwistigkeiten, derentwegen jahrelang durch alle Instanzen prozessiert wurde. Uneheliche Schwängerungen und deftige Raufereien endeten nicht selten vor Gericht.

Breiten Raum nehmen Akten und Druckschriften zu den Streitfällen der Familie von Sandizell selbst ein, insbesondere zum langdauernden Streit mit dem Jesuitenkolleg Neuburg über den Zehnt zu Langenmoosen sowie zu Erbschafts- bzw. Fideikommiss-Streitigkeiten nach dem Aussterben der Linie Sandizell-Edelshausen im Mannesstamm in der Mitte des 18. Jahrhunderts.

Gilt-, Zins-, Fourage- und sonstige Abgabenregister sind zahlreich im Bestand vertreten. Sie sind oft nur fragmentarisch erhalten, so dass es schwierig bis unmöglich ist, sie jeweils einer Hofmark und einem Entstehungszeitraum zuzuordnen. In Unterlagen über

zu leistende Abgaben und über Bauaufträge wird deutlich, wie oft das Gebiet der Hofmarken unter Kriegsereignissen zu leiden hatte. Beispielsweise war Schloss Sandizell im Spanischen Erbfolgekrieg im Vorfeld der zweiten Schlacht von Höchstädt am 8. August 1704 Tagungsort des Kriegsrates der Alliierten um Prinz Eugen von Savoyen und John Churchill, dem 1. Duke of Marlborough. Auch der Dreißigjährige Krieg und die Koalitionskriege fanden Niederschlag in den Akten. Erwähnenswert sind die zahlreichen Sterbe- bzw. Erbverzeichnisse, die einen ungewöhnlich direkten Einblick in die materiellen Verhältnisse früherer Zeiten erlauben.

In den Unterlagen zur Familie Sandizell reicht die Spannweite vom Ehevertrag aus dem frühen 17. Jahrhundert, über gedruckte Gedichte anlässlich eines 50-jährigen Ehejubiläums aus der Mitte des 18. Jahrhunderts und Korrespondenz um 1800 bis hin zu Programmen der Rallye Monte Carlo aus den 1950er Jahren. Zu nennen ist auch eine Bestätigung des Sandizeller Richters über die Wundertätigkeit eines in die Flammen geworfenen St. Benediktkreuzes und eines schwarzen Gnaden-Ablasspfennigs bei einem Brand in Sandizell.

Der Bestand ist teilweise stark verunreinigt und beschädigt. Die Bearbeitung des Bestandes begann systematisch in den 1990er Jahren, 430 Nummern waren bereits im damaligen Staatsarchiv Neuburg an der Donau erfasst worden. Seit Juli 2013 wird die Erschließung intensiv vorangetrieben.

Simon Andreas Kalleder

Schülerlisten und Lehrnachweise der Schulen in Kottgeisering und Wildenroth erschlossen

Im Juli 2013 übernahm das Staatsarchiv München den bemerkenswerten Bestand der Grundschule Grafrath im Landkreis Fürstfeldbruck. Dieser setzt sich aus Unterlagen der beiden Vorgängerschulen Kottgeisering und Wildenroth zusammen, zum größten Teil aus Schülerlisten und Schülerbögen und zu einem kleinen Teil aus Verwaltungsschriftgut.

Die Grundschule Grafrath entstand in den 1970er Jahren im Zuge der Gemeindegebietsreform und ist aus der Schule in dem bis dahin selbstständigen Ort Wildenroth hervorgegangen. Diese wiederum wurde bereits 1969 mit den Volksschulen in Schöngesing und Kottgeisering zusammengelegt. Die schriftliche Überlieferung der Schule Kottgeisering reicht von 1839 bis 1969, die der Schule Wildenroth von 1878 bis 1965. Von der Schule Schöngesing sind keine Unterlagen vorhanden. Die Grundschule Grafrath hat noch keine eigenen Unterlagen abgegeben.

Nachdem Kurbayern im Jahr 1802 die allgemeine Schulpflicht eingeführt hatte, fand ein Ausbau des Volksschulwesens statt. Alle Schüler hatten zunächst eine werktägliche Grundschule zu besuchen. Darauf folgte ein dreijähriger Besuch einer weiterführenden Schule, meist einer Sonn- und Feiertagsschule. Die Volksschulen bestanden also einerseits aus den Werktagsschulen, andererseits aus den Sonn- und Feiertagsschulen. Zunächst waren sie vor allem als Bekenntnisschulen organisiert und eng an die örtliche Geistlichkeit angelehnt. Die Schulaufsicht lag bei den Lokal- und Distriktsschulinspektionen, in der die Pfarrer eine wichtige Rolle spielten. Dieser Einfluss der Geistlichkeit endete 1918.

Im Lauf der Zeit änderten sich die Bezeichnungen der Volksschulen: Aus der deutschen Werktagsschule wurde die Volkshauptschule und schließlich 1938 die Volksschule. Die Sonn- und Feiertagsschulen entwickelten sich zu Berufsschulen, im ländlichen Raum meist zu landwirtschaftlichen Berufsschulen.

Besonders interessante Einblicke in das Schulleben vermitteln die Schülerlisten, zeitweise Zensurbücher genannt, die für die Schule Kottgeisering bis ins Jahr 1840 zurückreichen. In diesen sind nicht nur die Noten und die Fehltage eingetragen, sondern auch aufschlussreiche Bemerkungen zu den Fähigkeiten, dem Fleiß, dem sittlichen Betragen und dem Gesundheitszustand jedes einzelnen Schülers. So sind die Schülerinnen und Schüler des Schuljahres 1840/41 unter Lehrer Sebastian Schilling und Lokalschulinspektor und Religionslehrer Pfarrer Michael Endres sehr konkret mit teils drastischen Worten charakterisiert.

Neben den lobenswerten Eigenschaften „ausgezeichnet, lobenswert, brav, artig, fromm, aufrichtig und gehorsam, munter und aufgeweckt“ treten auch weniger erfreuliche Adjektive wie „tadelhaft, nachlässig, böse und ungezogen sowie übermühtig und unbändig, unfreundlich und mürrisch“ auf. Nicht selten sind auch detailliertere Anmerkungen wie die Folgenden überliefert: „Ist boshaft – faul und gleichgültig. Im höchsten Grade muthwillig, frech, ausgelassen und boshaft – mit einem Wort böse. Viel Geschwätz – darunter Lügen. Ist ganz unthätig. Verschläft gern den Schulanfang. Rauft gern. Könnte viel leisten wenn er möchte. An ihm ist Chrysam und Taufe verloren. Alt und groß am Körper aber klein am Geiste. Eigensinn und Lügen sind ihre Charaktere.“ Doch auch lobende Worte sind ab und an vermerkt. Zu lesen ist z. B. „ein hoffnungsvoller Knabe“ oder „Ist die talentreichste Schülerin in der Schule“.

Bemängelt wird aber in der Folgezeit auch häufig, dass sich die Schüler zu oft auf der Gasse herumtrei-

Wildenroth, 6. April 1948.

1. Schulspeisung:

Die in der letzten Liste aufgeführten Kinder erhalten einschließlich 16. April die Schulspeisung für 1., 2. und 5. April werden je 140g, also insgesamt 420g, Satteln ausgegeben. Die Kinder bringen zu diesem Zwecke morgen eine Tüte - mit Namen versehen - mit. Am Donnerstag erfolgt die Ausgabe der Satteln. Vielleicht könnte sich zum Auswiegen der Satteln eine Lehrkraft zur Verfügung stellen.

Die Ausgabe der Schulspeisung erfolgt ab heute mittags von 12¹⁵ - 12⁴⁵ Uhr.

Fehlerrunde, von den Kindern für die Schulspeisung einschließlich 16. April die Beiträge einzusammeln - insgesamt 2,40 M. - und umgehend an mich abzuliefern. Die Kontrollkarten für die Schulspeisung gebe ich am 19. April aus.

2. Lernmittelbeitrag:

-24-

Die Lernmittelbeiträge (siehe Beilage!) sind nun =
gehend einzusammeln (pro Schüler -: 40 RM.). Bezüglich der Beitragsgerechtigkeit bitte ich nicht anständig zu verfahren, da den Kindern einerseits wirklich häufig Hilfe gewährt werden und andererseits die Eltern getaktet noch gerne die Beiträge leisten.

3. Gesundheitsbogen:

Die Gesundheitsbogen sind für alle Schüler sofort in Ordnung zu bringen, da ich die Vollangemeldet bereits an das Gesundheitsamt weitergeleitet habe. Bei Unklarheiten ist es zweckmäßig, den Kindern die Fragen aufschreiben und durch die Eltern beantworten zu lassen. (Z. B. Echter Vater lebt? Gestorben an? ... Zahl der verstorbenen Geschwister - Zahl der lebenden? Familienkrankheiten - Krankheiten des Schülers vor Schuleintritt?)

4. Amtl. Schulanzeiger:

-25-

Hinweise zur Schulspeisung im Umlaufheft der Schule Wildenroth
(Staatsarchiv München, Grundschule Grafrath Nr. 404) (Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

ben würden und die Eltern mit der Erziehung und dem Lernen zu nachsichtig seien.

Die zweite große Gruppe an überliefertem Archivgut, die Schülerbögen, wurden für jeden Schüler bei Schuleintritt angelegt. Neben biographischen Angaben wie Geburtsort und Geburtsdatum, Bekenntnis und Informationen zu den Eltern sind hier Noten und Hinweise zu Schuleintritt und Schulentlassung vorhanden.

Eine weitere erhaltene Quelle sind die sogenannten Lehnachweise der Schule Wildenroth, die jeweils für ein Schuljahr geführt wurden. Sie geben nicht nur Einblicke in den Fächerkanon der 1940er und 1950er Jahre, der Religionslehre, Deutsche Sprache, Singen, Sachunterricht, Rechnen und Raumlehre, Zeichnen und Werken sowie Sport vorsah, sondern informieren auch über den durchgenommenen Unterrichtsstoff, der sich nicht selten an den Jahreszeiten sowie Festen und Feierlichkeiten orientierte. So schrieben z.B. 1947/48 die Viert- und Fünftklässler in der Winter- und Weihnachtszeit Aufsätze zu Schneeflocken, sangen ein Christbaumlied und nahmen den Mond durch. Im Frühling 1952/53 wurden in der dritten und vierten Klasse Texte zum Kuckuck gelesen, Muttertagsgeschenke gebastelt, Marienlieder gesungen und Gartenblumen behandelt.

Da der Sportunterricht stets im Freien stattfand, findet sich häufig der Hinweis auf Unterrichtsausfall wegen schlechten Wetters und feuchten Bodens.

Besondere Erwähnung verdient schließlich ein Umlaufheft der Schulleitung Wildenroth aus dem Zeitraum von 1947 bis 1950, das Mitteilungen an die Lehrkräfte zu unterschiedlichen, wichtigen Themen enthält. Der Aufruf, auf Disziplin und Ordnung sowie auf Sauberkeit in den Klassenräumen zu achten, ist hier ebenso dokumentiert wie Hinweise zu zeittypischen Phänomenen wie der Schulspeisung.

Der Bestand umfasst 404 Archivalien (ca. 3,6 lfm) und liegt vollständig erschlossen vor. Insgesamt bietet er wertvolle Informationen über die Schulorganisation, die Bildung und Aufteilung der Klassen, die Schülerzahl, die Unterrichtsinhalte, sowie die Bewertung und Beurteilung von Schülern. Er ist als Musterüberlieferung einer aus Vorgängerschulen gebildeten Grundschule in einer ehemals ländlich geprägten, nun zum Großraum München gehörenden Gemeinde im Landkreis Fürstentfeldbruck zu sehen.

Da es sich bei den Schülerlisten und Schülerbögen um personenbezogenes Archivgut handelt, können nach dem Bayerischen Archivgesetz Art. 10 Abs. 4 die Unterlagen zu Schülerinnen und Schülern nach dem Geburtsjahrgang 1924 und jünger nur mit einer

Schutzfristverkürzung für wissenschaftliche Zwecke oder zur Behebung einer bestehenden Beweisnot benutzt werden, die im Einzelfall zu beantragen ist.

Christine Kofer

Übergabe des Fotoarchivs der ehemaligen Innwerke Töging an das Staatsarchiv München

Bilder und historische Fotografien sind oft die Perlen der historischen Überlieferung und davon hatten die ehemaligen Innwerke in Töging, die heute zum VERBUND Innkraftwerke GmbH gehören, reichlich. Am 27. April 1917 gründeten das Deutsche Reich, der Bayerische Staat, die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft AG Berlin (AEG), die Siemens-Schuckert Werke GmbH Berlin und die Gebrüder Guilini GmbH Ludwigshafen-Mundenheim die „Innwerk, Bayerische Aluminium AG“ mit Sitz in München, um in Töging am Inn eine Aluminiumhütte und eine Wasserkraftanlage zur Stromversorgung der Hütte zu errichten. Doch mit dem Bau des Kanalkraftwerkes Jettenbach-Töging konnte aufgrund der Kriegsergebnisse erst im Frühjahr 1919 begonnen werden. Seit diesem Zeitpunkt wurde dort sowie bei den weiteren Innstufen in Ering, Neuötting, Nußdorf und Perach von Werksfotos der Baufortschritt und das Werksleben akribisch dokumentiert. Entstanden sind so 8043 Glasplattenegative, 14.563 Planfilme sowie 1779 Rollfilme und Kleinbildnegative.

Diesen fotografischen Schatz hat der VERBUND Innkraftwerke GmbH im Jahr 2012 dem Staatsarchiv München vertraglich zur Archivierung übergeben und gleichzeitig Gelder für eine umfassende Erschließung bereitgestellt (vgl. Nachrichten Nr. 63/2012, S. 30 und Nachrichten Nr. 65/2013, S. 28). So entstanden in einer etwa einjährigen Arbeit zwei umfangreiche Findbücher zu sämtlichen Fotos, die nunmehr sowohl analog als auch digital auf einer archivinternen Datenbank recherchiert werden können.

Die Übergabe der Fotos fand am 4. November 2013 in einem Festakt im Staatsarchiv München im Beisein des Geschäftsführers der VERBUND Innkraftwerke GmbH, Ing. Mag. Michael Amerer, und der Generaldirektorin der Staatlichen Archive, Dr. Margit Ksoll-Marcon, statt. In seinem Grußwort betonte Geschäftsführer Amerer die Bedeutung der Bilder für sein Unternehmen und gab seiner Freude Ausdruck, dass mit der Übergabe die Langzeiterhaltung dieses wertvollen Kulturguts gesichert sei. Der Leiter des Staatsarchivs München, Dr. Christoph Bachmann, sprach die Hoffnung aus, dass die übergebenen Quellen zahlreiche Forschungen befördern, so z.B. zur wechselseitigen Beziehung zwischen der Wirtschaft und der Lebenswelt der im Unternehmen beschäftigten Arbeiter.

An diesem Abend wurde außerdem die Fotoausstellung „Arbeit. Alltag. Abenteuer. 100 Jahre Wasserkraft am bayerischen Inn“ eröffnet. Die Bilderschau



Der Geschäftsführer der VERBUND-Innkraftwerke GmbH, Michael Amerer, übergibt dem Leiter des Staatsarchivs München, Dr. Christoph Bachmann, symbolisch eine Kiste mit Glasnegativen (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

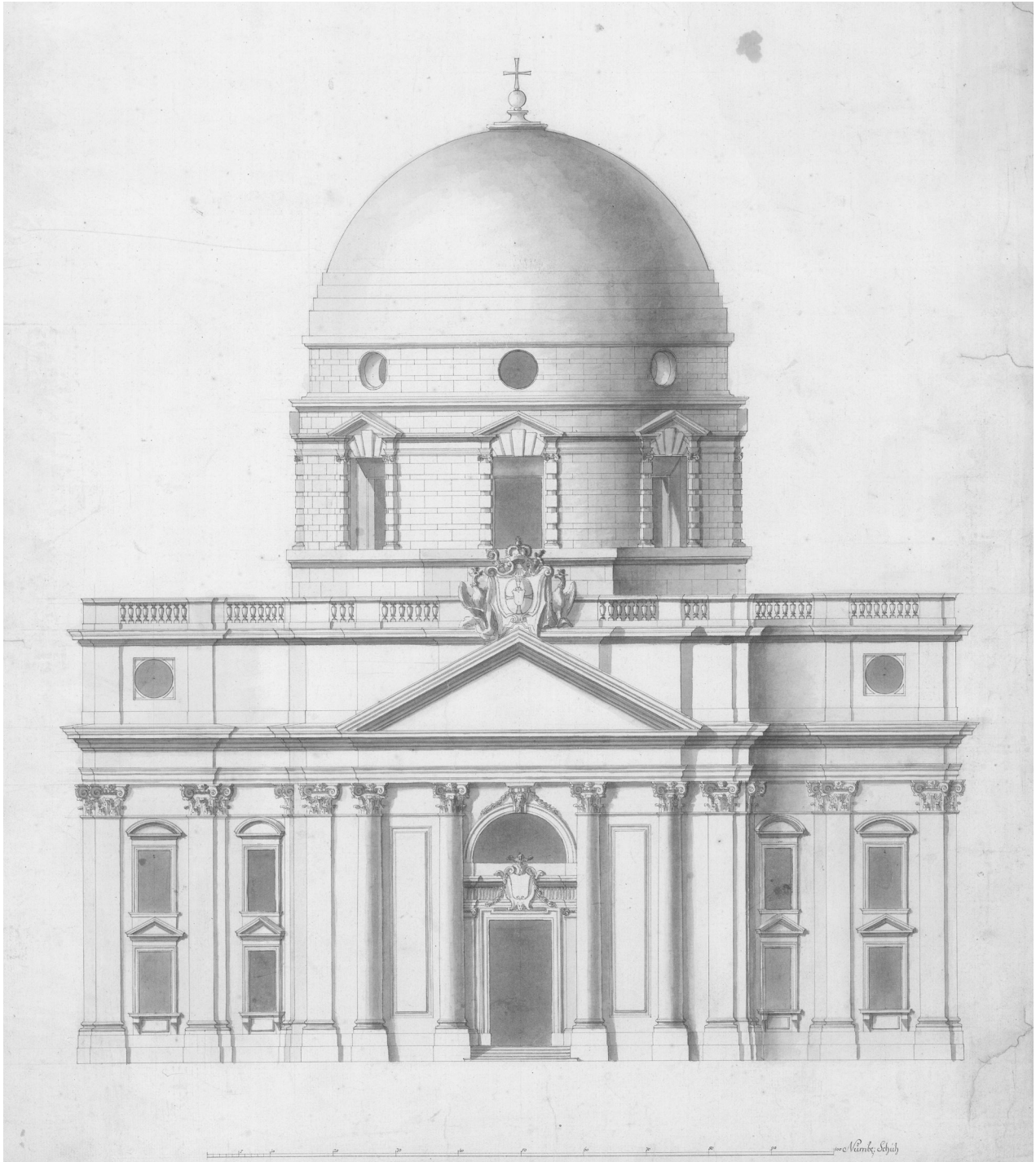
zeigte ausgewählte und besonders aussagekräftige Fotos aus dem übergebenen Fotobestand. Die Ausstellung, die drei Wochen im Staatsarchiv München zu sehen war, fand regen Zuspruch, vor allem ehemalige Werksangehörige kamen in großer Zahl, um ihre eigene Vergangenheit noch einmal Revue passieren zu lassen.

Christoph Bachmann

*Staatsarchiv Nürnberg***„Versteinte Iagensbezircke“ und Prachtbauten –
Die Erschließung der Karten und Pläne des Deutschen Ordens im Staatsarchiv Nürnberg**

Im Rahmen der inzwischen fast vollständig abgeschlossenen Analyse- und Erschließungsarbeiten der Überlieferung des Deutschen Ordens wurde auch der Teilbestand „Karten und Pläne“ neu formiert und ver-

zeichnet. Dabei handelt es sich um einen lagerungstechnischen Selekt aus verschiedenen Provenienzen des Deutschen Ordens. Dessen Neubearbeitung wurde unter anderem notwendig, da der Kernbestand des Staatsarchivs Nürnberg in den letzten Jahren einen wesentlichen Zuwachs durch provenienzgemaße Abgaben des Bayerischen Hauptstaatsarchivs erhalten hat.

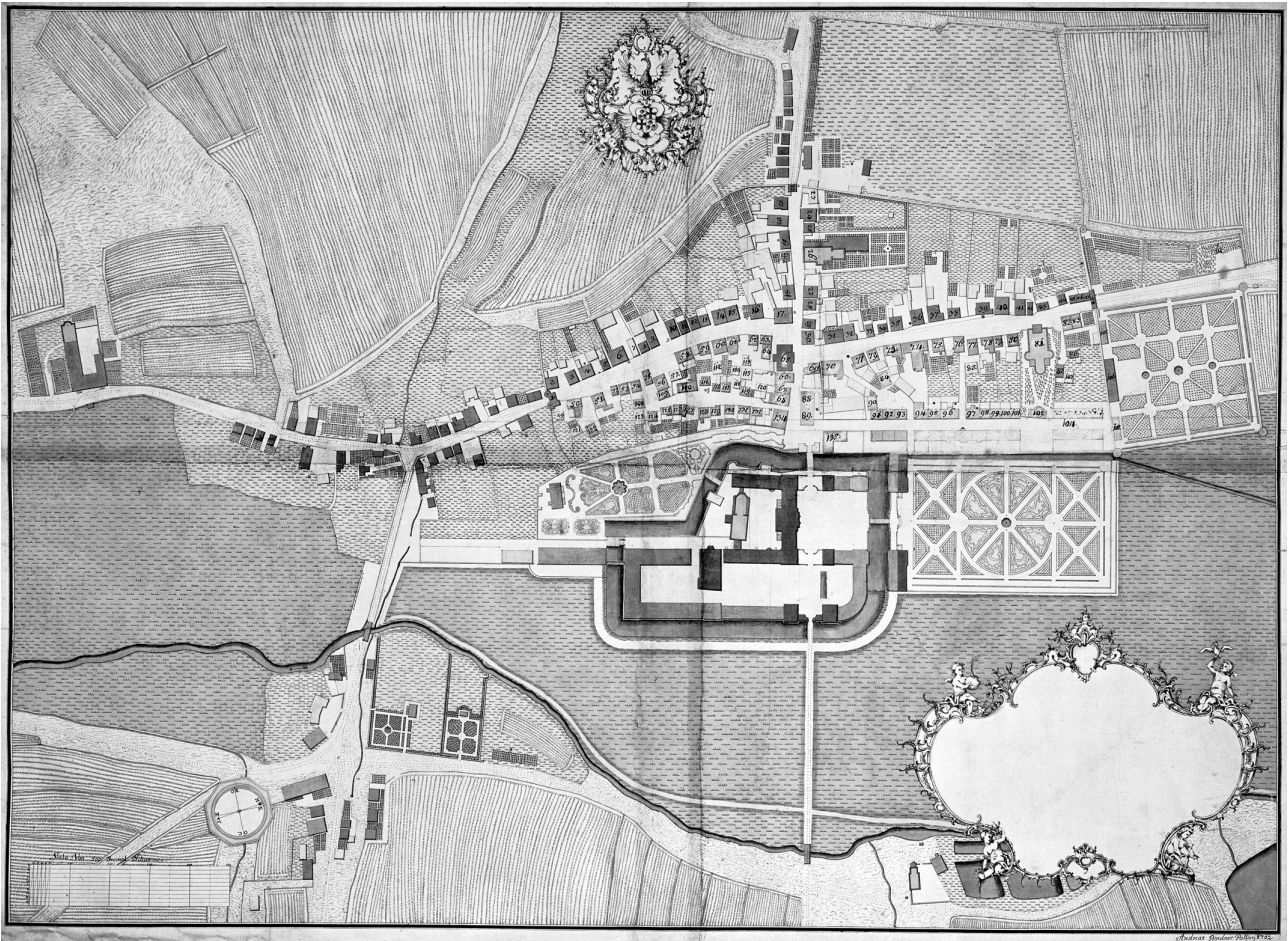


Aufriss der Deutschordenskirche St. Elisabeth in Nürnberg, Peter Anton von Verschaffelt 1789/90,
Papier auf Leinwand, Federzeichnung, 72 x 61 cm (Staatsarchiv Nürnberg, Deutscher Orden, Karten und Pläne, Nr. 156)
(Foto: Klaus Drechsler, Staatsarchiv Nürnberg).

Wie die Benennung des Bestands erkennen lässt, besteht dieser im Wesentlichen aus zwei unterschiedlichen Archivalientypen. Zum einen handelt es sich um handgezeichnete Orts- und Landkarten zu Besitztümern oder Herrschaftsrechten des Deutschen Ordens im heutigen Mittelfranken. Dieses Herrschaftsgebiet des Ordens war weder zusammenhängend noch geschlossen, sondern entwickelte sich aus den

Nördlingen sowie die Vogteiämter Hürnheim-Niederhaus, Ederheim, Mühlauhof und Lierheim.

Rund 90 km südwestlich von Nürnberg lag zudem das Amt Schneidheim, das zur Kommende Nürnberg gehörte. Diese hatte in der Reichsstadt selbst nur wenig Grundbesitz („Deutschherrenwiese“), jedoch neben Schneidheim weiteres Eigentum in und um Dinkelsbühl, (Wolframs-)Eschenbach, Postbauer und auf



Grundriss der Residenz Ellingen mit Schloss und Ort sowie umliegenden Feldern und der Schwäbischen Rezat („Bindnerplan“), Andreas Bindner, Papier auf Leinwand, kolorierte Feder-/Pinselzeichnung, 125 x 92 cm (Staatsarchiv Nürnberg, Deutscher Orden, Karten und Pläne, Nr. 53) (Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

meist im 13. Jahrhundert gegründeten Niederlassungen (Kommenden) in einzelnen Städten und Märkten. Das größte Territorium konnte der Orden rund um Ellingen (nahe Weißenburg) ausbilden, besonders nachdem 1651 die nahe gelegene Herrschaft Absberg erworben worden war.

Die Kommende Ellingen hatte schon im Mittelalter Gebiete im Ries gekauft, die sie in den Jahren 1709 bis 1740 ergänzen konnte und in denen sie zur besseren Verwaltung eigene Amtssitze schuf. So fanden sich Mitte des 18. Jahrhunderts in einem Radius von rund 10 km sechs Ämter des Deutschen Ordens: Das Obervogteiamt Reimlingen mit dem Kastenamt

der Frankenhöhe. Die dritte mittelfränkische Kommende war das zwischen Ansbach und Bad Windsheim gelegene Virnsberg mit dem benachbarten Amt Ickelheim.

Die mittelfränkischen Kommenden bildeten den territorialen und politischen Schwerpunkt der Deutschordensballei Franken, die auch Kommenden in Schwaben und Altbayern umfasste. Als Vorsteher und gemeinsam mit seinem Rat als administrative Spitze der Ballei fungierte der Landkomtur. Seit dem Spätmittelalter war dies immer der Komtur in Ellingen, der in Personalunion auch oft zum Nürnberger Komtur gewählt wurde.

Die im Staatsarchiv Nürnberg verwahrten Karten des Ordens gelten als „Augenscheinkarten“. Die erforderlichen Informationen wurden meist durch einen Kartographen oder „Geometer“ persönlich vor Ort erhoben, der die lokalen Gegebenheiten inspizierte und die notwendigen Messungen vornahm. Trotz gelegentlicher Fülle und Pracht hatten diese Karten in der Regel eine rein administrative Funktion. Sie waren nicht zur öffentlichen Darstellung konzipiert und mündeten daher auch nicht in offizielle bzw. repräsentative Verlautbarungen gegenüber den Untertanen oder benachbarten Fürsten. Vielmehr blieben sie in der Verfügung der landesherrlichen Behörden und wurden zunächst nur dort verwaltungsintern genutzt. Die Karten wurden im Archiv verwahrt und lediglich bei Bedarf hervorgeholt, wenn die entsprechenden Informationen zur Herrschaftsausübung und Verwaltung benötigt wurden. Typische Themen dieser archivischen Karten sind Grenzangelegenheiten, Forst- und Waldrechte, Hochgerichtsbarkeit oder sonstige herrschaftliche Rechte. Sie entstanden oft im Zusammenhang mit Streitigkeiten um diese Hoheitsrechte, die der Orden mit seinen Nachbarn, dem Markgraftum Brandenburg-Ansbach, der Reichsstadt Nürnberg oder den Fürsten von Oettingen austrug. Zur Klärung von umstrittenen Jagdbezirksgrenzen wurden beispielsweise Marksteine gesetzt, also der „Jagensbezirk versteint“, und die Standorte auf einer Karte vermerkt.

Neben den Karten findet sich im Bestand eine deutlich größere Zahl architektonischer Pläne, v.a. zur Residenzstadt Ellingen sowie zur Deutschordenskirche St. Elisabeth in Nürnberg. Ellingen war seit 1206 Residenz der Landkomture der Ballei Franken. Der heutige Schlossbau hatte daher verschiedene mittelalterliche Gebäude sowie einen Renaissancebau als Vorgänger. Er wurde 1717 bis 1721 unter dem Landkomtur Karl Heinrich von Hornstein (reg. 1717–1743) durch die Architekten Wilhelm Heinrich Behringer (Planung) und Franz Keller errichtet. Ebenfalls vor 1720 wurden durch den Bau von Verwaltungsgebäuden an der Schlossstraße ortserweiternde Maßnahmen getroffen. Franz Joseph Roth, der Nachfolger Kellers, setzte diese mit den Neubauten von Rathaus, Pfarrkirche, Maria-Hilf- und Maximilianskapelle sowie mehreren Bürgerhäusern und den beiden Orangeriegebäuden im Schlossgarten fort. Außerdem arbeitete er an der Innenausstattung des Schlosses und an Stukkaturen in der Schlosskirche. Kurz nach dem Regierungsantritt des neuen Landkomturs Karl Freiherr von Eyb (reg. 1749–1764) wurde Roth durch Matthias Binder ersetzt, der die barocke Schlosslandschaft durch die Vollendung des Schlosskirchturms, den

Bau von Wirtschaftsgebäuden sowie die Errichtung repräsentativer Stadttore abrundete. Binders Sohn Andreas, der lange mit seinem Vater zusammengearbeitet hatte, vollendete nach dessen Tod 1777 die begonnenen Gebäude, konnte aber die Umsetzung eigener Ideen nicht realisieren. Der letzte in Ellingen beschäftigte Architekt war Michel d'Ixnard, der u.a. ab 1773 dem Ostflügel im Innenhof des Schlosses einen Altan vorlagerte.

Die Planungen zur Erweiterung der Spitalkapelle St. Elisabeth in der Deutschordenskommende Nürnberg zu einer repräsentativen Kirche begannen ähnlich früh wie die zum Residenzschloss in Ellingen. Aufgrund des Widerstands der protestantischen Reichsstadt Nürnberg gegen einen katholischen Prachtbau mit auffälliger Kuppel innerhalb ihrer Mauern konnte mit den Bauvorbereitungen jedoch erst 1784 begonnen werden. Aufbauend auf den Entwürfen aus den 1730er Jahren von Franz Joseph Roth und Matthias Binder fungierte als erster Baumeister Franz Michael Ignaz Neumann, ältester Sohn Balthasar Neumanns. Nach dessen baldigem Tod 1785 setzten Peter Anton von Verschaffelt, ab 1788 Mauritio Pedetti und Joseph Scholl sowie v.a. Wilhelm Ferdinand Lipper 1789–1800 und der Mergentheimer Hofkammerrat Stahl 1800–1805 die Bauarbeiten bis zur vorzeitigen, durch die bayerische Besetzung bedingten Einstellung fort. Erst 1902/03 wurde der Kirchenbau durch die Fertigstellung der Inneneinrichtung vollendet. Einhergehend mit dem Kirchenneubau wurden auch die angrenzenden Kommendegebäude wie das Deutschordenshaus, das Spital (für Männer und Frauen getrennt), die Wohnungen der Beamten und Geistlichen umgestaltet. So entstand eine Vielzahl von teilweise prächtigen Aufrissen und Grundrissen, aber auch von skizzenartigen Detailzeichnungen zu Portaltüren und -giebeln, Fenstern, Pfeilern, Architraven, Arkaden oder zum Glockenstuhl.

Insgesamt enthält der Bestand 388 Archivalien mit einer Laufzeit von 1574 bis 1804. Einige dieser Karten waren schon vorher verzeichnet (vgl. Peter Fleischmann, *Die handgezeichneten Karten des Staatsarchivs Nürnberg bis 1806* [Bayerische Archivinventare 49], München 1998). Das komplette Findbuch „Deutscher Orden, Karten und Pläne“ ist ebenso wie die Findmittel zu den anderen Beständen des Deutschen Ordens über den Internetauftritt der Staatlichen Archive Bayerns einsehbar. Eine Digitalisierung der Karten und Pläne ist geplant.

Johannes Staudenmaier

Neues vom Archiv der Herrschaft Schwarzenberg (Teil 3): Die Registratur der Bauverwaltung

Die Grafen bzw. Fürsten von Schwarzenberg verfügten über zahlreiche Bauten, unter denen die Schlösser in Österreich und Böhmen zweifellos die prächtigsten waren. Die Schlösser in Wien oder Prag, die Burgen in Krumau (Český Krumlov) und Worlik (Orlík nad Vltavou) oder die historistische Anlage von Frauenberg (Hluboká nad Vltavou) sind hier die bekanntesten. Demgegenüber stehen die Bauten in den fränkischen Stammländern, voran die namensgebende Burg Schwarzenberg in Scheinfeld (Lkr. Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim), zurück, obwohl sie die Fürsten nie aus dem Blick ließen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden an den Besitzungen in Franken umfangreiche Baumaßnahmen durchgeführt, an deren Spitze zumindest in der Außenwirkung die Renovierung des Stammschlusses in Scheinfeld stand. Im Archiv der Herrschaft Schwarzenberg, das sich seit 2012 im Staatsarchiv Nürnberg befindet (siehe Nachrichten Nr. 61/2011, S. 4f. und Nr. 62/2012, S. 3f.), sind hierzu zahlreiche Akten nebst Plänen erhalten, zu deren Einordnung ein Blick auf die Organisation des fürstlich schwarzenbergischen Bauwesens in Franken hilfreich ist.

Die ältesten derzeit als „Bauakten“ anzusprechenden Unterlagen betreffen Schloss Schwarzenberg und stammen aus der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert, jedoch ist keine eigenständige Organisation als Baubehörde fassbar. Bis zu einer näheren Analyse der umfangreichen Aktenbestände kann zur Organisation der fürstlichen Bauverwaltung im Alten Reich wenig gesagt werden, doch geben Personalakten erste Hinweise. 1787 wurde der Bauinspektor Joseph Brockard (gest. 1807) zur Besorgung des herrschaftlichen Bauwesens angestellt, der zum Baudirektor aufstieg und diese Stellung kurz vor seinem Tod an seinen Sohn Franz Brockard (1776–1847) weitergab.

In Schwarzenberg bestand als „Localbauorgan“ eine „fürstliche Bauverwaltung“ (auch „fürstliches Bauamt“). Dieses Bauamt erhielt am 20. April 1822 eine eigene, ausführliche Instruktion. Spätestens im 19. Jahrhundert bildete sich eine Hierarchie aus Baudirektion am Ort der Zentralverwaltung und nachgeordneten Bauämtern heraus. Dies scheint aber vor allem eine Nachordnung in baulicher Hinsicht gewesen zu sein, denn nach den bislang bekannten Akten hatte auch die örtliche Domankanzlei in Schwarzenberg eine gewisse Aufsichtsfunktion. Für das Bauschaffen in der Herrschaft Schwarzenberg zwischen 1875 und 1890 ist der fürstlich schwarzenbergische Baumeis-

ter Wenzel Hinke hervorzuheben, der eine Vielzahl an Plänen (unter-)zeichnete. Etliche Pläne tragen Revisions- oder Billigungsvermerke der vorgesetzten fürstlichen Baudirektion, so dass der Instanzenzug ablesbar ist. Es ist daher davon auszugehen, dass hinsichtlich der Baumaßnahmen eine wichtige weitere Überlieferung an zentralbehördlicher Stelle, d.h. in Wien und später in Krumau, vorhanden war. Als 1877 Fürst Johann Adolph II. zu Schwarzenberg die Anfertigung von Baukatasterplänen sämtlicher Gebäude anordnete, sollten diese in Kopie zur Baudirektion nach Krumau eingeschendet werden.

Fürst Adolf Joseph (1832–1914) löste mit Wirkung vom 1. Juli 1892 die Baudirektion in Krumau auf. Zur Leitung und Überwachung des Baudienstes auf seinen Besitzungen wurden stattdessen drei sogenannte Bauleitungen eingerichtet:

1. Die Bauleitung in Krumau (Český Krumlov) für die Domänen Krumau mit Schwarzbach (Černa v Pošumav), Winterberg (Vimperk), Stubenrauch-Langendorf (Prášily bzw. Dlouhá Ves) sowie die Besitzungen in Schwarzenberg, Steiermark, Niederösterreich und Salzburg, außerdem für die Domänen Wittingau (Třeboň), Bry, Cheynow, Protiwin (Protivin), Nittolitz-Libejic (Netolice bzw. Libějovice), die Tonwarenfabrik Zliv (Zliv) und die Zuckerfabrik Budweis (České Budějovice).
2. Die Bauleitung in Frauenberg (Hluboká nad Vltavou), für die Domäne Frauenberg.
3. Die Bauleitung in Zittolieb (Cítoliby) für deren Umgriff.

Diese Bauleitungen übernahmen auch die Aufgaben der bisherigen Baudirektion. Ihnen unterstanden vor Ort „Bauorgane“. Vorstand der Bauleitung Krumau war Bauingenieur Johann Belohoubek, seine Mitarbeiter die Bauingenieure Joseph Krippner und Franz Sosna, die Baumeister Wenzel Hinke, Holy und Spiess sowie der Kanzlist Martin Wastl.

Nach Beginn des Ersten Weltkriegs mussten größere Baumaßnahmen entfallen. Es ist anzunehmen, dass auch in der Zwischenkriegszeit nur wenig gebaut oder renoviert wurde; die reponierten Unterlagen der Bauverwaltung enden jedenfalls vorher.

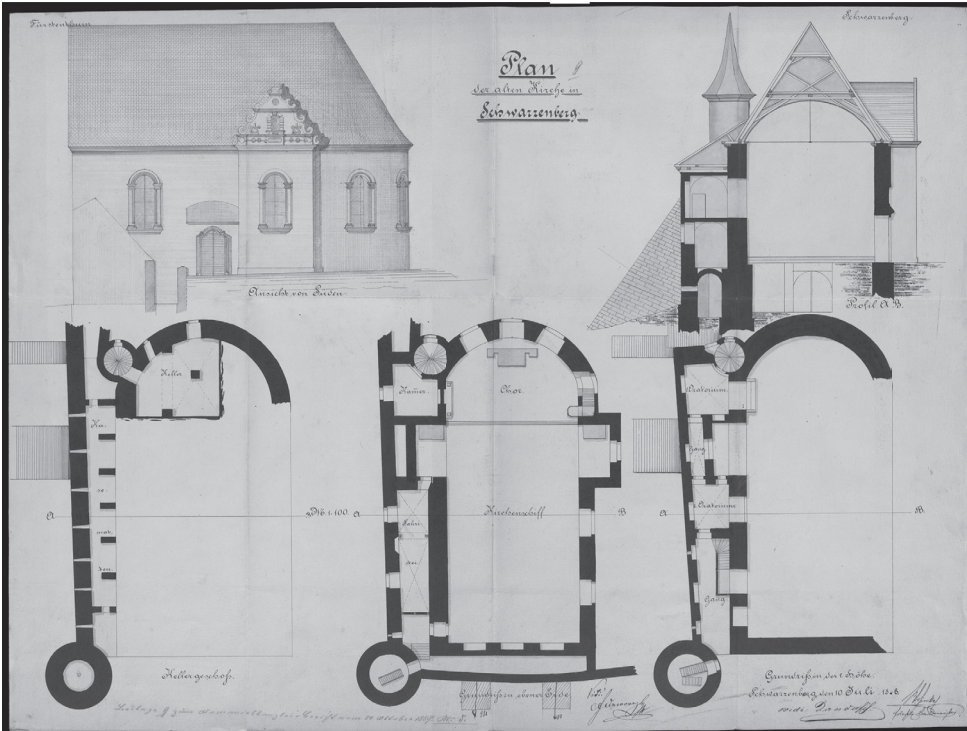
Unter den Archivalien, die 1944 von Schwarzenberg nach Böhmen gebracht wurden, befanden sich auch 16 verschnürte Pakete der fürstlichen Bauverwaltung in Schwarzenberg (Nr. 1674–1688). Sie bildeten das Ende der verpackten reponierten, d.h. damals nicht mehr aktuell benötigten Registraturen, ein erster Hinweis auf eine vorherige getrennte Lagerung. Das Schema der Aktenzeichen fügt sich tatsächlich nicht in das der übrigen Registraturen, die nach einem einheitlichen Aktenplan arbeiteten. Dies

sprach dafür, einen eigenen Bestand aufzubauen und ihn historisch nach Generalakten und den einzelnen Domänen (Schwarzenberg, Seehaus, Wässerndorf) zu ordnen. Die Unterlagen umfassen etwa den Zeitraum von 1839 bis 1904 mit einem deutlichen Schwerpunkt zwischen 1852/1853 und 1885. Im Zentrum stehen die Baumaßnahmen an den herrschaftlichen

ten im herrschaftlichen Gericht, Arrestgebäude und im Spitalbereich.

Die Domäne Seehaus spiegelt sich in Bauakten zum dortigen Schloss samt Kapelle, Schule und Meierei, dann in den Meiereien Wüstphül und Herbolzheim (alle Markt Nordheim, Lkr. Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim). Auch zur Ruine der Burg Hohenlandsberg (zerstört 1554 im Zweiten Markgrafenkrieg) existiert ein einzelner Bauakt über den Bau und Unterhalt eines historistischen Aussichtsturmes 1870 bis 1886.

Die Domäne Wässerndorf (Gde. Seinsheim, Lkr. Kitzingen) ist ebenfalls mit Bauakten über das Schloss (1945 ausgebrannt; Auslagerungsort des Staatsarchivs Würzburg mit schwerwiegenden Archivalienverlusten) und die Meierei Wässerndorf vertreten, weiterhin ein Akt über die Meiereien in Winkelhof (Gde. Seinsheim, Lkr. Kitzingen) und Gnötzheim (Gde. Martinsheim, Lkr. Kitzingen).



Plan der Kapelle des Schlosses Schwarzenberg anlässlich der Renovierungsarbeiten, Maßstab 1:100, gezeichnet W. Hinke 1888 (Staatsarchiv Nürnberg, Herrschaft Schwarzenberg, Karten und Pläne Nr. 11, Provenienz: Bauverwaltung) (Foto: Klaus Drechsler, Staatsarchiv Nürnberg).

Wirtschaftsgebäuden (Meiereien, Brauereien). Die in Mappen zusammengefassten Pläne waren zusammen mit den Akten verwahrt. Sie wurden aus konservatorischen Gründen 2013 und 2014 von den Akten gelöst, die vielfach gefalteten Pläne plangelegt und einzeln verzeichnet. Sie bilden den neuen Selekt „Herrschaft Schwarzenberg, Karten und Pläne“.

Die Mehrzahl an Akten (und Plänen) nimmt das Bauwesen in der Domäne Schwarzenberg ein. Hierzu gehörten die Restaurierungsarbeiten am Stammschloss mit Kapelle, die Beamtenwohnungen, die dem Schloss vorgelagerten Wirtschaftsgebäude mit der Meierei und dem Brauhaus sowie die auch im Vorhof untergebrachte Schule, dann das Gasthaus und weitere Gebäude. Ebenfalls zur Domäne Schwarzenberg zählten die Meiereien Fischhof (Stadt Iphofen, Lkr. Kitzingen) und Schnodsenbach (Stadt Scheinfeld, Lkr. Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim, vgl. Nachrichten Nr. 65/2013, S. 29–31) sowie verschiedene Forstgebäude. In Scheinfeld selbst gab es Bau-

Nicht in das Schema der Domänen fallen Akten zu Bauten in Marktbreit (Lkr. Kitzingen) und im ehemaligen Kartäuserkloster Astheim (Stadt Volkach, Lkr. Kitzingen). Letzteres, eine Gründung der Seinsheim-Schwarzenberg, hatte einst als Familienbegräbnis gedient, und die Gebäude waren nach der Säkularisation von der fürstlichen Familie erworben worden.

Der Bestand hat einen Umfang von 160 Akten und 145 Plänen und enthält Archivalien aus den Jahren 1822 bis 1904.

Insgesamt spiegelt sich in den Akten der Bauverwaltung die hohe Stellung der Landwirtschaft für die fürstliche Verwaltung deutlich wider, mit klarem Bestreben zur Modernisierung.

Daniel Burger

Bestandserhaltung

Anfertigung einer neuen Verpackung für die Goldene Bulle

Die Goldene Bulle von 1356 ist durch ihre Aufnahme in das UNESCO-Register „Memory of the World“ im Juni 2013 und die Präsentation in einer Ausstellung auf der Nürnberger Kaiserburg in den Medien vielfach präsent. Auf der Homepage der Staatlichen Archive Bayerns kann das im Bayerischen Hauptstaatsarchiv verwahrte Exemplar der Kurfürsten von der Pfalz zudem dank einer hervorragenden Digitalisierung jederzeit von Interessierten im Detail betrachtet werden. Die Urkunde Kaiser Karls IV. regelt das

Verpackung seit längerem nicht mehr dem heutigen Stand.

Durch eine neue, maßangefertigte Umverpackung können Urkunde und Siegel nun unter Beibehaltung der originalen Hülle optimal aufbewahrt und präsentiert werden. Zunächst wurde eine kleine Schachtel für das Siegel hergestellt. Diese Verpackung dient dabei nicht nur dem Schutz des Goldsiegels selbst, sondern auch einer behutsamen Präsentation. Der Innenteil ist ausgepolstert und mit Seidenbatist überzogen, Deckel und Boden sind mit einer Vertiefung in der Größe des Siegels versehen. Beim Öffnen der Schachtel ist es möglich, das Siegel zu betrach-



Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv.

Verfahren zur Wahl der deutschen Könige durch die Kurfürsten. Die Bestimmungen galten über Jahrhunderte bis zum Ende des Heiligen Römischen Reiches 1806. Sie machen die Goldene Bulle damit zu einem der frühesten und bedeutendsten Dokumente der deutschen Verfassungsgeschichte.

Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv wird mit der Ausfertigung für den pfälzischen Kurfürsten, dem Pfalzgrafen bei Rhein, eines der sieben erhaltenen Originale verwahrt. Bisher befand sich das außergewöhnliche Stück in einem zeitgenössischen futteralartigen Schutzbehälter. Die Seidenschnur, mit der das Goldsiegel ursprünglich am Urkundenlibell befestigt gewesen war, war seit langem gerissen. Das Siegel war daher lose beigelegt. Insbesondere angesichts der hohen Bedeutung der Urkunde entsprach deren

ten, ohne es aus der Verpackung nehmen zu müssen. Durch Verschließen, Drehen und Öffnen der Schachtel ist auch eine berührungslose Betrachtung der Rückseite des Siegels möglich, eine eventuelle Beschädigung der Goldschicht kann weitgehend vermieden werden. Da das Siegel immer geschützt in einer gepolsterten Vertiefung liegt, wird eine sichere Aufbewahrung gewährleistet und eine Beschädigung des Siegels verhindert.

In einem zweiten Schritt wurde eine passgenaue Klappkassette angefertigt. Die Urkunde und der originale Behälter liegen in einer ausgepolsterten und mit Daunensbatist überzogenen Schachtel, die in den Bodenteil der Klappkassette eingefügt werden kann und eine im Bodenteil befindliche Vertiefung in der Größe der Siegelschachtel bedeckt. Die Siegel-

schachtel kann durch ein Band mit Schlaufen herausgenommen werden. Durch diese Konstruktion ist die Goldene Bulle nicht nur hervorragend zu präsentieren, sondern auch optimal geschützt.

Christina Bosch, Katrin Marth

Archivgut auf 35 mm – Aus der Arbeit der Sicherungsverfilmung

Das Team der Sicherungsverfilmungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs hat 2013 im Rahmen der Bundessicherungsverfilmung knapp 1,5 Millionen Aufnahmen an drei Kameras hergestellt. Dies ergibt 728 Filme mit einer Länge von insgesamt 47.684 Metern. Auf Polyester finden sich nun die

Stollen einlagert werden, können die Archivträger auf eigene Kosten Filmkopien angefertigt lassen. Diese Duplikate stehen dann der Benutzung zur Verfügung. Die originalen Archivalien brauchen nicht mehr ausgehoben und den Benutzerinnen und Benutzern vorgelegt zu werden. Insofern tragen die Duplikatfilme zum Schutz der Archivalien bei.

2013 wurden unter anderem verfilmt:

Briefprotokolle des Staatsarchivs München

Nach siebenjähriger Verfilmungsarbeit konnte mit den Briefprotokollen kurz vor Weihnachten 2013 ein Großprojekt abgeschlossen werden. Über 12.000 Protokollbände dokumentieren seit dem späten Mittelalter Rechtsgeschäfte aus dem Bereich der soge-



Das Sicherungsverfilmungsteam des Bayerischen Hauptstaatsarchivs; von links: Ulrike Hirsch, Iwona Baranska (Werkstattleiterin), Ingrid Steiner, Susanne Pelunka, Renate Hagenrainer, Edith Wagner, Katja Dinkel-Tretbar, Gudrun Sczyrba
(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Wiedergaben ganz unterschiedlicher Archivbestände – staatlicher, kommunaler, kirchlicher, privater. Künftig liegen diese Aufnahmen im Katastrophenfall als Ersatzmedien bereit. Denn die Filme der deutschen Sicherungsverfilmungsstellen werden einmal jährlich im Oberrieder Stollen deponiert. In diesem alten Minenschacht bei Freiburg i.Br. herrschen konstante klimatische Verhältnisse. Bevor die Filme im

nannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Enthalten sind also – öffentlichen Glauben besitzende – Entwürfe von Heiratsverträgen, Testamenten, Hofübergaben etc. Die Bände sind daher eine bevorzugte Quelle der Heimat- und Familienforscher. Die intensive Nutzeranfrage und der besondere Quellenwert legten eine Verfilmung somit nahe.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv: Berichte der Bayerischen Gesandtschaft in Berlin

Nachdem in den letzten Jahren bereits alle bayerischen Auslandsvertretungen verfilmt wurden, folgen nun die innerdeutschen bayerischen Gesandtschaften. Den Anfang machte die seit 1740 bestehende Niederlassung in Berlin. Die Berliner Gesandtschaft wurde 1918/19 nicht aufgehoben, sondern setzte ihre Arbeit bis 1934 fort. Der schriftliche Niederschlag hiervon befindet sich nun auf rund 200 Mikrofilmspulen.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv: Kurbayern Hofbauamt

Dieser kleine, insbesondere bei Kunsthistorikern beliebte Bestand (674 Archivalien) füllt insgesamt 30 Filme.

Archiv des Erzbistums München und Freising

Eine Nachlieferung der weitgehend verfilmten Matrikelbände der Pfarreien des Erzbistums München und Freising mit Einträgen zu Taufen, Heiraten und Sterbefällen führte zu elf Filmen. Von den zahlreichen, bereits früher von der Sicherungsverfilmungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs verfilmten Matrikelbänden hat das Archiv des Erzbistums München und Freising Mikrofilm digitalisate erstellen lassen, die von den Benutzerinnen und Benutzern in dessen digitalen Lesesaal eingesehen werden können.

Schlossarchiv Unteraufseß der Freiherren von und zu Aufseß

Das Privatarchiv dieser oberfränkischen Adelsfamilie beschäftigte die Werkstatt für rund drei Jahre. Kopien der Sicherungsfilme stehen künftig im Staatsarchiv Bamberg für die Benützung zur Verfügung.

Schlossarchiv Kunreuth der Freiherren und Grafen von Egloffstein

Seit Herbst 2013 wird in der Sicherungsverfilmungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs mit dem Schlossarchiv Kunreuth ein weiteres Adelsarchiv aus Oberfranken verfilmt. Die Arbeiten werden voraussichtlich bis 2016 dauern.

Stadtarchiv Pfaffenhofen an der Ilm

Im frühen 19. Jahrhundert hatte die Stadt Pfaffenhofen wertvolle Teile ihres Archivs in die Obhut der Staatlichen Archivverwaltung gegeben. Die Stadt feierte 2013 ihr 575jähriges Jubiläum, ein guter Grund, diese Schätze zurückzugeben. Vor der Rückgabe der Archivalien, die bisher im Bayerischen Hauptstaatsarchiv lagerten, wurden die knapp 190 Urkunden verfilmt.

Sarah Hadry

Neue Dimensionen – Ein Großformatscanner für die Fotowerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs

Seit November 2013 ist das Bayerische Hauptstaatsarchiv im Besitz eines Großformatscanners. Das Gerät „SupraScan“ der französischen Firma i2s erlaubt es, großformatige Vorlagen wie z.B. Pläne, Plakate und Urkundenrotuli in einer sehr guten Qualität zu digitalisieren. Beschafft wurde das Gerät in erster Linie, um großformatige handgezeichnete Pläne aufzunehmen.

Ein Vakuumentisch im Format DIN A 0 (84,1 x 118,9 cm) saugt die Vorlage auf schonende Art an, damit sie plan liegt. Das Beschweren bzw. Glätten mit Hilfe einer Glasplatte, wie bei Buchscannern oft üblich, kann somit entfallen. Bei Vorlagen aus besonders dickem Material wie etwa Pergamenturkunden reicht die Saugkraft allein allerdings nicht aus, so dass Magnete und Plexiglasfinger eingesetzt werden. Der Vakuumentisch lässt sich durch eine ebenfalls angeschaffte Buchwippe im Format DIN A 1 ersetzen, die insbesondere für großformatige Akten und Bände eingesetzt werden kann.

Archivalien sind häufig nicht einfach aufzunehmen. Knicke und Falten (v.a. bei Pergamenturkunden), wellige Vorlagen (z.B. Rotuli oder Pläne) oder tiefliegende Buchfalze können aufnahmetechnische Herausforderungen bedeuten. Fällt das Licht, wie bei vielen Aufsichtscannern häufig üblich, von schräg oben auf die Vorlage, geraten Vertiefungen tendenziell dunkler, Erhöhungen hingegen heller als die planliegenden Teile des aufzunehmenden Archivaes. Zum Beispiel wird die abstehende Plica einer Urkunde stärker beleuchtet als die übrige Urkunde; dies kann im Scan zu weißen, in der Wiedergabe grell wirkenden Stellen führen. Tritt dieser Schlaglichteffekt auf, sind für eine wirklich farbgetreue Aufnahme Nachbearbeitungen am Bildschirm nötig.

Der neue Großformatscanner vermeidet das Auftreten des beschriebenen Effekts, indem bei ihm durch eine besondere Lichtsituation eine gleichmäßige Beleuchtung von zwei Seiten erreicht wird. Die willkommene Folge ist eine verbesserte Bildqualität.

Das Gerät „SupraScan“ verfügt über eine große Tiefenschärfe, die bei der Aufnahme von Plänen eine geringere Rolle spielt, aber insbesondere bei der Digitalisierung von Siegelurkunden eine große Arbeitsentlastung bedeutet. Mit der bisher in der Fotowerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs vorhandenen Ausstattung (Buchscanner DIN A 2, Digitalkamera) war es in der Regel nicht möglich, Urkunden gemeinsam mit den anhängenden Siegeln aufzunehmen. Zum einen sind Diplome des Mittelalters und ein gro-



Foto: Doris Wörner (Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

ßer Teil der frühneuzeitlichen Urkunden, rechnet man Siegel und Siegelbefestigungen hinzu, für die bisher vorhandenen Geräte häufig zu groß. Zu anderen verbietet sich die Nutzung eines Buchscanners auch aus konservatorischen Gründen, denn das Gewicht der Glasplatte würde den Wachssiegeln schaden. Bisher mussten Urkunden und Siegel jeweils getrennt aufgenommen werden; anschließend wurde aus der Aufnahme der Urkunde und der Digitalfotografie des Siegels ein nahtloses Gesamtbild komponiert, mit dem Ziel, bei den Farben, der Helligkeit und nicht zuletzt der Schärfe keine sichtbaren Unterschiede aufzuweisen. Dieses arbeitsintensive Verfahren nahm für eine durchschnittliche Urkunde etwa eine Stunde in Anspruch.

Mit dem neuen Scanner kann das Team der Fotowerkstatt Vorlagen mit nur einer Aufnahme scannen, so dass das beschriebene Zusammenfügen auf dem Bildschirm weitgehend entfallen kann. Das spart nicht nur Zeit und Geld, sondern schont auch die Vorlage und führt zu besseren, originalgetreueren Bildern.

Sarah Hadry



Bayerisches Hauptstaatsarchiv,
Bayerische Landschaft Urk. 1420 Januar 16
(Foto: Jutta Martin, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Archivpädagogik

Schülerworkshop zum Holocaust im Staatsarchiv Augsburg

Am 23. Oktober 2013 fanden sich 20 Schülerinnen und Schüler der Q 11 des Gymnasiums Wettenhausen unter Führung ihrer Lehrerin, Studienrätin Ulrike Neß, im Staatsarchiv Augsburg ein, um an einem Workshop zum Thema „Dachauer KZ-Außenlager in Schwaben“ teilzunehmen. Ziel der Veranstaltung war zum einen, in groben Zügen die Arbeit eines Staatsarchivs vorzustellen, zum anderen sollten sich die Schüler dem schwierigen Thema durch Studium von Quellen multiperspektivisch annähern. Dabei wurde bewusst versucht, nicht nur unterschiedliche schriftliche Dokumente heranzuziehen, sondern auch audiovisuelle Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Am Anfang gab Archivamtmann Thomas Steck den Jugendlichen in einem „lockeren“ Frage-Antwort-Gespräch eine Einführung ins Archivwesen, wobei die wesentlichen Aufgaben eines Staatsarchivs, die Ausbildung zur Archivarin und zum Archivar und der Aufbau der bayerischen Archivverwaltung knapp erläutert wurden. Eine halbstündige Hausführung veranschaulichte die wichtigsten Funktionsbereiche eines Archivs (Anlieferung, Restaurierung, Magazin, Lesesaal, Repertorienzimmer, Vortragsraum). Beeindruckt zeigten sich die Schüler von der Vielfalt an Dokumenten, die in einem großen Archiv lagern. Außerdem wurden sie mit der alten deutschen Schrift konfrontiert, deren Entziffern ihnen naturgemäß Schwierigkeiten bereitete.

Als Einstieg ins eigentliche Thema sahen sie sich ein kurzes Video auf youtube an, das mit Klavierbegleitung von Siegfried Fietz vorgetragene Lied „Von guten Mächten“. Viele Schülerinnen und Schüler kannten zwar das Lied, aber schon bei der Frage nach dem Verfasser des Textes mussten die meisten passen. Der Leiter des Workshops erklärte, dass der Text von dem bekannten evangelischen Theologen und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer stammt. Dieser hatte die berühmten Zeilen kurz vor Weihnachten 1944 im Berliner Gestapogefängnis zu Papier gebracht, bevor er am 9. April 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg ermordet wurde. Ferner wurde den Jugendlichen mit einem Beamer eine farbige Karte von den Außenlagern des KZ Dachau gezeigt, damit sie sich grob orientieren konnten, an welchen Orten in Schwaben derartige Lager existierten. Manch einer war erstaunt, dass es z.B. auch in der Nähe von Wettenhausen, nämlich in Burgau bei Günzburg, kurzzeitig ein Außenlager gab.

Nach einer kleinen Pause sahen sich die jungen Forscher in fünf Gruppen archivische Quellen an. Jede Gruppe hatte hierbei spezifische Fragen zum jeweiligen Text zu beantworten. Aus Gründen des Archivalienschutzes wurde ausschließlich auf Kopien zurückgegriffen.

Der ersten Gruppe wurde ein Zeitzeugenbericht in Form eines Briefes vorgelegt, in dem Marie Pinhas-Lipstadt über ihre Erlebnisse im KZ-Außenlager Türkheim ausführlich berichtete. Türkheim, in dem u.a. auch der weltbekannte Psychologe Viktor E. Frankl inhaftiert war, gehörte zum weitverzweigten Außenlagerkomplex Kaufering.

Die zweite Gruppe arbeitete mit Auszügen aus dem im Staatsarchiv Augsburg verwahrten Spruchkammerakt des SS-Hauptscharführers Georg Deffner. Deffner war während des Zweiten Weltkriegs zeitweise Leiter der Poststelle im Konzentrationslager Dachau und gegen Kriegsende nacheinander Leiter der Dachauer Außenlager Kempten, Kottorn und Kaufering I. Vom öffentlichen Kläger der Hauptkammer Augsburg als Belasteter eingestuft, gelang es Deffner, dank zahlreicher „Persilscheine“ die Entnazifizierung als Mitläufer zu überstehen.

Gruppe 3 beschäftigte sich ebenfalls mit Georg Deffner, allerdings aus einer anderen Perspektive. Die Schüler bekamen ein Kapitel aus der literarischen Reportage von Eva Gruberová und Helmut Zeller „Geboren im KZ. Sieben Mütter, sieben Kinder und das Wunder von Kaufering I, München 2011“. Darin wird ein deutlich anderes, differenzierteres Bild von Deffner gezeichnet als im Spruchkammerakt.

Die vierte Gruppe arbeitete mit dem äußerst anschaulichen, sehr beklemmenden Zeitzeugenbericht von Eduard Kornfeld, einem Überlebenden des Lagers Riederloh bei Kaufbeuren (abgedruckt bei Raphael Gross u.a. (Hrsg.), „Eine Welt, die ihre Wirklichkeit verloren hatte ...“ Jüdische Überlebende des Holocaust in der Schweiz, Zürich 1999, S. 155–187). Riederloh wird in vielen Zeugenaussagen als das grausamste Lager bezeichnet, das sie während des Zweiten Weltkriegs erlebt haben.

Gruppe 5 schließlich setzte sich mit drei Zeugenaussagen überlebender Holocaust-Opfer des Lagers Riederloh auseinander, die in einem staatsanwaltlichen Ermittlungsakt aus den 1970er Jahren dokumentiert sind. Besonders an diesem Beispiel – aber auch in den übrigen Fällen – konnte das Thema Quellenkritik mit einbezogen werden.



Foto: Ulrike Neß (Gymnasium Wettenhausen).

Nach einem gemeinsamen Mittagessen stellte ein Sprecher jeder Arbeitsgruppe die vorgelegte Quelle vor, damit auch die übrigen Gruppen sich über die Texte der anderen Gruppen informieren konnten. Zur Einordnung der jeweiligen Quelle gaben die Schüler Hinweise zur Quellengattung, Entstehungszeit, zum Entstehungsort sowie zu Verfasser und Adressaten.

Zum Schluss wurde im Plenum der Film „Das Wunder von Kaufering I“ gezeigt, ein bewegender Dokumentarfilm, der insbesondere für die zweite und dritte Gruppe deren Quellenarbeit abrundete.

Aus Rückmeldungen der Teilnehmenden – Frau Neß hatte an alle Schülerinnen und Schüler Feedbackbögen verteilt – wurde deutlich, dass der Workshop überwiegend positiv beurteilt wurde. Insbesondere wurde die Methodenvielfalt (Gespräch, Führung, Quellenstudium, Filmvorführung) als angenehm empfunden. Hierzu eine Schülermeinung: „Die Texte haben sowohl Wissen vermittelt als auch ergriffen. Durch das Lesen, das Gespräch und den Film konnte jeder für sich etwas mitnehmen.“

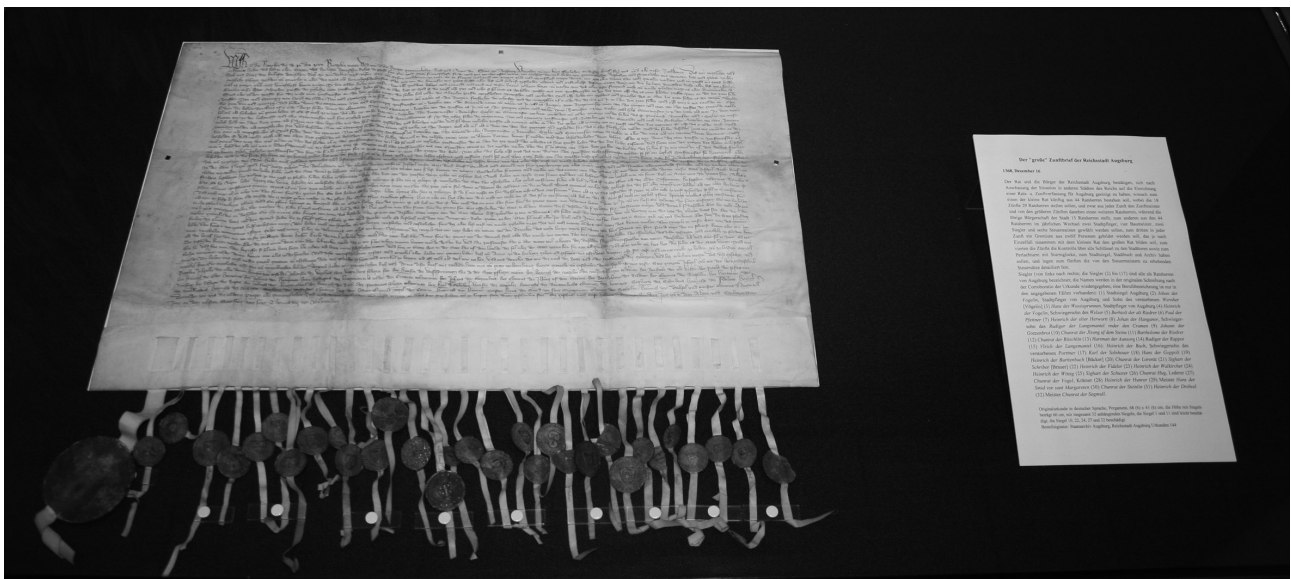
Thomas Steck

Ausstellungen

Der „große“ und der „kleine Zunftbrief“ der Reichsstadt Augsburg

Anlässlich eines Vortrags des Amtsvorstands des Staatsarchivs Augsburg, Dr. Thomas Engelke, zum „großen und kleinen Zunftbrief der Reichsstadt Augsburg aus hilfswissenschaftlicher Sicht“ vor dem Historischen Verein von Schwaben wurde auch eine kleine Ausstellung des Staatsarchivs Augsburg zum selben Thema im Foyer eröffnet.

Augsburg im Mittelalter, die allein aus diesem Grund schon eine Ausstellung rechtfertigen würden. Zudem sind beide Urkunden auch noch sehr repräsentativ gestaltet, so dass sie auch einer eher ästhetisch motivierten Zielvorgabe dienen. Darüber hinaus verfügen sie auch noch über eine Vielzahl erstaunlich gut erhaltener Siegel der Augsburger Bürgerfamilien, die an diesen Vorgängen maßgeblich beteiligt waren. Historisch-inhaltlich sind die in beiden Urkunden geschilderten Vorgänge in der Augsburger Stadtge-



Der große Zunftbrief der Reichsstadt Augsburg, Foto: Paul John (Staatsarchiv Augsburg).

Zwischen den alteingesessenen ratsfähigen Patriziatsfamilien der Stadt Augsburg und einer jüngeren Schicht aufstrebender Kaufmanns- bzw. Handwerkerfamilien herrschten um die Mitte des 14. Jahrhunderts latente Spannungen um die Finanzordnung der Stadt und die Teilhabe am Stadtrecht. Im Oktober 1368 entluden sich diese Spannungen in Unruhen in der Stadt. In deren Folge wurde die städtische Verfassung in eine sogenannte Zunftverfassung umgewandelt. Über diese Vorgänge geben der sogenannte „kleine“ und der „große Zunftbrief“ (Reichsstadt Augsburg Urkunden Nr. 143 und 144) Auskunft.

Während der „kleine Zunftbrief“ in prägnanter Form praktisch nur die „Machtübernahme“ der Zünfte in Augsburg verkündet, wird im wesentlich umfangreicheren „großen Zunftbrief“ die „neue Ordnung“ detailliert geregelt, im einzelnen vor allem die genaue Zusammensetzung des Rates, die Verteilung der wichtigen städtischen Ämter und die genaue Regelung der Steuererhebung in der Stadt. Bei beiden Urkunden handelt es sich also um zwei wesentliche Quellen zur Verfassungsgeschichte der Reichsstadt

schichtsforschung zwar relativ gut bekannt und erforscht, doch sind die Originalurkunden selbst schon sehr lange nicht mehr gezeigt worden.

Die Ausstellung war vom 12. bis 20. Dezember 2013 und erneut vom 7. Januar bis zum 14. Februar 2014 geöffnet. Sie bot nicht nur zahlreichen Benutzern des Staatsarchivs Augsburg die Gelegenheit, diese wichtigen Dokumente zur Verfassungsgeschichte der Reichsstadt Augsburg auch einmal im Original betrachten zu können, sondern lockte aus derselben Intention auch Besucher aus der Universität Augsburg ins Foyer des Staatsarchivs. Sogar ein Seminar der historischen Grundwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München zum Thema „Schriftlichkeit im mittelalterlichen Augsburg“, das sich zu einem Besuch im Staatsarchiv Augsburg befand, zeigte sich von der Möglichkeit angetan, die beiden Urkunden eingehender betrachten zu können.

Thomas Engelke

Neue Veröffentlichungen

Zeitschriften

Archivalische Zeitschrift, Band 93 (2013), Wien u.a., Böhlau Verlag 2013 (ISSN 0003-9497; ISBN 978-3-412-22335-9), 256 S. – Inhaltsverzeichnis unter www.gda.bayern.de („Publikationen“).

Archive in Bayern. Aufsätze, Vorträge, Berichte, Mitteilungen, Band 8 (2014), München, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns 2014 (ISSN 1618-4777; ISBN 978-3-938831-44-1), 320 S. – Inhaltsverzeichnis unter www.gda.bayern.de („Publikationen“).

Ministerratsprotokolle

Das Kabinett Ehard III, 18. Dezember 1950 bis 14. Dezember 1954. 1. Teilband: 1951 (in zwei Teilbänden), bearb. von Oliver Braun (Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Bd. 5/1), München 2013 (ISBN 978-3-486-70934-6), CXLVIII + 1238 S.

Ausstellungskataloge

Krieg! Bayern im Sommer 1914. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, 25.6.–1.8.2014, bearb. von Gerhard Hetzer in Zusammenarbeit mit Daniel Burger, Bernhard Grau, Sarah Hadry, Martina Haggenmüller, Gerhard Immler, Günther Kronenbitter, Johannes Moosdiele, Daniel Peter, Laura Scherr, Markus Schmalzl, Michael Unger, Elisabeth Weinberger (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 56), München 2014 (ISBN 978-3-938831-45-8), 218 S., zahlreiche Abbildungen.

Schuld und Sühne? Zur Verfolgung der NS-Verbrechen durch oberbayerische Justizbehörden anhand der Überlieferung des Staatsarchivs München. Eine Ausstellung des Staatsarchivs München, 6.5.–20.6.2014. Konzeption und Bearbeitung: Christoph Bachmann und Robert Bierschneider (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 40), München 2014 (ISBN 978-3-938831-43-4), 140 S., wenige Schwarz-Weiß-Abbildungen.

Kriegsansichten. Der Offizier, Fotograf und Sammler Otto von Waldenfels 1914–1918. Eine Ausstellung des Staatsarchivs Bamberg, 27.6.–26.9.2014. Kon-

zeption und Bearbeitung: Hannah Hien und Claudia Kropf (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 41), München 2014 (ISBN 978-3-938831-46-5), 75 Seiten, zahlreiche Schwarz-Weiß-Abbildungen.

Fürst in Zeiten der Krise. Johann Casimir von Sachsen-Coburg (1564–1633). Eine Ausstellung des Staatsarchivs Coburg, 16.7.–17.10.2014. Konzeption und Bearbeitung: Johannes Haslauer unter Mitarbeit von Rainer Axmann und Christian Boseckert (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 42), München 2014 (ISBN 978-3-938831-48-9), 152 S., Schwarz-Weiß-Abbildungen.

1914–1918: Der Krieg und die Frauen. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs zum Tag der Archive am 8. März 2014, bearb. von Elisabeth Weinberger, München 2014 (Faltblatt).

Zwischen Salon und KZ – Biographische Skizzen zu NS-Frauen aus Quellen des Staatsarchivs München. Eine Ausstellung des Staatsarchivs München, bearb. vom Staatsarchiv München, München 2014 (CD).

Das Kriegsarchiv und seine Bestände. Ausstellung zum Tag der offenen Tür im Kriegsarchiv am 3. Juli 2014. Bearbeitet von Martina Haggenmüller, Johannes Moosdiele, Peter Keller, Reinhard Kirner, München 2014 (Geheft).

Joseph Edmund Jörg. Archivar, Politiker und Publizist (1819–1901). Eine Ausstellung der Bayerischen Archivschule im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, 4.2.–19.3.2014, bearb. von Ferdinand Wagner, München 2014 (Geheft).

König Ludwig I. als Antikensammler und Bauherr der Glyptothek. Eine Ausstellung der Bayerischen Archivschule im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, 1.4.–6.5.2014, bearb. von Verena Ott, München 2014 (Geheft).

Von Böhmen nach Brasilien. Der Teplitzer Fußballklub 1903–1922. Eine Ausstellung der Bayerischen Archivschule im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, 27.5.–8.7.2014, bearb. von Mario Felkl, München 2014 (Geheft).

Oskar Ritter von Niedermayer. Ein bayerischer Hauptmann im Orient 1912–1918. Eine Ausstellung der Bayerischen Archivschule im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, 17.9.–21.10.2014, bearb. von Lukas Herbeck, München 2014 (Geheft).

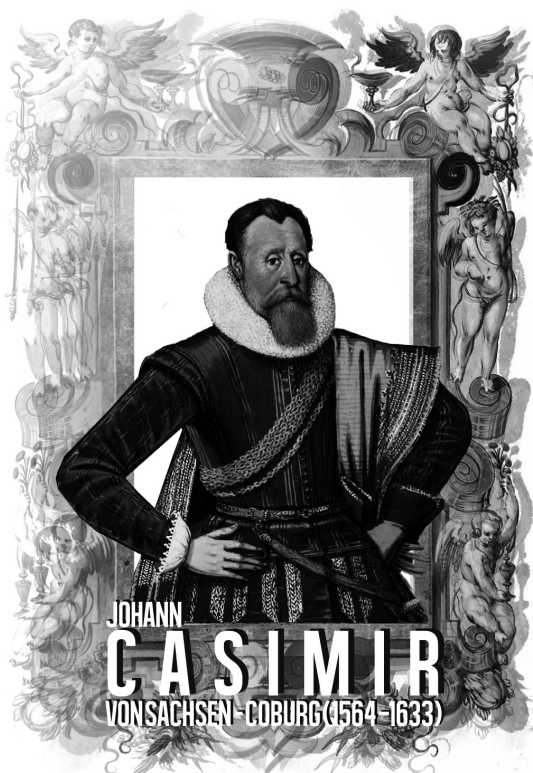
Hinweise

Architektur bei VERBUND. Die bayerischen Innkraftwerke. Bearb. von Robert Kobau, Manfred Wehdorn, Andreas Kuchler u.a. (Schriftenreihe Forschung in der VERBUND AG 105), Wien 2012 (ISBN 978-3-9502188-6-2), 94 S. mit zahlreichen Abbildungen.

Forum Heimatforschung. Ziele – Wege – Ergebnisse. Sammelband zur 20. Tagung altbayerischer Heimatforscher mit dem Thema „Genealogie und Namenkunde“ am 20.10.2012, hrsg. vom Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e.V., Heft 16, München 2013 (ISBN 978-3-931754-61-7), 144 S.

Der Reichswald. Holz für Nürnberg und seine Dörfer. Ein Projekt des Fränkischen Freilandmuseums des Bezirks Mittelfranken in Bad Windsheim [erschieden anlässlich der gleichnamigen Ausstellung im Fränkischen Freilandmuseum des Bezirks Mittelfranken in Bad Windsheim vom 30. März 2013 bis zum 11. August 2013] in Zusammenarbeit mit der Altnürnberger Landschaft e.V., dem Staatsarchiv Nürnberg, der Otto-Friedrich-Universität in Bamberg. Herausgegeben im Auftrag des Bezirks Mittelfranken von Herbert May, Redaktion: Markus Rodenberg (Schriften und Kataloge des Fränkischen Freilandmuseums in Bad Windsheim 66; zugleich: Schriftenreihe der Altnürnberger Landschaft 52), Bad Windsheim 2013 (ISBN 3-926834-83-8), 217 S., zahlreiche Abbildungen, graphische Darstellungen, Karten.

Aktuelle Ausstellungen in den staatlichen Archiven



FÜRST IN ZEITEN DER KRISE

Ausstellung im Staatsarchiv Coburg

Fürst in Zeiten der Krise. Johann Casimir von Sachsen-Coburg (1564–1633).

Eine Ausstellung des Staatsarchivs Coburg,

16. Juli – 17. Oktober 2014

Geöffnet:

Mo – Do 8.00 – 16.00 Uhr

Fr 8.00 – 13.30 Uhr

Geschlossen: 3. Oktober 2014

Ausstellungsort:

Staatsarchiv Coburg
Herrngasse 11
96450 Coburg

Eintritt frei.

**250 Jahre Archiv in der
Würzburger Residenz.
Ein Haus der Geschichte im
Weltkulturerbe 1764–2014.**

Eine Ausstellung des Staatsarchivs Würzburg.

7. Oktober – 28. November 2014

Geöffnet: Mo – Mi 8.00 – 16.00 Uhr, Do 8.00 – 20.00 Uhr, Fr 8.00 – 13.30 Uhr

Ausstellungsort: Staatsarchiv Würzburg, Residenz-Nordflügel

Eintritt frei.

**Fürstliche Schatzkammern.
Die Entstehung der Archive
im Hochstift Würzburg und
im Herzogtum Bayern.**

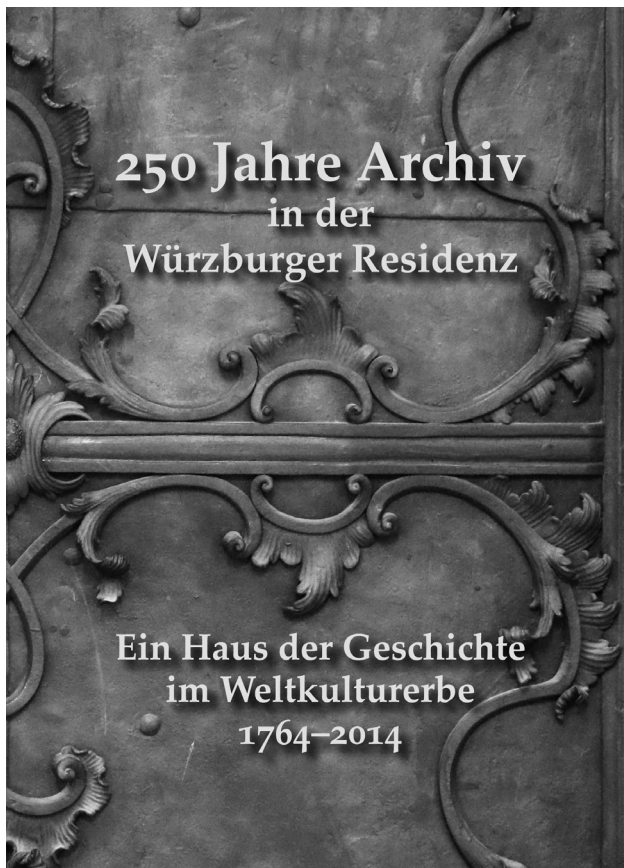
Eine Ausstellung im Staatsarchiv Würzburg.

7. Oktober – 28. November 2014

Geöffnet: Mo – Mi 8.00 – 16.00 Uhr, Do 8.00 – 20.00 Uhr, Fr 8.00 – 13.30 Uhr

Ausstellungsort: Staatsarchiv Würzburg, Residenz-Nordflügel

Eintritt frei.



**Transportieren, Telegraphieren, Telefonieren
Pionierleistungen der bayerischen Staatspost**

Eine kleine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs

12. November – 30. Dezember 2014

Geöffnet: Mo – Do 8.30 – 18.30 Uhr, Fr 8.30 – 13.30 Uhr

Geschlossen: 24. – 26. Dezember 2014

Ausstellungsort: Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Schönfeldstraße 5, 80539 München

Eintritt frei.

Impressum

Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns
80501 München • Postfach 22 11 52 • Tel. (089) 28638-2482 • Fax (089) 28638-2615
E-Mail: poststelle@gda.bayern.de

Redaktion: Dr. Christian Kruse unter Mitarbeit von Claudia Pollach

Satz und Gestaltung: Karin Hagendorn

Titelbild: Tag der Archive im Staatsarchiv Coburg (Foto: Michael Stölzel, Staatsarchiv Coburg)

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dr. Christoph Bachmann M.A. (Staatsarchiv München). – Christina Bosch (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Daniel Burger M.A. (Staatsarchiv Nürnberg). – Dr. Helmut Demattio M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Barbara Draxler M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Thomas Engelke M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – PD Dr. Peter Fleischmann (Staatsarchiv Nürnberg). – Joachim Glasner (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Bernhard Grau M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Sarah Hadry M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Johannes Haslauer M.A. (Staatsarchiv Coburg). – Renate Herget (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Manfred Hörner (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Julian Holzapfl M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Rainer Jedlitschka M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Dipl.-Historiker Simon Andreas Kalleder (Staatsarchiv München). – Peter Keller M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Christine Kofer M.A. (Staatsarchiv München). – Dr. Sylvia Krauß (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Claudia Kropf (Staatsarchiv Bamberg). – Dr. Christian Kruse (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Margit Ksoll-Marcon M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Claudia Mannsbart (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Katrin Marth M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Johannes Moosdiele M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Claudia Pollach (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Michael Puchta (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Maria Rita Sagstetter M.A. (Staatsarchiv Amberg). – Ingrid Sauer M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Sandra Scharmüller (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Erich Sendlinger (Staatsarchiv Landshut). – Dr. Johannes Staudenmaier M.A. (Staatsarchiv Nürnberg). – Thomas Steck (Staatsarchiv Augsburg). – Dr. Till Strobel (Staatsarchiv Amberg). – Dr. Michael Unger M.A. (Staatsarchiv München). – Dr. Elisabeth Weinberger M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Der Text dieses Heftes ist im Internet abrufbar: <http://www.gda.bayern.de>

ISSN 0721–9733

Druck: Pröll Druck u. Verlag GmbH & Co KG, Derchinger Straße 120, 86165 Augsburg

Mit der Annahme eines Beitrags zur Veröffentlichung erwirbt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns als Verlag, Herausgeber und Redaktion alle ausschließlichen Vertragsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung des Beitrags in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online und offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version des Beitrags erwirbt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns ohne zeitliche Begrenzung.

Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch die Übersetzung in andere Sprachen, die Auswertung der Datenträger, die Vervielfältigung jeder Art oder der Nachdruck von Beiträgen bleiben vorbehalten. Es bedarf in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung der Redaktion.

Staatliche Archive Bayerns

Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

Schönfeldstraße 5
80539 München
Telefon: (0 89) 286 38-2482
Fax: (0 89) 286 38-2615
E-Mail: poststelle@gda.bayern.de

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Schönfeldstraße 5
80539 München
Telefon: (0 89) 286 38-2596
Fax: (0 89) 286 38-2954
E-Mail: poststelle@bayhsta.bayern.de

Staatsarchiv Amberg

Archivstraße 3
92224 Amberg
Telefon: (0 96 21) 30 72 70
Fax: (0 96 21) 30 72 88
E-Mail: poststelle@staam.bayern.de

Staatsarchiv Augsburg

Salomon-Idler-Straße 2
86159 Augsburg
Telefon: (08 21) 599 63 30
Fax: (08 21) 599 63 333
E-Mail: poststelle@staau.bayern.de

Staatsarchiv Bamberg

Hainstraße 39
96047 Bamberg
Telefon: (09 51) 986 22-0
Fax: (09 51) 986 22-50
E-Mail: poststelle@staba.bayern.de

Staatsarchiv Coburg

Herrngasse 11
96450 Coburg
Telefon: (0 95 61) 427 07-0
Fax: (0 95 61) 427 07-20
E-Mail: poststelle@staco.bayern.de

Staatsarchiv Landshut

Burg Trausnitz
84036 Landshut
Telefon: (08 71) 923 28-0
Fax: (08 71) 923 28-8
E-Mail: poststelle@stala.bayern.de

Staatsarchiv München

Schönfeldstraße 3
80539 München
Telefon: (0 89) 286 38-2525
Fax: (0 89) 286 38-2526
E-Mail: poststelle@stam.bayern.de

Staatsarchiv Nürnberg

Archivstraße 17
90408 Nürnberg
Telefon: (09 11) 935 19-0
Fax: (09 11) 935 19-99
E-Mail: poststelle@stanu.bayern.de

Staatsarchiv Würzburg

Residenz-Nordflügel
97070 Würzburg
Telefon: (09 31) 355 29-0
Fax: (09 31) 355 29-70
E-Mail: poststelle@stawu.bayern.de